

Parteien und Verbände von ca. 1870 – 1918

Sozialdemokratie

Rolf Sievers

Mai 2008

Inhaltsverzeichnis

1	Definition	5
1.1	sozial	5
1.2	Sozialstaat	5
1.3	Sozialismus	5
1.4	Sozialdemokratie	6
1.5	Kommunismus	6
2	Vorläufer der Sozialdemokratie	8
2.1	Altertum	8
2.2	Mittelalter	8
2.3	Frühe Neuzeit	9
2.4	Neuzeit	9
2.5	Frühe Sozialisten	10
2.6	Verhältnis zum Marxismus	10
3	Sozialdemokratie	12
3.1	Sozialistische Parteien	12
3.2	Erste Ansätze im Vormärz und der Revolution von 1848/49	13
3.3	Soziale Basis	14
3.4	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein seit 1863	15
3.5	Die Eisenacher Richtung	15
3.6	Von der Konkurrenz zur Vereinigung	16
3.7	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands von 1875	17
3.8	Aufstieg zur Massenpartei	20
3.9	Erster Weltkrieg, Spaltung und Revolutionszeit	27
4	Reichstagswahlen	33
4.1	Ergebnisse während des Kaiserreichs	33
4.2	Wahlberechtigung	33
5	Wichtige Personen	34
5.1	Wilhelm Weitling	34
5.2	Karl Marx	37
5.3	Friedrich Engels	41
5.4	Ferdinand Lassalle	45
5.5	Johann Baptist von Schweitzer	53
5.6	August Bebel	54
5.7	Wilhelm Liebknecht	58

Inhaltsverzeichnis

5.8	Georg von Vollmar	60
5.9	Karl Kautsky	62
5.10	Rosa Luxemburg	64
5.11	Karl Liebknecht	68
5.12	Carl Rudolf Legien	71
5.13	Eduard Bernstein	72
5.14	Gustav Landauer	74
5.15	Friedrich Ebert	84
5.16	Hugo Haase	104
5.17	Kurt Eisner	106
5.18	Philipp Scheidemann	113
5.19	Otto Braun	117
5.20	Max von Baden	128
6	Literatur	131
6.1	verwendete Literatur	131
6.2	weitere Hilfsmittel	131

1 Definition

1.1 sozial

Das Wort sozial (von lat. socius = gemeinsam, verbunden, verbündet) bezeichnet wechselseitige Bezüge als eine Grundbedingtheit des Zusammenlebens, insbesondere des Menschseins (der Mensch als soziales Wesen). Es taucht in mehreren Bedeutungen auf.

1. den Zusammenhang, das Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft betreffend
2. die ökonomische und politische Struktur einer gegebenen Gesellschaft betreffend
3. die Zugehörigkeit der Menschen zu verschiedenen Klassen, Gruppen oder Schichten innerhalb der Gesellschaft betreffend
4. die wirtschaftliche Situation vieler Mitglieder der Gesellschaft betreffend

1.2 Sozialstaat

Der Begriff Sozialstaat bezeichnet einen Staat, der soziale Sicherheit garantiert und soziale Gerechtigkeit anstrebt, um die Teilnahme aller an den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu gewährleisten. Die konkrete Gestaltung des Sozialstaats erfolgt in der Sozialpolitik. Ausdruck des Sozialstaatsprinzips in Deutschland sind die Grundsicherung (Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II), verschiedene weitere Transferleistungen wie Kindergeld, Elterngeld, Bafög und Wohngeld sowie die Sozialversicherungen (Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Pflegeversicherung und Arbeitslosenversicherung). Der Ausdruck Wohlfahrtsstaat wird teils synonym zu Sozialstaat verwendet, teils aber auch zur Abgrenzung gegenüber einem empfundenen Ausufer des Sozialstaats.

1.3 Sozialismus

Der Sozialismus ist eine der im 19. Jahrhundert entstandenen drei großen politischen Ideologien neben dem Liberalismus und Konservatismus. Sozialisten betonen besonders die Grundwerte Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität und legen meist Wert auf eine enge Wechselbeziehung zwischen praktischen sozialen Bewegungen und theoretischer Gesellschaftskritik, um beide miteinander in Richtung einer sozial gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung weiterzuentwickeln.

1 Definition

1. gesetzmäßig aus der sozialistischen Revolution hervorgehende erste Entwicklungsstufe der sozialökonomischen Gesellschaftsformation des Kommunismus, die auf der Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten des Volkes und auf der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei beruht, in der das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln errichtet und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt wird:

der Aufbau, Grundlagen, Sieg, Verwirklichung, Vollendung, Zeitalter des Sozialismus; der Kampf für, der Weg zum Sozialismus; den Sozialismus aufbauen; im Sozialismus leben; im Sozialismus gibt es keine antagonistischen Klassen mehr; im Sozialismus werden die Bürger zu immer bewußteren und erfolgreicherem Gestaltern aller gesellschaftlichen Verhältnisse; der Sozialismus schafft gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für alle Mitglieder der Gesellschaft

2. Gesamtheit der Prinzipien, Lehre, Theorie vom Aufbau und der Entwicklung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft: der Begriff, Siegeszug des Sozialismus; der wissenschaftliche Sozialismus (Gesamtheit des Marxismus-Leninismus, besonders aber derjenige Bestandteil des Marxismus-Leninismus, der die Lehre vom Klassenkampf des Proletariats, von der sozialistischen Revolution und dem Aufbau der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft zum Inhalt hat);

hist. der utopische Sozialismus (vormarxistische sozialistische Lehre, die im Unterschied zum wissenschaftlichen Sozialismus nicht oder noch nicht realisierbare Pläne einer soz. Gesellschaft entwickelte)

zu 2. Sozialismus in Zusammensetzungen, die den Begriff des wissenschaftlichen Soz. verfälschen oder mißbrauchen, z. B./ Nationalsozialismus

1.4 Sozialdemokratie

Sozialdemokratie ist die Bezeichnung für eine internationale Bewegung, die mit Hilfe eines demokratischen Staates und sozialer Gesetze eine freiheitliche und sozial gerechte Gesellschaft schaffen möchte. Bis etwa Anfang der Sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts gehörte auch die Verstaatlichung der Produktionsmittel (teilweise heute noch immer) zu den Zielen der Sozialdemokratischen Bewegung – ein Ziel, das in Deutschland mit dem Godesberger Programm der SPD 1959 aufgegeben wurde. Der Begriff Sozialdemokratie und die entsprechenden Ableitungen sind in Deutschland durch die SPD rechtlich geschützt.

1.5 Kommunismus

Kommunismus (vom lateinischen communis = 'gemeinsam') bezeichnet das politische Ziel einer klassenlosen Gesellschaft, in der das Privateigentum an

Produktionsmitteln aufgehoben ist und das erwirtschaftete Sozialprodukt gesellschaftlich angeeignet wird, das heißt allen Menschen gleichermaßen zugänglich ist.

Mit dem Manifest vollzogen Marx und Engels die ideologische Abgrenzung vom utopischen Sozialismus Weitlings und seiner Vorläufer sowie von anderen Frühsozialisten, an denen sie scharfe, teilweise polemische Kritik übten. Sie propagierten den internationalen Klassenkampf der lohnabhängigen Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und beschrieben auch die Stellung und Aufgabe der Kommunisten als entschiedene Elite innerhalb der Arbeiterparteien, die dem Proletariat die Einsicht in die historischen Bedingungen seiner Bewegung voraus habe. Eine gesonderte Partei sollten die Kommunisten jedoch ausdrücklich nicht bilden. Als Aufgabe der Arbeiterparteien definierte das Manifest: *'Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisie, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat'*. Es weist ihnen damit einerseits eine politische Führungsrolle, andererseits die Unterordnung unter das proletarische Gesamtinteresse zu: nämlich eine Gesellschaftsform zu finden, in der *'jeder nach seinen Fähigkeiten' tätig sein und 'jedem nach seinen Bedürfnissen'* der produzierte Reichtum offen stehen solle (Marx: *'Kritik des Gothaer Programms'*). Als Grundlage der Revolution und der von Marx selbst so genannten globalen Theorie galt der Klassenkampf, der als unvermeidbarer Ausdruck der strukturellen Gewalt der sozialen Verhältnisse gesehen wird. Im letzten Abschnitt des Manifests heißt es:

'Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder – vereinigt euch!'

2 Vorläufer der Sozialdemokratie

2.1 Altertum

Das Gemeineigentum, das allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein und damit soziale Unterschiede erübrigen sollte, ist schon in einigen alten Religionen bekannt, z.B. bei den persischen Mazdakiten¹, im Taoismus und im Judentum. Diese verstehen die lebensnotwendigen Güter als Gabe eines Gottes oder einer universalen Ordnung an alle Menschen und leiten daraus Forderungen an ein Kollektiv ab, den Besitz gerecht zu verteilen oder gemeinsam zu verwalten.

In altorientalischen Klassengesellschaften wurde häufig eine Urzeit beschworen, in der es noch keine Spaltungen in Besitzende und Besitzlose gegeben habe: so das Ideal der Großen Gemeinsamkeit im Konfuzianismus.

In der biblischen Prophetie seit etwa 700 v. Chr. wird das vergessene Gottesrecht des Erlaßjahrs (Lev 25) Bestandteil der Endzeiterwartung.

In der Griechischen Philosophie tauchen seit etwa 400 v. Chr. Entwürfe eines idealen Staates auf, der kein Privateigentum kennt und in die Urzeit oder eine fiktive Inselwelt projiziert wurde: so in Platons Staat, bei Phaleas von Chalkedon oder im utopischen Sonnenstaat des Iambulos.

2.2 Mittelalter

Im Mönchtum verschiedener Religionen, etwa des Jainismus², des Hinayana-buddhismus³ und der Armutorden des christlichen Mittelalters, wird Gemeineigentum und Besitzlosigkeit als Lebensform einer religiösen Elite fernab der Mehrheitsgesellschaft realisiert. Zudem gab es in den sogenannten Ketzer- und

¹Die Mazdakiten (um 500) waren eine religiöse Gruppierung, die das persische Sassanidenreich über mehrere Jahre hinweg in Unruhe versetzte. Es handelt es sich bei ihnen um eines der rätselhaftesten Phänomene der spätantiken Geschichte, denn es sind fast alle entscheidenden Punkte – Namensgeber, Ziele oder die Beziehung zum persischen Großkönig Kavadh I. – umstritten. Eine sichere Rekonstruktion der tatsächlichen Vorgänge sowie der Ziele der Mazdakiten ist aufgrund der komplizierten Quellenlage fast unmöglich.

²Der Jainismus, auch Jinismus (Anhänger des Jina) ist eine in Indien beheimatete Religion, die etwa im 6. Jh / 5. Jh. v. Chr. entstanden ist. Ein historisch faßbarer Gründer ist Mahavira (ca. 599–527 v. Chr). Dem Jainismus gehören 2001/02 etwa 4,4 Millionen Gläubige an, davon etwa 4,2 Millionen in Indien

³Hinayana (kleines Fahrzeug) bezeichnet einen der beiden großen Hauptströme des Buddhismus, die zeitlich dem Mahayana, der anderen Hauptrichtung, vorausging.

Armutsbewegungen des Mittelalters verschiedene Anläufe zu Gütergemeinschaften und antihierarchischen ausgerichteten Kirchenreformen.

2.3 Frühe Neuzeit

Der Humanismus des 16. Jahrhunderts hatte – parallel zu den durch wirtschaftliches Elend hervorgerufenen Bauernaufständen – Ideen einer gerechten, von allen Bürgern gleichermaßen getragenen Gesellschaftsordnung entwickelt, die ihrerseits auf die antike Polis und ihre Demokratie-Vorstellungen zurückgriffen.

Folgenreich war besonders der lateinische Bildungsroman Utopia des englischen Staatsrechtlers Thomas Morus von 1516. Ohne den Begriff zu kennen, stellte Morus hier eine Art Kommunismus als Gegenbild zur europäischen Feudalherrschaft dar: Alle arbeiten und besitzen alles gemeinsam, auch und gerade Grund und Boden (die damaligen Produktionsmittel); zugleich darf jeder dem Glauben anhängen, der ihm gemäß ist. Diese Religionsfreiheit unterschied sein Zukunftsideal von älteren verwandten Sozialutopien. Damit nahm er wesentliche Ideen der Aufklärung vorweg.

Auch Tommaso Campanella griff 1602 in seinem Werk *La città del Sole* erneut auf die Idee des Sonnenstaats zurück.

2.4 Neuzeit

Im 17. und 18. Jahrhundert machten Naturwissenschaften und Fertigungstechniken rasante Fortschritte. Sie erlaubten im Manufaktur- und Verlagswesen bereits eine Massenherstellung von Produkten, noch ohne maschinelle Produktionsmittel. Dies veränderte die Lebensbedingungen und Interessenlagen für große Bevölkerungsteile enorm.

Im Zuge der Aufklärung entstanden mit der Idee der Menschenrechte Vorstellungen eines gleichberechtigten und herrschaftsfreien Zusammenlebens. In zahlreichen – stets von der Obrigkeit bedrohten – Geheimbünden und Vereinen suchten mittellose Handwerker, Bauern und Intellektuelle ein Forum und Anhänger für ihre Ideen. Sie waren kaum an der wissenschaftlichen Erhebung empirischer Daten interessiert, entwickelten ihre Vorstellungen aber aus der widersprüchlichen Erfahrung enttäuschter Demokratiehoffnungen und relativer Rechtsfortschritte. Doch erst mit der Emanzipation des Bürgertums bekamen diese Ideen eine politische Stoßkraft.

François Noël Babeuf (1760 – 1797) war wahrscheinlich der erste Autor der Neuzeit, der den Sozialismus als Staatsform anstrebte. Er gründete dazu während der Französischen Revolution die 'La société des égaux' ('Gesellschaft der Gleichen'): Damit begann der Frühsozialismus sich politisch zu organisieren. Über Filippo Buonarrotti gelangten Babeufs Ideen zu den Frühsozialisten

Charles Fourier (Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen, 1808) und Louis-Auguste Blanqui (1805–1881). Von seinen Ideen und denen Henri de Saint-Simon war wiederum der 1834 in Paris gegründete Bund der Geächteten beeinflusst. Von ihm spaltete sich 1836 der Bund der Gerechten ab, dessen Führung bis 1848 der Schneider Wilhelm Weitling übernahm.

2.5 Frühe Sozialisten

Frühe Sozialisten waren auch der deutsch-jüdische Philosoph Moses Hess (1812–1875), der den sozialistischen Flügel des Zionismus begründete, Hermann Kriege und der deutsche Journalist Karl Grün (1817–1885). Der deutsche Ökonom Karl Rodbertus (1805–1875) gilt als Begründer des Staatssozialismus.

2.6 Verhältnis zum Marxismus

Karl Marx löste Weitling 1848 ab und vollzog eine fundamentale Abgrenzung von allen früheren sozialistischen Theoretikern, deren Ideen er als nicht wissenschaftlich begründeten Idealismus kritisierte. Seit dem Kommunistischen Manifest von Marx und Friedrich Engels werden die frühsozialistischen Gleichheits- und Demokratisierungsbestrebungen, die sich auch auf die Ökonomie erstreckten, als Utopischer Sozialismus zusammengefaßt.

Der Marxismus grenzt damit alle Vorläufer und sozialistischen Gegenströmungen von seiner Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus ab. Er sieht im utopischen Sozialismus eine ausgehende bürgerliche und belletristische Phrase, die aus linken Strömungen des Junghegelianismus hervorgegangen sei und den proletarischen Klassenkampf negiere (vgl. Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, 1845/46). Dabei sind utopische Sozialisten auch nach marxistischer Auffassung durchaus mit dem Ziel der klassenlosen kommunistischen Zukunftsgesellschaft einverstanden, verfolgen dieses jedoch nach ihrer Ansicht auf unrealistische und zum Scheitern verurteilte Weise, weil der Klassenantagonismus und die Frage nach den Bedingungen einer erfolgreichen Revolution in ihrem Denken keine primäre Rolle spielt.

Nach dieser Kritik sind Utopien reine Gedankenkonstruktionen, die vom historischen Wachstum der Machtverhältnisse abstrahieren und in denen so die politische Anschauung von den gesellschaftlichen (insbesondere ökonomischen) Grundlagen abgekoppelt wird. Die Utopisten versuchen demnach ein System aus dem Kopf heraus zu entwickeln, statt die revolutionäre, umstürzlerische Seite des zeitgeschichtlichen Elends zu erkennen. Der wissenschaftliche Sozialismus versteht die Entstehung des Sozialismus im Unterschied zu den Utopisten als eine notwendige prozeßhafte und dialektische (widersprüchlich vor-

wärtstreibende) Entwicklung aus der konkreten historischen Situation heraus (Engels, *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, 1882).

Andere Theoretiker waren später im Gegensatz zu Marx und Engels weit weniger überzeugt von der Zwangsläufigkeit der historischen Entwicklung zu Fortschritt und Sozialismus. Ernst Bloch entwickelte auf den utopischen Gehalt fast aller sozialistischen Ideen aufbauend sein Prinzip Hoffnung (*Geist der Utopie*, 1918/1923; *Freiheit und Ordnung. Abriß der Sozial-Utopien*, 1946; *Das Prinzip Hoffnung*, 1955). Mit dem Begriff der Konkreten Utopie leistete er eine konstruktive Kritik am utopischen Gehalt des Frühsozialismus und gegen dessen abstrakte Utopien.

3 Sozialdemokratie

3.1 Sozialistische Parteien

Als Sozialistische Partei werden in einem allgemeinen und übergreifenden Sinn seit etwa Mitte des 19. Jahrhunderts politische Parteien bezeichnet, die sich an der Sozialdemokratie, am Sozialismus oder auch am Kommunismus orientieren und damit den Anspruch erheben, die Interessen der Arbeiterbewegung zu vertreten – auch wenn sich nicht alle sozialistischen Parteien in ihrem Namen als solche benennen. So gilt beispielsweise auch die britische Labour Party (frei übersetzt: Arbeitspartei) in einem verbreiteten Verständnis als sozialistische bzw. sozialdemokratische Partei.

In der Gegenwart sind die gemäßigten, im pluralistischen Sinn demokratisch ausgerichteten sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in der Sozialistischen Internationale vereint, unter ihnen auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Sozialdemokratische Partei Österreichs. Viele der großen sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien Westeuropas haben sich in den 1950er und 1960er Jahren von der spezifischen Interessenpolitik für die Arbeiterbewegung losgesagt und sich ideologisch einem breiteren Wählerpotenzial zu öffnen versucht. Sie gelten seither als Volksparteien.

Die Vorläuferorganisation der Sozialistischen Internationale wurde nach der 1876 erfolgten Auflösung der Ersten Internationalen 1889 in Paris gegründet und gilt in der chronologischen Reihenfolge der verschiedenen – ideologisch differierenden – Internationalen der Arbeiterbewegung als Zweite Internationale.

Die meisten sozialistischen Parteien gingen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts noch konform mit den revolutionären Theorien des Marxismus, begründet von Karl Marx und Friedrich Engels. Bis zum Ersten Weltkrieg setzte sich in ihnen eine reformorientierte Richtung durch. Daraufhin kam es ab 1917 nach der russischen Oktoberrevolution durch die Bolschewiki um Lenin und Trotzki zu revolutionären Abspaltungen von der Sozialdemokratie und zur Gründung von revolutionär sozialistischen bzw. kommunistischen Parteien. Diese grenzten sich von der reformorientierten Sozialdemokratie ab und bildeten auf Initiative Lenins 1919 in Moskau die Kommunistische Internationale (Komintern), die bis 1943 Bestand hatte.

3.1.1 Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie reicht bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. In dieser Zeit entstanden zunächst frühsozialis-

tisch orientierte Exilorganisationen und 1848 mit der **Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung** eine erste parteiähnliche Organisation in Deutschland selbst.

Nach dem Ende der Reaktionsära begannen sich in den 1860er Jahren neue sozialdemokratische Parteien zu bilden. Im Jahr 1863 wurde der **Allgemeine Deutsche Arbeiterverein** gegründet, geführt zunächst von Ferdinand Lassalle. Daneben entstand die *'Eisenacher Richtung'* vor allem geprägt von August Bebel und Wilhelm Liebknecht (1866 **Sächsische Volkspartei**, 1869 **Sozialdemokratische Arbeiterpartei**). Beide Richtungen schlossen sich 1875 zur **Sozialistischen Arbeiterpartei** zusammen. Von 1878 bis 1890 wurde die Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durch das repressive Sozialistengesetz geprägt. Nach dem Ende des Gesetzes erfolgte 1890 die Umbenennung der Partei zur **Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)**. Sie entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einer Massenpartei hinsichtlich ihrer Mitgliederzahlen und der Wahlergebnisse. Die SPD wurde 1912 – bezogen auf ihre Abgeordnetenmandate – das erste Mal die stärkste Fraktion im Reichstag.

Ideologisch gab es anfangs verschiedene Elemente. Da waren etwa Reste radikaldemokratischer Strömungen, einflussreich waren lange Zeit die Ideen von Ferdinand Lassalle. Auf längere Sicht setzte sich der Marxismus als dominierender Orientierungsrahmen durch. Marx' Analyse der sozialen und ökonomischen Gesellschaftsbedingungen sowie ihrer geschichtlichen Entwicklung, und die daraus gefolgerten revolutionären Handlungskonzepte haben die Sozialdemokratie bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ideologisch geprägt. Dennoch entwickelten sich innerhalb der Partei verschiedene Strömungen. In der politischen Praxis verstärkten sich spätestens durch die innerparteiliche Revisionismusdebatte der SPD ab etwa Ende der 1890er Jahre eher an Reformen orientierte Umsetzungsversuche der marxistischen Inhalte.

Während des Ersten Weltkrieges spaltete sich 1917 die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)* aus Protest gegen die Burgfriedenspolitik von der *Mehrheitssozialdemokratie (MSPD)* ab. Aus dem linksrevolutionären Flügel der USPD, dem *Spartakusbund*, ging nach der Novemberrevolution im Januar 1919 die *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)* hervor. Die linke Mehrheit der USPD schloss sich 1920 der KPD an (vgl. VKPD). Der größte Teil der verbleibenden Partei schloss sich 1922 der SPD an. Als USPD blieb in den folgenden Jahren nur eine Splitterpartei bestehen.

3.2 Erste Ansätze im Vormärz und der Revolution von 1848/49

Die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland hat bis in den Vormärz und die Revolution von 1848/49 zurückreichende Wurzeln. Ideologisch spielte zu-

nächst der französische Frühsozialismus eines Charles Fourier, Auguste Blanqui oder Henri de Saint-Simon eine wichtige Rolle. Hinzu kamen Ideen der aufkommenden radikaldemokratischen Strömungen der vormärzlichen Opposition.

Erste organisatorische Ansätze waren die Auslandsvereine deutscher Handwerker und politischer Emigranten. Dazu zählen der 1834 in Bern gegründete Geheimbund des Jungen Deutschland und der im selben Jahr in Paris entstandene Bund der Geächteten. Von diesem spaltete sich, beeinflusst von Wilhelm Weitling, 1836 der Bund der Gerechten ab. Allerdings verschob sich der Schwerpunkt des Bundes in den 1840er Jahren immer mehr nach London. Unter dem Einfluss von Karl Marx und Friedrich Engels benannte er sich in Bund der Kommunisten um. Für diesen schrieben Marx und Engels 1848 das Kommunistische Manifest. Während der Revolution löste sich der Bund vorübergehend auf, nach seiner Neugründung kam es zu ideologischen Konflikten und zu Spaltungen. Nach dem Kölner Kommunistenprozess hörte er auf zu bestehen. In Deutschland selbst hatte sich während der Revolution unter maßgeblicher Beteiligung von Stephan Born mit der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung¹ eine erste überregional verbreitete Organisation gebildet, die bereits viele Merkmale einer modernen Partei aufwies und daneben auch gewerkschaftlich aktiv war. Nach der Revolution fiel die Arbeiterverbrüderung der Reaktionspolitik im Deutschen Bund zum Opfer.

3.3 Soziale Basis

Die organisierte politische Arbeiterbewegung seit den 1860er Jahren knüpfte personell vielfach an die Traditionen von 1848/49 an. Sie war überwiegend städtisch geprägt. Ihr Kern waren nicht ungelernete Fabrikarbeiter, sondern gelernte Handwerker, Arbeiter mit Handwerksausbildung und zunehmend Facharbeiter. Wichtig waren Branchen wie die Tabakarbeiter oder Buchdrucker, in denen handwerkliche Arbeitsabläufe eine beträchtliche Rolle spielten. Ungelernte Arbeiter in neuen Massenberufen wie dem Bergbau oder der Eisen- und Stahlindustrie waren dagegen nur vergleichsweise schwach vertreten. Von großer Bedeutung war nicht zuletzt die Verbindung der Arbeiter mit Teilen der städtischen antifeudalen und radikaldemokratischen Intellektuellen. Von

¹Wenn von Arbeitern während der Revolution von 1848/49 die Rede ist, sind damit nur in relativ geringem Umfang Fabrikarbeiter gemeint, die Masse der Arbeiter war in dieser Zeit noch Teil der kleingewerblich-handwerklichen Lebenswelt. Beteiligt an den Organisationsversuchen waren daher vor allem die in ihrer Existenz gefährdeten Handwerksmeister und die Handwerksgesellen

Es gab durchaus auch enge Beziehungen zu dem Bund der Kommunisten um Karl Marx. So gab es etwa eine Reihe von Doppelmitgliedschaften, in der Arbeiterverbrüderung wurde das kommunistische Manifest rezipiert, und Stephan Born schlug sogar eine Art Arbeitsteilung vor. Danach sollte sich der Kommunistenbund vor allem um die Programmatik kümmern, während die Arbeiterverbrüderung für die praktische Organisation zuständig sein sollte.

Anfang an war die Sozialdemokratie zudem eine überwiegend in protestantischen Regionen erfolgreiche Bewegung. Im katholischen Deutschland sorgte insbesondere der Kulturkampf² für die Entstehung eines auch die Arbeiter einschließenden Milieus.

3.4 Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein seit 1863

Ein Wiederbeginn des politischen Lebens nicht nur in Preußen wurde ab 1858 mit der sogenannten Neuen Ära, d. h. der liberalen Wende in der preußischen Innenpolitik, möglich. Es entstanden, häufig gefördert von liberal oder demokratisch gesinnten Bürgern, Handwerker- und Arbeiterbildungsvereine. Dabei wurde bald deutlich, dass ein Teil der Mitglieder auch soziale und politische Interessen vertreten wollte. Als sich zeigte, dass dies im Rahmen des **liberalen Deutschen Nationalvereins** nicht möglich war, wandte sich 1863 ein in Leipzig entstandenes Central-Comitee zur Berufung eines allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses an den Autor **Ferdinand Lassalle**. Unter dessen maßgeblicher Leitung entstand am 23. Mai 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) als erste Deutsche Arbeiterpartei. Dem Verein gelang es zwar, in einigen Gebieten eine nennenswerte Zahl von Anhängern zu gewinnen, aber entgegen den Erwartungen Lassalles entwickelte er sich nicht zu einer Massenbewegung. Nach dem frühen Tod des Gründers spaltete sich die Organisation. Erst unter der Führung von Johann Baptist von Schweitzer kam es ab 1867 zu einer Konsolidierung.

3.5 Die Eisenacher Richtung

Nach der Gründung des ADAV wurde unter maßgeblicher Leitung des Nationalvereins zur Bindung der Arbeitervereine an das bürgerliche Lager der Vereinstag Deutscher Arbeitervereine gegründet. Allerdings gelang es nicht, die Politisierung eines Teils der Mitglieder zu verhindern. Außerdem begann mit

²Der Begriff Kulturkampf wurde erstmals am 17. Januar 1873 im preußischen Abgeordnetenhaus von Rudolf Virchow gebraucht, der damit die Befreiung der Kultur vom Einfluss der Kirche postulierte.

Anlass des Kulturkampfes war erstens die Veröffentlichung eines Verzeichnisses moderner theologischer und gesellschaftlicher Anschauungen und Lehren durch Papst Pius IX. im Jahre 1864, die von der Kirche abzulehnen seien (*Syllabus Errorum*). Dies bedeutete u. a. sowohl die Ächtung philosophischer Vorstellungen, wie die des Naturalismus, Pantheismus und Rationalismus, als auch die Ablehnung von Sozialismus, Kommunismus, Nationalismus und Liberalismus. Zweitens wurde im Ersten Vatikanischen Konzil 1870 das Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes definiert, wenn er in Fragen des Glaubens und der Sitte eine Lehre 'ex cathedra' verkündet. Insbesondere im deutschen Sprachraum gab es Proteste gegen dieses neue Dogma, woraufhin es zu einer kirchlichen Abspaltung kam. Den sogenannten 'Altkatholiken' wurde deswegen von der Kirche die Lehrbefugnis entzogen. Weil die Professoren aber auch Staatsdiener waren, sah der Staat dies als Eingriff in seine Belange an.

der Gründung gewerkschaftlicher Organisationen die wirtschaftliche Interessenvertretung an Gewicht zu gewinnen. Innerhalb des Vereinstags gewannen **Wilhelm Liebknecht** und **August Bebel** an Einfluss. Unter dem Vorsitz von Bebel beschloss die Generalversammlung des Vereinstages 1868 den Anschluss an die Internationalen Arbeiterassoziation (Erste Internationale). Die weiterhin liberal gesinnten Vereine spalteten sich daraufhin ab. Ebenfalls unter maßgeblicher Beteiligung von Bebel und Liebknecht war 1866 die Sächsische Volkspartei gegründet worden. Diese zielte ursprünglich auf ein Bündnis aus bürgerlichen Demokraten und Arbeitern ab. Nachdem der Erfolg im Bürgertum weitgehend ausblieb, dominierten auch dort immer stärker die Arbeiter. Am 8. August 1869 schlossen sich der Vereinstag Deutscher Arbeitervereine, die Sächsische Volkspartei und vom ADAV abgespaltene Gruppen in Eisenach zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) zusammen.

Programmatische Grundlage der neuen Partei war das Eisenacher Programm. Dieses Programm übernahm mit nur wenigen kleinen Änderungen die Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation. Daneben übernahm es aber auch Konzepte der Lassalleanhänger auf. So wurde die Wahlrechtsfrage in den Vordergrund gestellt und die Forderung nach Arbeiterassoziationen übernommen. **Ziel der Partei war die Errichtung eines freien Volksstaates.** Zur Abschaffung der Klassenherrschaft setzte sie auf die Überwindung der auf dem Lohnsystem beruhenden Produktionsweise durch genossenschaftliche Arbeit. Außerdem bekannte sie sich zum internationalistischen Standpunkt der Internationalen Arbeiterassoziation.

3.6 Von der Konkurrenz zur Vereinigung

ADAV und SDAP bekämpften sich in den folgenden Jahren und waren etwa in der deutschen Frage unterschiedlicher Meinung. Während der ADAV kleindeutsch ausgerichtet war, stand die SDAP auf Seiten der Großdeutschen. Auch ideologisch gab es Unterschiede. Das auf Lassalle zurückgehende eherne Lohngesetz führte beim ADAV zu einem ausgeprägten Etatismus und einer gewerkschaftskritischen Haltung. Dagegen stand die SDAP dem Gewerkschaftsgedanken positiv gegenüber, lehnte aber eine Zusammenarbeit mit dem bestehenden Staat ab. Die Gegensätze verloren nach der vollzogenen Reichsgründung 1871 an Bedeutung. Gleichzeitig sorgten die antisozialdemokratischen Maßnahmen des Staates für ein Zusammenrücken beider Parteien. Dies führte schließlich auf dem Vereinigungsparteitag, der vom 22. und 27. Mai 1875 in Gotha stattfand, zum Zusammenschluss zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP)

3.7 Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands von 1875

3.7.1 Programmatik

In dem vor der Vereinigung ausgehandelten Gothaer Programm finden sich Programmbestandteile beider Vorgängerorganisationen wieder. So stammte die Formulierung *'Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft'* von Vertretern der SAP, während die Forderung nach Einrichtung *sozialistischer Produktivgenossenschaften* auf Gedankengut Lassalles zurückging. Ein Großteil der Nahziele entstammte dem Eisenacher Programm. Dagegen war die Abqualifizierung der Gegner als reaktionäre Masse und die Forderung nach einem Zerbrechen des ehernen Lohngesetzes wiederum Gedankengut des ADAV. Das Bekenntnis, **mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft zu erstreben**, ging auch auf die drohenden und teilweise schon eingesetzten staatlichen Repressionsmaßnahmen zurück.

3.7.2 Die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz 1878 – 1890

Spätestens seit dem offenen Bekenntnis von Bebel und Liebknecht zur revolutionären *'Commune'*, die während des von Preußen, namentlich von Bismarck initiierten Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 in Paris ausgerufen worden war, galten die Sozialdemokraten als Staatsfeinde. Ihre führenden Repräsentanten, aber auch einfache Mitglieder waren verschiedenen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt. Bebel und Liebknecht etwa wurden 1872 in einem Hochverratsprozess zu jeweils zwei Jahren Festungshaft verurteilt. Allerdings führten diese Maßnahmen nicht zu einer Schwächung der sozialdemokratischen Bewegung. Bei den Reichstagswahlen von 1877 kam die vereinigte Partei auf über 9 % der Stimmen.

Zwei von Einzeltätern ausgeführte Attentate auf Kaiser Wilhelm I. im Mai und Juni des Jahres 1878 waren für Bismarck der Anlass für eine nunmehr aggressivere antisozialdemokratische Politik. Die regierungsnah Presse tat alles, um die Attentäter in die Nähe der Sozialdemokraten zu rücken. Nachdem der erste Versuch, ein Ausnahmegesetz auf den Weg zu bringen, am Widerstand der Mehrheit im Reichstag gescheitert war, führte das zweite Attentat, bei dem der Monarch schwer verletzt wurde, und die darauf folgende Auflösung des Parlaments zur Bereitschaft auch der meisten Nationalliberalen, dem Sozialistengesetz zuzustimmen. Sie hatten im Wahlkampf eine entsprechende Stimmung im Volk ge- und verspürt.

Das Gesetz ermöglichte das Verbot von Vereinen, Versammlungen, von Druckschriften und Geldsammlungen. Zuwiderhandlungen konnten mit Geld- oder Gefängnisstrafen belegt werden. Auch konnten Aufenthaltsverbote ausgesprochen oder über bestimmte Gebiete der kleine Belagerungszustand verhängt werden. Allerdings war das Gesetz befristet und musste daher vom Parlament

immer wieder bestätigt werden. Eine erste Bestätigung folgte 1881. In der Folge wurde das Gesetz mehrfach verlängert.

Die Sozialistische Arbeiterpartei wurde für zwölf Jahre faktisch in die Illegalität gedrängt. Neben anderen sozialdemokratischen Publikationen wurde das offizielle Parteiorgan, der *Vorwärts* ebenso verboten wie öffentliche Auftritte oder Versammlungen der Partei. Das Gesetz richtete sich nicht nur gegen die SAPD selbst, auch weitere Arbeiterorganisationen wie die Gewerkschaften wurden aufgelöst. **Einzig die Mitglieder der Länderparlamente und der Reichstagsfraktion der SAPD behielten ihre Mandate bzw. konnten sich als Einzelkandidaten in den Wahlkreisen weiterhin zu Wahlen aufstellen lassen**³. Viele Parteimitglieder sahen sich zur Emigration gezwungen oder wurden aus ihren Wohnorten ausgewiesen. Allerdings sah sich die Partei im Zuge der antisozialdemokratischen Repressionsmaßnahmen veranlasst, sich nach und nach ihres linken, sozialrevolutionären und tendenziell anarchistischen Flügels zu entledigen. So wurden 1880 deren wichtigste Vertreter – Johann Most und Wilhelm Hasselmann – die zeitweilig auch der Reichstagsfraktion der SAPD angehört hatten (Most von 1874–1877, Hasselmann bis 1880), aus der Partei ausgeschlossen.

Da in Deutschland keine Parteitage mehr möglich waren, fanden geheime Konferenzen der SAPD im angrenzenden Ausland statt. Dies geschah etwa im August 1880 auf Schloss Wyden im Kanton Zürich. Dort beschloss die Partei das Wort *'gesetzlich'* aus dem Parteiprogramm zu streichen, da dieses nunmehr sinnlos sei. Die Partei strebe nunmehr mit allen Mitteln nach ihren Zielen. Ein ähnlicher Kongress fand 1883 in Kopenhagen statt. Ein spektakulärer Höhepunkt der antisozialdemokratischen Maßnahmen war der zwischen dem 26. Juli und 4. August 1886 vor dem Landgericht von Freiberg in Sachsen stattfindende sogenannte *'Geheimbundprozess'*. Angeklagt wurden führende

³Der Reichstag war ab 1871 bis 1918 das Parlament im deutschen Kaiserreich. Die Reichsverfassung vom 16. April 1871 änderte an der Rechtsgestalt des Parlamentes, wie sie für den Reichstag des Norddeutschen Bundes durch seine Verfassung vom 17. April 1867 vorgezeichnet war, zunächst nichts.

Der Reichstag verkörperte neben dem Kaiser die Einheit des Reichs. Gemeinsam mit dem Bundesrat übte er die Reichsgesetzgebung aus und besaß die Mitentscheidungs Gewalt über das Haushaltsgesetz. Allerdings hatte sich der Reichskanzler dem Reichstag gegenüber nicht zu verantworten.

Im Jahr 1871 bestand der Reichstag aus 382, seit dem Jahr 1874 aus 397 Abgeordneten, die in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl gewählt wurden. Gewählt wurde in Einmannwahlkreisen mit absolutem Mehrheitswahlrecht. Die Abgeordneten waren Vertreter des gesamten Reichsvolkes und an Weisungen nicht gebunden. Die Parlamentarier genossen **Immunität und Indemnität**. Indemnität bezeichnet die Freistellung von straf- (u. U. auch zivil-)rechtlicher Verfolgung. Sie stellt ein Verfahrenshindernis im Strafprozess dar, während Immunität für Abgeordnete lediglich die Strafverfolgung für die Zeit des Mandats hemmt und daher kein echtes Verfahrenshindernis darstellt.

Die Wahlperiode betrug zunächst drei, nach 1888 fünf Jahre. Der Reichstag wurde alljährlich vom Kaiser einberufen. Zur Auflösung des Reichstages war ein Beschluss des Bundesrates unter der Zustimmung des Kaisers notwendig.

Parteimitglieder, denen die Staatsanwaltschaft vorwarf, an einer geheimen Verbindung beteiligt gewesen zu sein. Als solche betrachtete sie die Kongresse von Wyden und Kopenhagen. Ignaz Auer, August Bebel, Karl Frohme, Karl Ulrich, Louis Viereck sowie Georg von Vollmar wurden zu jeweils neun Monaten; eine Reihe weiterer Angeklagter zu jeweils sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Diesem Prozess folgen mehrere andere Gerichtsverfahren gegen Teilnehmer der beiden Kongresse. Allein in Frankfurt wurden 35 Angeklagte zu bis zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. In Magdeburg waren es 1887 51 Verurteilte

3.7.3 Grenzen des Gesetzes

Dem Staat gelang es mit der Ausnahmegesetzgebung letztlich nicht, die sozialdemokratische Bewegung dauerhaft zu schwächen. Vielmehr hielten die Parteimitglieder auf informeller Ebene und in Tarnvereinen Kontakt miteinander. Die Beerdigungen prominenter Parteimitglieder wurden regelmäßig Anlass zu Massenversammlungen, die nach außen die Weiterexistenz der Bewegung deutlich machten. So nahmen 1879 an der Beerdigung von August Geib⁴ in Hamburg 30.000 Arbeiter teil.

Die sogenannte *'Rote Feldpost'*, geleitet von Joseph Belli und Julius Motteler, schmuggelte Agitationsschriften und vor allem die seit 1879 in Zürich erscheinende Zeitung *'Sozialdemokrat'* ins Reich ein, deren verantwortlicher Redakteur Georg von Vollmar war. Mitarbeiter waren unter anderem Karl Kautsky und Eduard Bernstein. Die Handhabung des Sozialistengesetzes war in den einzelnen Bundesstaaten und im Zeitverlauf unterschiedlich. Die mildere Praxis in Süddeutschland ermöglichte ab 1883 die Herausgabe der theoretischen Zeitschrift *'Die Neue Zeit'*. Die seit 1881 auch in Preußen milder gewordene Verfolgungspraxis wurde seit 1886 wieder deutlich verschärft.

Besonders die Ergebnisse der Reichstagswahlen zeigten die begrenzte Wirkung des Sozialistengesetzes. Auch die neuen Sozialversicherungen, die auch das Ziel hatten, die Arbeiter für den Staat zu gewinnen, waren in dieser Hinsicht nur wenig erfolgreich. Zwar ging der Stimmenanteil der SAP bei den Reichstagswahlen von 1881 auf 6,1 % zurück, aber bereits bei den Reichstagswahlen von 1884 stieg er wieder auf über 9 % an. Der Erfolg hatte auch eine deutliche Zunahme der Fraktionsmitglieder zur Folge. In den nächsten Jahren zeigte sich erstmals ein Eigengewicht der Fraktion. Mitglieder der Führungsgruppe der Partei wie Bebel, Friedrich Engels und Bernstein warnten vor *'parlamentarischen Illusionen'* und es gelang, den Einfluss der Fraktion, die in

⁴(* 1842 in Duchroth an der Nahe; † 1879 in Hamburg) war ein frühsozialistischer Lyriker, Buchhändler und Mitglied des deutschen Reichstages. Als Schriftsteller benutzte er auch das Pseudonym Wilhelm Leopold. An seiner Beerdigung in Hamburg nahmen etwa 30.000 Personen teil, die zu einem Gutteil den sonst üblichen schwarzen Trauerflor durch rote Bänder ersetzt hatten. Neben dem Respektbezeugung für einen der Mitbegründer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, war sie eine der eindrucksvollsten Demonstrationen für die verbotene Partei während des Sozialistengesetzes überhaupt.

einigen Fragen gegenüber anderen Parteien größere Kompromissbereitschaft gezeigt hatte, wieder zu begrenzen. Ein Grund war auch, dass die Partei bei der Reichstagswahl von 1887 zwar leicht auf über 10 % zulegen konnte, aber, da sie in einigen Stichwahlen verloren hatte, weniger Abgeordnete stellte.

Auf einem erneuten Auslandskongress im Oktober 1887 in St. Gallen gelang es August Bebel endgültig, seine Führungsrolle in Partei und Reichstagsfraktion durchzusetzen, die er bis zu seinem Tod behaupten sollte. Auf internationaler Ebene kam es zwischen dem 14. und 20. Juli 1889 in Paris zur Gründung der II. Internationale, und trotz der Verfolgungen galt die SAP als einflussreichste sozialistische Partei.

In Deutschland ließ die Unterstützung für das Sozialistengesetz immer deutlicher nach, und als die Regierung gegen Ende des Jahres 1889 ein neues, nunmehr zeitlich unbegrenztes Gesetz vorlegte, wurde die Vorlage vom Reichstag mit klarer Mehrheit am 25. Januar 1890 abgelehnt. Noch vor dem endgültigen Auslaufen des Ausnahmegesetzes kam die SAP bei der Reichstagswahl von 1890 auf fast 20 % der Stimmen und war damit die nach Zahl der Wähler stärkste Partei. Allerdings sorgte die Wahlkreiseinteilung dafür, dass sich dies nicht vollständig in der Zahl der Mandate niederschlug.

Als am 1. Oktober 1890 das Sozialistengesetz endgültig auslief, hatten die Behörden während seiner Geltungsdauer 155 periodische und 1200 nicht-periodische Druckschriften verboten, 900 Ausweisungen ausgesprochen und 1500 Personen zu insgesamt 1000 Jahren Gefängnis verurteilt.

3.8 Aufstieg zur Massenpartei

3.8.1 Soziale Basis

Das Ende der 1880er Jahre bedeutete nicht nur organisatorisch einen Wendepunkt. In diese Zeit fiel auch ein Generationenwechsel. Wichtiger als die alten Handwerkerarbeiter wurden nunmehr die fachlich gut qualifizierten aufstiegsorientierten Lohnarbeiter in der Industrie als Massenbasis der Bewegung. Allerdings wiesen die politisch Aktiven weiterhin zumeist noch einen handwerklichen Hintergrund auf. Die Aktivmitglieder kamen nicht selten aus dem Bauhandwerk im weitesten Sinn. Wichtig blieben die Buchdrucker. Diese soziale Basis hatte zur Folge, dass bürgerliche Werte in der sozialdemokratischen Bewegung keine geringe Rolle spielten. Leitbilder waren Disziplin, Bildungsbeflissenheit, Orientierung an der bürgerliche Familie und der **entsprechenden** Sexualität, Fortschrittsgläubigkeit und Wachstumsorientierung. Jürgen Kocka spricht von einem Brückenkopf der Bürgerlichkeit im Unterschichtenbereich. Er macht aber auch darauf aufmerksam, dass die antibürgerliche Ideologie nicht nur bloße Rhetorik war. Die sozialistische Arbeiterbewegung wurzelte in Lebens- und Erfahrungsmilieus, die den Verbürgerlichungsambitionen enge Grenzen setzte.

3.8.2 Parteiorganisation

Nach dem Außerkrafttreten des Sozialistengesetzes im Herbst 1890 änderte die Partei auf dem Parteitag in Halle ihren Namen in *'Sozialdemokratische Partei Deutschlands'*. Außerdem wurde ein neues Organisationsstatut beschlossen. Die Partei wurde aus vereinsrechtlichen Gründen auf einem **Vertrauensmännersystem** aufgebaut. Die organisatorische Basis bildeten meist Arbeiterwahlvereine auf der Ebene der Wahlkreise. Wenn ein Wahlkreis sich über mehrere Kommunen erstreckte, konnten darunter Ortsvereine gegründet werden. Diese Vereine schlossen sich zu Bezirken und Organisationen auf der Ebene der Mitgliedsstaaten des deutschen Reiches zusammen. Oberstes Organ der Partei war der Parteitag, der auch den teilweise besoldeten Vorstand aus zwölf Personen wählte. Der Vorstand wurde auf dem jährlichen Parteitag jeweils neu gewählt. In der Praxis wurden die Mitglieder allerdings meist in ihrem Amt bestätigt. Zusammen mit der Kontrollkommission bildete der Vorstand die Parteileitung.

Sowohl Vorstand wie Reichstagsfraktion hatten Weisungen der Parteitage auszuführen und hatten Rechenschaft abzulegen. Sitz der Partei war Berlin. Organ der Partei wurde das *'Berliner Volksblatt'*, das kurze Zeit später den Titel *'Vorwärts – Berliner Volkszeitung. Centralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands'* erhielt. Neben verschiedenen anderen Beschlüssen wurde der 1. Mai zum dauernden Feiertag der Arbeiter erklärt und der Parteitag beauftragte den Vorstand, ein neues Parteiprogramm zu erarbeiten.

Zwar gab es aus vereinsrechtlichen Gründen in den 1890er Jahren noch keine festen Parteimitgliedschaften oder -beiträge. Die Partei blieb zunächst finanziell auf den Verkauf von Zeitschriften und anderen Druckwerken angewiesen. Aber die Bindung der Anhänger an ihre Partei war erheblich. Nach dem neuen Organisationsstatut von 1905 wurde die SPD im Gegensatz zu den meisten anderen deutschen Parteien zu einer regelrechten Mitgliederpartei. Ein ausgeprägtes Parteileben aus regelmäßigen Versammlungen sowie einem ritualisierten sozialistischen Festkalender band die Mitglieder an die Partei. Ihre Zahl ist etwa seit 1906 genauer bekannt. Hatte die Partei zu diesem Zeitpunkt etwa 384.000 Mitglieder, wuchs ihre Zahl bis 1914 auf über eine Million an.

Das Anwachsen der Mitgliederzahlen führte etwa seit 1903 zum Ausbau des hauptamtlichen Parteiapparats. An dieser Entwicklung gab es schon früh Kritik. Aber angesichts der großen Mitgliederzahl war der Apparat eher klein. Für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg lässt sich nicht von einer *'verkalkten Bürokratie'* sprechen, waren die besoldeten Funktionäre doch durchschnittlich etwa fünfunddreißig Jahre alt. Wie auch die Beschäftigung als Redakteur in einer Parteizeitung war die Stellung als Parteisekretär für besonders aktive Mitglieder, die in der freien Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst keine Beschäftigung mehr fanden, oft die einzige Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Für eine gewisse Professionalisierung der Funktionäre sorgte seit 1906 bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges die Reichsparteischule.

3.8.3 Entstehen eines sozialdemokratischen Milieus

Nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes begannen sich auch die der Partei nahestehenden freien Gewerkschaften zu reorganisieren. Mit der Generalkommission unter dem Vorsitz von Carl Legien entstand 1890 eine Dachorganisation. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder stieg in den folgenden Jahrzehnten deutlich schneller als die der Parteimitglieder, was den Funktionären der Gewerkschaften erhebliches politisches Gewicht verlieh. Betrug die Zahl der Mitglieder in den freien Gewerkschaften 1890 etwa 300.000, waren es 1913 2,5 Millionen. Damit waren die freien Gewerkschaften die mit Abstand stärkste Richtungsgewerkschaft des Kaiserreichs.

Neben Partei und Gewerkschaften bildete ein sozialistisches Genossenschafts- und Konsumvereinswesen (Centralverband Deutscher Konsumvereine) die dritte Säule der sozialistischen Arbeiterbewegung. Im Jahr 1911 gab es über 1100 lokale Konsumgenossenschaften mit zusammen 1,3 Millionen Mitgliedern.

Daneben entwickelte sich ein weitgespanntes sozialdemokratisches Vereinswesen angefangen von den Arbeiterbildungsvereinen, über Arbeitergesangsvereine, Vereine von Arbeiterturnern, -radfahrern bis hin zu Freidenker⁵- und Feuerbestattungsvereinen⁶. Insgesamt entstand ein von der Wiege bis zur Bahre reichendes Organisationswesen.

Die Forschung spricht seit einigen Jahren in diesem Zusammenhang von einem **sozialdemokratischen Milieu**. Die Ursprünge reichten zwar bis in die Entstehungsphase der sozialdemokratischen Bewegung zurück, es erfuhr nunmehr aber seine charakteristische und in der Öffentlichkeit wahrnehmbare Ausprägung.

3.8.4 Die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1893 bis 1912

Der Aufschwung der Sozialdemokratie spiegelte sich nicht zuletzt in den Ergebnissen der Wahlen. Bei den Reichstagswahlen von 1893, 1898 und 1903 konnte die Partei ihren Stimmenanteil steigern. Lag sie 1893 noch bei 23,3 %, waren es 1903 über 31 %.

⁵Freidenker sind Menschen ohne Bindung an eine etablierte Religion (jedoch nicht grundsätzlich Atheisten), die sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und sich zum Humanismus bekennen. Ein verwandter und älterer Begriff ist Freigeist, der jedoch zur Entstehungszeit des Begriffs Freidenker oft abwertend gebraucht wurde.

Freidenker bestehen zwar auf ihrer Unabhängigkeit von Glaubensregeln wie Tabus und Dogmen, beziehen sich aber ausdrücklich auf ethische Grundsätze von Freiheit, Gleichheit, Toleranz und Gewaltverzicht.

⁶Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde von Freidenkern die Feuerbestattung gezielt propagiert, häufig in bewusster Abgrenzung zur christlichen Bestattungskultur. Dies führte 1905 zur Gründung des Verbandes 'Freidenker für Feuerbestattung'.

Die Evangelischen Kirchen standen gegen Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts der Feuerbestattung zunächst auch überwiegend ablehnend gegenüber. Bald setzte sich aber eine tolerierende, wenn auch nicht fördernde Haltung durch.

Die besonderen Umstände der Reichstagswahl von 1907 (Hottentottenwahlen)⁷ mit ihren nationalistischen Untertönen und der Bildung des Bülowblocks führten zu leichten Verlusten bei den Stimmenanteilen. Einen tiefen Einbruch musste die Partei wegen der Stichwahlabkommen der bürgerlichen Parteien bei den Reichstagsmandaten hinnehmen. Die Zahl der Fraktionsmitglieder halbierte sich fast von 81 auf 43. Dieser Einbruch erwies sich jedoch als vorübergehend; 1912 erreichte die SPD fast 35 % der Stimmen und stellte 110 Reichstagsmitglieder.

Allerdings verteilten sich diese Erfolge nicht gleichmäßig über das Reich. Der Wahlerfolg hing zum einem von der Sozialstruktur ab, in Groß- und Industriestädten war der Erfolg der Partei um ein Vielfaches größer als auf dem Land. Ein anderer wesentlicher Faktor war die Konfessionsstruktur. Die SPD war unabhängig von der persönlichen Haltung der Wähler stark vor allem in überwiegend protestantischen Bereichen. In katholischen Regionen fiel es ihr schwer, Fuß zu fassen. Im stark industrialisierten Rheinland, im Ruhrgebiet, im Saarrevier und in Oberschlesien blieben viele Arbeiter in das katholische Milieu integriert und wählten die Zentrumsparterie.

Auch im protestantischen Teil Deutschlands gab es im Übrigen weiterhin eine beachtliche Zahl von Arbeiterwählern, die für eine der bürgerlichen Parteien stimmten.

3.8.5 Innere und programmatische Entwicklung

Zwar wurde die SPD im Laufe der Zeit zu einem nicht zu unterschätzenden sozialen und politischen Faktor. Ihre Integration in die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung blieb aber beschränkt. Auch nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes **hielten der Staat und die ihn tragenden Gruppen an der Ablehnung der Sozialdemokratie fest**. Zeitweise waren wie 1894 mit der Umsturzvorlage oder 1899 mit der Zuchthausvorlage neue Ausnahmegesetze geplant. Bis auf das Lex Arons scheiterten diese zwar an der Reichstagsmehrheit, bestärkten aber ebenso wie die Gründung des Reichverbandes gegen die Sozialdemokratie (1904) die Sozialdemokraten in ihrer Fundamentalopposition.

⁷Die Wahl wurde als Hottentottenwahl bezeichnet, weil ihre Ursache und der Wahlkampf durch den Hererokrieg (vor allem aber durch den Namakrieg) im Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika bestimmt waren. Durch den anhaltenden und mit hohen Kosten verbundenen Kolonialkrieg kam es in Deutschland zu einer politischen Krise, nachdem die deutsche Regierung am 2. August 1906 im Reichstag einen Nachtragshaushalt in Höhe von 29 Millionen Mark für den Krieg in Deutsch-Südwestafrika beantragt hatte. Vor allem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) weigerte sich angesichts rücksichtsloser Kriegsführung mit zahlreichen Opfern unter den geschätzten 20.000 Nama (der Ausdruck 'Hottentotten' wird heute als abwertend gesehen), weiteren Geldern zuzustimmen.
ein interessanter Link: <http://www.dhm.de/ausstellungen/namibia/stadtspaziergang/reichstag.htm>

3.8.6 Erfurter Programm

Im Inneren der Partei setzte sich der Marxismus während des Sozialistengesetzes als herrschende Ideologie gegenüber anderen Politikvorstellungen, etwa denen Lasalles, durch. Den offiziellen Kurs der SPD formulierte 1891 das auf dem Parteitag in Erfurt verabschiedete Erfurter Programm. Karl Kautsky hat dabei vor allem den grundsätzlichen Teil geprägt, während Eduard Bernstein für den praktischen Teil zuständig war. Dieser letzte Teil mit den Forderungen nach einer gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung und sozialen Reformen war zwar deutlicher als in den Vorgängerprogrammen formuliert, unterschied sich aber nicht grundsätzlich von diesen. Dagegen war der erste Teil, der skizzenhaft auch eine knappe Gesellschaftsanalyse enthielt, klarer als früher marxistisch orientiert. Das Programm gipfelte in Formulierung:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts oder der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

3.8.7 'Die Jungen' und der Reformismusstreit

Die Durchsetzung des Marxismus bedeutete jedoch keineswegs ein Ende des inneren Pluralismus oder der Auseinandersetzungen über den richtigen Kurs. Ohne den Druck der Verfolgung einerseits und durch das Wachsen der Mitgliederzahlen andererseits bildeten sich innerhalb der Partei unterschiedliche Strömungen heraus. Dabei wurde die nunmehr marxistisch argumentierende Parteiführung grundsätzlich von zwei Seiten kritisiert. In den frühen 1890er Jahren kam die linke Opposition von den so genannten '**Jungen**'. Diese kritisierten etwa das Verhalten der Parteiführung zum 1. Mai 1890 nicht zu Arbeitsniederlegungen zur Durchsetzung des 8-Studentages aufgerufen zu haben. Andere Kritik richtete sich gegen die noch immer starke Stellung der Reichstagsfraktion und die Reformisten. Weil sich ihre Ziele innerhalb der SPD nicht durchsetzen ließ, spaltete sich ein Teil der Jungen ab und gründete den **Verein unabhängiger Sozialisten**, der sich bald unter dem Einfluss von Gustav Landauer anarchistischen Tendenzen zuwandte.

Auf der anderen Seite des innerparteilichen Spektrums standen die reformistische Kräfte insbesondere aus Süddeutschland. So hat **Georg von Vollmar** bereits 1891 Reformpolitik auf der Grundlage der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und die Zusammenarbeit mit allen progressiven Kräften gefordert. '*Dem guten Willen die offene Hand, dem schlechten die Faust.*'

Bereits in den frühen 1890er Jahren stimmte die bayerische Landtagsfraktion dem anstehenden Haushaltsentwurf zu und die Reformisten drängten auf ein Agrarprogramm, um die Wählerbasis zu verbreitern.

Beides stieß während des so genannten Reformismusstreits in der Gesamtpartei auf heftigen Widerstand. Letztlich setzte sich dabei Karl Kautsky mit seiner strikt marxistischen Haltung durch. Eine Folge der Entscheidung war, dass sich das Wählerpotential der Partei immer mehr auf die Industriearbeiterschaft verengte. Die Agitation in ländlichen Regionen wurde dagegen vernachlässigt.

3.8.8 Der Revisionismusstreit

Teilweise an die ältere Diskussion anknüpfend, teilweise auf eigenen theoretischen Überlegungen fußend, fachte **Eduard Bernstein** in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre den Revisionismusstreit in der Partei an. Ein zentraler Ausgangspunkt war die These, dass die wirtschaftliche und politische Entwicklung keineswegs automatisch auf den Zusammenbruch des Systems hinauslaufen würden. Auch der einfachen Reduktion der Gesellschaft auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit stand Bernstein angesichts der sozialen Differenzierung skeptisch gegenüber. Stattdessen strebte auch er ein Bündnis mit den progressiven Kräften des Bürgertums an.

'Ihr Einfluss würde ein viel größerer sein als er heute ist, wenn die Sozialdemokratie den Mut fände, sich von der Phraseologie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt ist, und das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei.'

Ignaz Auer sprach in vielen Teilen für die Parteiführung insgesamt, wenn er den Charakter einer sozialdemokratischen Reformpartei anerkannte, aber mit Blick auf die Einheit der Partei davor warnte, die für die Identität der Parteimitglieder wichtigen ideologischen Zukunftshoffnungen zu zerstören.

'Mein lieber Ede, das was du verlangst, so etwas sagt man nicht, so etwas tut man.'

Die entschiedene Gegenposition zu Bernstein formulierte Rosa Luxemburg. Sie verteidigte dabei nicht den heimlichen Revisionismus der Parteiführung, sondern verlangte eine Revision der Parteilinie in Richtung eines revolutionären Aktivismus. Reformarbeit im bestehenden System lehnte sie ab, da dies das Überleben des bürgerlichen Systems nur verlängern würde. Gegen diese linke Position wehrten sich insbesondere die Funktionäre der erstarkten Gewerkschaftsbewegung. Carl Legien äußerte 1899 *'gerade wir gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wünschen nicht, dass es zum so genannten Kladderadatsch kommt . . . Wir wünschen den Zustand der ruhigen Entwicklung.'* Wichtiger als theoretische Überlegungen waren für diese Gruppe der weitere Ausbau der Organisation. Sowohl die revolutionäre wie die reformistische Perspektive waren in sich durchaus schlüssig, entsprachen aber nicht der politischen Wirklichkeit im Kaiserreich. Gegen einen möglichen gewaltsamen

Umsturzversuch stand ein wohlorganisierter Staat, der notfalls auf die Armee zurückgreifen konnte. Auf der anderen Seite stand Bündnissen mit anderen Parteien die tief verwurzelte antisozialdemokratische Haltung in weiten Teilen des Bürgertums gegenüber. Das Ende der letztlich fruchtlosen Debatte erfolgte auf dem Parteitag von 1903, als dieser unter Einschluss der Revisionisten beschloss, die *'bisherige bewährte und siegesgekrönte auf dem Klassenkampf beruhende Taktik'* fortzusetzen.

3.8.9 Massenstreikdebatte und Mannheimer Abkommen

Ausgelöst insbesondere vom Streik der Bergleute im Ruhrbergbau und der russischen Revolution im Jahr 1905 kam es zu Auseinandersetzungen darüber, ob ein Generalstreik, wie er bereits in anderen europäischen Ländern zur Durchsetzung von politischen Forderungen angewandt worden war, auch in Deutschland etwa beim Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht übernommen werden sollte. Als Kontrahenten standen sich in der Massenstreikdebatte die freien Gewerkschaften beziehungsweise der Gewerkschaftsflügel in der SPD auf der einen Seite und eine bemerkenswerte Koalition aus Parteivorstand, Revisionisten und Linken gegenüber.

Die Gewerkschaften lehnten politische Streiks vollständig ab. Der Gewerkschaftskongress von 1905 beschloss mit breiter Mehrheit:

'Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongress für indiskutabel; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisationen abhalten zu lassen.'

Dagegen verabschiedete der Parteitag der SPD im selben Jahr einen Antrag, in dem der Massenstreik einerseits als wirksames Kampfmittel gewertet wurde, um mögliche politische Angriffe auf die Arbeiterklasse abzuwehren. Andererseits sei er ein offensives Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse.

Um den Bruch zwischen Gewerkschaften und Partei zu vermeiden suchten beide Seiten nach einem Kompromiss. Auf dem Mannheimer Parteitag von 1906 wurde beschlossen, dass ein Massenstreik ohne Unterstützung der Gewerkschaften keine Aussicht auf Erfolg haben könnte. Dies bedeutete letztlich das Ende des politischen Massenstreikkonzepts für Deutschland. Im so genannten Mannheimer Abkommen wurde zudem die Rolle von Gewerkschaften und Partei neu definiert. Das mittlerweile erlangte organisatorische Gewicht der Gewerkschaften zwang die SPD, die alte Vorstellung von den Gewerkschaften als Rekrutenschule für die Partei zu revidieren und ihnen einen gleichberechtigten Status zuzuerkennen. *'Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und Partei gleichermaßen berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.'*

3.8.10 Die Sozialdemokratie vor Beginn des Ersten Weltkrieges

In den letzten Jahren vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges kam es auf dem Parteitag von 1910 noch einmal zu einem Konflikt zwischen süddeutschen Reformern und der Parteimehrheit über die Zustimmung zu den Länderhaushalten. Allerdings begann auch in der Reichspartei allmählich der Widerstand gegen die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien zu bröckeln. Trotz innerparteilicher Kritik kam es vor den Reichstagswahlen von 1912 zu Stichwahlabkommen mit den Linksliberalen, was in hohem Maß zum großen Wahlerfolg der SPD beitrug. Innerhalb der SPD stieß diese Politik beim linken Flügel auf entschiedene Ablehnung.

Außerhalb der Partei verstärkten die konservativen Kräfte noch einmal ihre antisozialdemokratischen Bemühungen etwa in Form des Kartells der schaffenden Stände. Der Druck auch des Obrigkeitsstaates verhinderte letztlich eine positive Eingliederung in den bestehenden Staat und verstärkte die negative Integration in ein abgesondertes sozialdemokratisches Milieu.

In der Partei selbst kam es nach dem Tode August Bebel's, der die sozialdemokratische Bewegung seit den 1860er Jahren geprägt hatte, zu einem Generationenwechsel. Die neue Parteispitze bildeten Friedrich Ebert und Hugo Haase. Beide wurden weder zu den Revisionisten noch zum linken Flügel gerechnet, sondern repräsentierten die zentristische Vorstandslinie, wenngleich es zwischen ihnen auch deutliche Unterschiede gab. Von Beiden erhoffte sich die Partei die Fortsetzung des Kurses zwischen dem reformistischen und dem revolutionären Flügel.

3.9 Erster Weltkrieg, Spaltung und Revolutionszeit

3.9.1 Entscheidung für die Kriegskredite

Als sich die politische Lage in der Julikrise 1914 nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zuspitzte, rief die SPD zu Friedensdemonstrationen auf, ohne dass dies irgendwelche Auswirkungen auf die Ereignisse gehabt hätte. Die Haltung der führenden Parteimitglieder zu einem möglichen Krieg war unterschiedlich.

Für die radikale Linke um Rosa Luxemburg war er eine unvermeidliche Konsequenz der imperialistischen Gegensätze und eine aktive Friedenspolitik daher illusorisch. Es gab insgesamt nur wenige überzeugte Pazifisten in der Parteiführung. Diese kamen wie Kautsky, Bernstein, Haase oder Kurt Eisner aus unterschiedlichen innerparteilichen Lagern.

Ein Großteil der SPD-Führung ließ sich von der Reichsleitung überzeugen, dass Deutschland sich in einem Verteidigungskrieg gegen das zaristische Russland und dessen Verbündete befände. Zentraler Prüfstein für die Haltung der Partei zum Krieg war die Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstagsfraktion. Schon vor der Abstimmung hatte sich der rechte Flügel nicht zuletzt

unter dem Eindruck, dass die freien Gewerkschaften bereits dem wirtschaftlichen Burgfrieden zugestimmt hatten, für die Annahme entschieden. Um die Einheit der Partei nicht zu gefährden, stimmten auch die eher linken Abgeordneten den Krediten zu. In einer Erklärung vom 4. August 1914 hieß es: *'Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute entschieden, sondern über die Frage, der für die Verteidigung des Landes notwendigen Mittel.'* Von den rechten Fraktionsmitgliedern hinzugefügt wurde der Satz: *'Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich.'* Auf der äußersten Rechten der SPD wurden von der so genannten Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe sogar so etwas wie eine sozialdemokratische Variante der bürgerlichen Kriegszielforderungen erhoben.

3.9.2 Parteispaltung

Allerdings wuchs in Teilen der Partei bald die Einsicht, dass die These vom Verteidigungskrieg falsch war. Als im Dezember 1914 neue Kriegskredite nötig wurden, stimmte Karl Liebknecht offen gegen die Fraktionsmehrheit. In der Folge schloss sich dem auch Otto Rühle an. Beide wurden daraufhin aus der Fraktion ausgeschlossen. Die innerparteilichen Spannungen wuchsen, als Bernstein, Haase und Kautsky 1915 ein Manifest unter dem Titel *'Das Gebot der Stunde'* veröffentlichten, das angesichts der Annexionspläne von Wirtschaft, Regierung und Teilen der bürgerlichen Gesellschaft ein Ende der Kriegsunterstützung forderte. Daraufhin begannen Politiker vom eher rechten Flügel wie Eduard David offen über einen Ausschluss der Kritiker nachzudenken. Im Dezember 1915 stimmten dann nur noch 66 für und 44 gegen neue Kredite. Im März 1916 wurden die Kriegsgegner schließlich aus der Fraktion ausgeschlossen.

Diese schlossen sich zu einer *'sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft'* zusammen, beabsichtigten in ihrer Mehrheit aber keine Parteispaltung. Eine Reichskonferenz mit Delegierten beider Seiten im September sollte noch einmal Einigungsmöglichkeiten ausloten. Dort stellte die Opposition etwa 40 % der Delegierten. Allerdings scheiterte dies an der kompromisslosen Haltung der Mehrheit. Hinzu kam, dass mit der russischen Februarrevolution von 1917 der angebliche Kriegsgrund entfallen war.

Im April 1917 kam es daher in Gotha zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD). Ihr schlossen sich unter anderem die beiden ehemaligen Kontrahenten des Revisionismusstreits Kautsky und Bernstein an.

Bereits 1916 war der linksrevolutionäre Spartakusbund unter Federführung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als *'Gruppe Internationale'* gegründet worden. Auch der Parteihistoriker Franz Mehring schloss sich ihr an. Der Spartakusbund selbst wurde Teil der USPD. Er bildete in der Partei den linken Flügel, betrieb aber weiterhin eine eigenständige Politik. Die Gründung fand in einem aufgeheizten Umfeld statt. So kam es im April 1917 gerade in

den USPD-Hochburgen in Berlin und Leipzig zu politisch motivierten Streiks gegen den Krieg und den Hunger.

Sie machten aber auch deutlich, dass die Position der MSPD immer mehr an Unterstützung in der sozialdemokratischen Wählerschaft verloren hatte. Diese sah sich daher letztlich zu einer Korrektur ihrer Haltung gezwungen. Zwar hielt sie am Prinzip der Landesverteidigung fest, plädierte aber auch für einen raschen Friedensschluss. Nicht zuletzt aus Angst vor einer Revolution im eigenen Land wurde im Reichstag im Juli 1917 mit den Stimmen der MSPD, des Zentrums und der Linksliberalen eine Friedensresolution beschlossen.

Im Januar 1918 kam zu Protesten und Streiks von zahlreichen Arbeitern gegen den harten Friedensvertrag von Brest-Litowsk, den das revolutionäre Russland unter Lenin abschließen musste. Damit verbunden waren auch innenpolitische Forderungen nach Frieden und Reformen. Vertreter beider sozialdemokratischer Parteien traten in die Streikleitung ein. Dazu gehörten auf Seiten der MSPD Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun, auf Seiten der USPD Haase, Wilhelm Dittmann und Georg Ledebour. **Es ging ihnen darum, die Bewegung wieder unter Kontrolle zu bringen und eine mögliche Radikalisierung zu verhindern.**

3.9.3 Max von Baden im letzten Kriegsmonat

Als man im Oktober 1918 in Berlin – den drohenden militärischen Zusammenbruch vor Augen – hastig einen glaubwürdigen Regierungschef für die anstehenden Waffenstillstandsverhandlungen sucht, scheint Prinz von Baden der richtige Mann zu sein. Man hofft darauf, dass er wegen seiner nationalen und internationalen Reputation und wegen seines Eintretens gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg vom amerikanischen Präsidenten Wilson akzeptiert wird.

Aber auch innenpolitisch ist die Oberste Heeresleitung zu Zugeständnissen bereit, um die Glaubwürdigkeit des Gesuchs zu untermauern. Ludendorff selbst fordert die Umwandlung des Reiches in eine parlamentarische Monarchie unter Einbeziehung der oppositionellen Parteien, v.a. der Sozialdemokraten, um das Waffenstillstandsgesuch nicht selbst übergeben und die Verantwortung für die militärische Niederlage übernehmen zu müssen. Auch hier scheint Prinz Max von Baden als Liberaler und Mitglied des badischen Fürstenhauses für Sozialdemokraten und Konservative gleichermaßen ein annehmbarer Kandidat. Noch-Reichskanzler Georg von Hertling schlägt ihn als seinen Nachfolger vor und am 3. Oktober 1918 ernennt ihn der Kaiser zum Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten.

Max von Baden bildet noch am selben Tag eine parlamentarische Regierung, in die mit Philipp Scheidemann erstmals auch ein sozialdemokratischer Minister berufen wird. Am 4. Oktober übermittelt er – auf Drängen der Obersten Heeresleitung – das vorbereitete Waffenstillstandsgesuch an Wilson. Doch dieser macht deutlich, dass er an eine Demokratisierung des Deutschen Reiches

nicht glaubt, so lange der Kaiser noch immer im Amt sei.

Der Prinz von Baden weiß, dass mehr als nur kosmetische Korrekturen nötig sind, um die Alliierten zum Einlenken zu bewegen. Er beendet den U-Boot-Krieg und setzt am 26. Oktober die Entlassung Ludendorffs, des mächtigsten Mannes im Reich, aus der Obersten Heeresleitung durch.

Als die Novemberrevolution ausbricht, ist die Stellung Kaiser Wilhelms nicht mehr zu retten. Um zumindest die Monarchie als solche zu retten und die Revolutionäre zu beschwichtigen verkündet Max von Baden am späten Vormittag des 9. November 1918 **eigenmächtig und verfassungswidrig** die Abdankung des Kaisers, der sich zu dieser Zeit im Hauptquartier der Obersten Heeresleitung im belgischen Spa befindet, sowie den Thronverzicht des Kronprinzen. Diese Handlung Max von Badens wird durch den Kaiser und dessen Sohn erst im Nachhinein schriftlich bestätigt (vom Kaiser am 28. November 1918 und vom Thronfolger am 1. Dezember 1918).

Am 9. November 1918 hat Max von Baden zur Einhegung der Bewegung die Abdankung von Wilhelm II. durchgesetzt und **formal gegen die Verfassung Friedrich Ebert mit dem Amt des Reichskanzlers beauftragt**.

Philipp Scheidemann proklamierte gegen den Willen Eberts, der noch immer versuchte, einem strikten Legalitätskurs zu verfolgen, die Republik:

'Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue, es lebe die deutsche Republik!'

Fast zeitgleich rief Karl Liebknecht die sozialistische Republik aus.

3.9.4 Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution 1918

Nach der **Parlamentarisierung des Reiches (Oktoberreformen)** im Oktober 1918 waren in der Regierung von Max von Baden **erstmalig auch Mehrheitssozialdemokraten** vertreten. Zwar reichten der USPD die Reformen 'von oben' nicht aus, sie setzte aber auch nicht auf einen revolutionären Wandel, sondern plädierte für die Wahl einer Nationalversammlung.

Alle Überlegungen wurden von der sich von Kiel aus über das ganze Reich ausbreitenden **Novemberrevolution** zunächst hinfällig gemacht. Anfangs waren die fast überall entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte die Träger der Bewegung. Die radikale Linke (Spartakusbund und andere) hatte in diesen Organisationen nur einen begrenzten Einfluss. Ein Großteil der Mitglieder stand den Sozialdemokraten (beider Richtungen) und den Gewerkschaften nahe. Das Ziel der Räte war überwiegend nicht die Errichtung einer Räteherrschaft nach dem russischen Vorbild, vielmehr ging es ihnen um die Beendigung des Krieges, die Sicherung der Versorgungslage, die Entmachtung der Militärherrschaft und eine Demokratisierung des Staates.

Die MSPD und die USPD bildeten am 10. November den **Rat der Volksbeauftragten**. Beteiligt waren Ebert, Scheidemann und Otto Landsberg für die MSPD und Haase, Dittmann und Emil Barth für die USPD. Um die USPD

für die Regierungsbeteiligung zu gewinnen, musste die MSPD ausdrücklich die revolutionären Grundlagen des politischen Neubeginns anerkennen. Der Rat der Volksbeauftragten verkündete, dass die politische Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte liege und diese möglichst bald zu einer Vollversammlung zusammenkommen sollten.

Allerdings wandte sich die **MSPD entschieden gegen jede Form der Räteherrschaft** und warnte vor einer Bolschewisierung. **Die Partei bekämpfte daher die entschiedene Linke**, obwohl deren tatsächlicher Rückhalt begrenzt war. Vor dem Hintergrund einer befürchteten weiteren Radikalisierung und der Furcht vor dem Zusammenbruch der staatlichen Organisation verzichtete die MSPD auf die Durchsetzung von weitergehenden Reformschritten in der ersten Revolutionsphase. Stattdessen gab es **Absprachen etwa mit der Obersten Heeresleitung** unter General Wilhelm Groener und Friedrich Ebert. Auch im Regierungsapparat blieben selbst erklärte Gegner der Revolution auf ihrem Posten. Der Kompromiss mit den alten Gewalten führte dazu, dass diese sich behaupten konnten. Nach der Konsolidierung der Verhältnisse war später eine Demokratisierung und Republikanisierung insbesondere des Militärs kaum noch möglich.

Die angekündigte Versammlung der Arbeiterräte fand als so genannter **Reichsrätekongress** Mitte Dezember 1918 statt. Die Mehrheit der Delegierten von fast 60 % stand der MSPD nahe. Trotz einiger weiterreichender Beschlüsse wie die Sozialisierung der Industrie unterstützte die Versammlung im Kern die Politik Eberts und legte gegen den Willen der USPD, die eine Nationalversammlung möglichst spät einberufen wollte, um bis dahin nach revolutionären Recht noch Fakten schaffen zu können, den Wahltermin auf den 19. Januar 1919 fest. Für den radikalen Flügel der USPD, die sich an der Oktoberrevolution orientierten, war dies nicht akzeptabel. Nicht zuletzt aus diesem Grund spaltete sich zum Jahreswechsel 1918/19 die KPD als eigenständige Partei von der USPD ab.

Über die Kompetenzen des vom Reichsrätekongresses beschlossenen Zentralrats gab es heftige Konflikte zwischen USPD und MSPD. Die Koalition scheiterte endgültig an der Frage nach dem Einsatz von Militär Weihnachten 1918. Nach dem Austritt der USPD aus der Regierung, trat unter anderem **Gustav Noske** in das Gremium ein. Während des so genannten **Spartakusaufstandes** im Januar 1919 übernahm Noske den Auftrag zur Niederschlagung des Aufstandes mit den Worten: *'Einer muss den Bluthund machen.'* Obwohl zu diesem Zeitpunkt durchaus republikanische Schutztruppen vorhanden waren, griff er auf Freikorps zurück. Diese schlugen den Aufstand blutig nieder und ihre Offiziere, die der extremen Rechten nahestanden, befahlen darüber hinaus die **Ermordung zahlreicher Politiker und Anhänger der KPD. Unter diesen waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.**

Bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung erfüllten sich die Hoff-

3 Sozialdemokratie

nungen der Sozialdemokraten auf eine absolute Mehrheit und damit einen großen politischen Entscheidungsspielraum nicht. Die MSPD kam auf 37,9 % und die USPD auf 7,6 %. Zusammen waren dies 45,5 %. Anstelle der erhofften Arbeiterregierung bildeten MSPD, die katholische Zentrumspartei und die linksliberale DDP die so genannte Weimarer Koalition.

4 Reichstagswahlen

4.1 Ergebnisse während des Kaiserreichs

Stimmenanteil und Zahl der Sitze der Sozialdemokratie, National-Liberale und Zentrum bei den Reichstagswahlen 1871 – 1912

Jahr	Stimmen		Sitze		
	ADAV + SDAP		National-Liberale	Zentrum	gesamt
1871	3,2 %	2	125	61	382
1874	6,8 %	9	152	91	397
	SAP				
1877	9,1 %	12	126	93	397
1878	7,6 %	9	97	93	397
1881	6,1 %	12	45	98	397
1884	9,7 %	24	50	99	397
1887	10,1 %	11	98	98	397
	SPD				
1890	19,8 %	35	41	106	397
1893	23,3 %	44	52	96	397
1898	27,2 %	56	46	102	397
1903	31,7 %	81	51	100	397
1907	28,9 %	43	54	105	397
1912	34,8 %	110	45	91	397

4.2 Wahlberechtigung

Wahlberechtigt waren zur Reichstagswahl ca. 20 % der Bevölkerung, weil

1. nur Männer über 25 Jahre; 34 % der Bevölkerung war jünger als 15 Jahre
2. nicht wählen durfte, wer durch rechtskräftiges Urteil die bürgerlichen

Rechte verloren hatte oder öffentliche Armenunterstützung erhielt

Quelle:

<http://www.wahlen-in-deutschland.de/krtw.htm>

viele interessante Funde fand ich auch bei

<http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/search/search.cfm>

5 Wichtige Personen

5.1 Wilhelm Weitling

Wilhelm Weitling (* 5. Oktober 1808 in Magdeburg; † 25. Januar 1871 in New York City) war ein Frühsozialist und entwickelte eine Theorie des Kommunismus.

5.1.1 'Lebensmotto'

*'Die Namen Republik und Konstitution,
So schön sie sind, genügen nicht allein;
Das arme Volk hat nichts im Magen,
Nichts auf dem Leib und muß sich immer plagen;
Drum muß die nächste Revolution,
Soll sie verbessern, eine soziale sein.'*

Vorbemerkung Weitlings zu: *Die Menschheit. Wie Sie ist und wie sie sein sollte* aus dem Jahr 1838/39.

5.1.2 Lebenslauf

Wilhelm Weitling war das uneheliche Kind des Dienstmädchens Christiane Weitling und des später in Rußland vermißten französischen Besatzungsoffiziers Guillaume Terijon. Er wuchs unter ärmlichen Verhältnissen auf und verstarb auch in ärmlichen Verhältnissen.

Weitling war von Beruf Schneidergeselle und schloß sich 1836 in der französischen Emigration in Paris dem *'Bund der Geächteten'*, an. Dieser Bund war eine Vereinigung vor allem deutscher Handwerksgesellen, die wegen ihrer demokratisch-revolutionären Gesinnung aus den deutschen Kleinstaaten verfolgt worden waren und in Frankreich im Exil lebten. Ideologisch standen sie in der Tradition des französischen Frühkommunisten *Gracchus Babeuf*¹ und

¹François Noël Babeuf, genannt Gracchus Babeuf (* 23. November 1760 in Saint Nicaise bei Saint-Quentin; † 27. Mai 1797 in Vendôme) war Journalist und ein linksrevolutionärer französischer Agitator während der ersten französischen Revolution. Nach dem Sturz Robespierres und dem Ende des Terreur im Jahr 1794 war er ein radikaler Kritiker der Herrschaft des Direktoriums und forderte als Gründer der Gemeinschaft der Gleichen die Einsetzung des Verfassungsentwurfs der französischen Republik von 1793.

Babeufs historische Bedeutung liegt darin, dass er als erster den Sozialismus als praktische Politik vorschlug und im Sinn einer frühkommunistischen Ideologie ein wichtiger Ideengeber der sozialrevolutionären Bewegungen war, die in den späteren französischen Revolutionen von 1848 (Februarrevolution) und 1871 (Pariser Commune) eine tragende Rolle spielten.

dessen Revolutionstheorien, wie sie durch die Schriften des Italieners *Buonarotti*² überliefert waren. Über Kontakte mit umherziehenden Wandergesellen verbreitete der Bund seine Ansichten im deutschsprachigen Raum.

5.1.3 Bund der Gerechten

Unter dem Einfluß Weitlings wurde die Geheimgesellschaft in *Bund der Gerechten* umbenannt, inhaltlich drückte dies eine Hinwendung zur sozialen Agitation weg von der Verschwörungstaktik. Der Bund der Gerechten verlegte 1839 seinen Sitz von Paris nach London, nachdem ein Aufstandsversuch gegen die französische Juli-Monarchie unter Bürgerkönig Louis Philippe gescheitert war. In London wurde die Organisation verstärkt von Karl Marx und Friedrich Engels beeinflusst. 1847 wurde der Bund der Gerechten in *Bund der Kommunisten* umbenannt.

Weitling propagierte eine These des kommunistischen Klassenkampfes und wandte sich von den Ideen der französischen Utopisten, der humanitären Frühsozialisten *Saint-Simon* und *Charles Fourier*, die in Frankreich die Genossenschaftsbewegung vertraten, ab. Weitling sah in den Interessen der Arbeiterschaft und denen des Bürgertums einen unvereinbaren Widerspruch. Er forderte nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale Revolution, in der es zu einer **Umwälzung der herrschenden Einkommensverhältnisse** kommen sollte, für Weitling die wesentliche Voraussetzung der **Befreiung der Arbeiterklasse**. Er setzte sich für die politische Aufklärung der Arbeiter ein, um im Proletariat die Bedingungen für einen selbständigen Kampf der Arbeiter für ihre eigenen Interessen zu schaffen.

Im Jahr 1846 lernte Weitling **Karl Marx und Friedrich Engels** kennen. Weitling und Marx gerieten mit ihren Führungsansprüchen aneinander und hatten unterschiedliche Auffassungen über eine Revolution. Es kam daraufhin zum Bruch mit Marx. Weitlings Anhänger wurden aus dem Bund der Kommunisten ausgeschlossen. Weitling reiste nach New York und blieb dort, abgesehen von einem Aufenthalt in Europa der bürgerlich-liberalen Märzrevolution von 1848 und 1849. Er heiratete 1854 die Deutsche Karoline Toedt in New York und arbeitete dort im Einwanderungsbüro.

Trotz der späteren Auseinandersetzungen achteten Marx und Engels den *'genialen Schneider'* (Rosa Luxemburg) sehr hoch und betrachteten ihn als **ersten Theoretiker des deutschen Proletariats**.

²Filippo Michele Buonarroti (* 11. November 1761 in Pisa; † 16. September 1837 in Paris) war ein italienischer Politiker und Publizist. Er beteiligte sich aktiv an den Ereignissen der Französischen Revolution und gestaltete gemeinsam mit Babeuf die Ideen für die sozialistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Des Weiteren gilt Buonarroti als Vorkämpfer für die staatliche Einheit Italiens.

5 *Wichtige Personen*

5.1.4 **Werke**

Die Menschheit. Wie Sie ist und wie sie sein sollte, (1838/39)³

Das Evangelium eines armen Sünders, (1845)

Garantien der Harmonie und Freiheit, 1849

³online verfügbar: <http://www.marxists.org/deutsch/referenz/weitling/1838/mensch/index.htm>

5.2 Karl Marx

Karl Heinrich Marx (* 5. Mai 1818 in Trier; † 14. März 1883 in London) war ein deutscher Philosoph, politischer Journalist sowie Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft und der klassischen Nationalökonomie. Er strebte eine wissenschaftliche Analyse und Kritik des Kapitalismus an und gilt als einflussreichster Theoretiker des Kommunismus. Seine Theorien werden bis heute kontrovers diskutiert.

5.2.1 Jugend und politische Anfänge (1818 – 1841)

Karl Marx wurde 1818 als drittes Kind des Anwaltes (Hirschel) Heinrich Marx (* 1777; † 1838) und Henrietta Marx (* 1788; † 1863; geborene Presborck) in Trier geboren.

Heinrich Marx stammte aus einer bedeutenden Rabbinerfamilie (ursprünglich Marx Levi). 1816 (oder 1817) konvertierte der Vater zum Protestantismus, da er als Jude unter der preußischen Obrigkeit sein unter napoleonischer Regierung angetretenes Amt als Justizrat nicht hätte weiterführen dürfen. 1824 wurden die Kinder, auch Karl, konvertiert.

Von 1830 bis 1835 besuchte Karl Marx das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Trier, wo er zusammen mit seinem Freund und späteren Schwager Edgar Freiherr von Westphalen mit 17 Jahren das Abitur ablegte. 1836 verlobte er sich in Trier mit dessen Schwester Jenny von Westphalen (1814–1881).

1835 ging er zum Jurastudium nach Bonn wo er der 'Landsmannschaft der Treveraner' (Trierer) beitrug; ein Jahr später nach Berlin, heutige Humboldt-Universität, wo das Jura-Studium in den Hintergrund trat gegenüber Philosophie und Geschichte. Hier stieß Marx zum Kreis der Jung- oder Linkshegelianer.

1841 wurde Marx an der Universität Jena mit einer Arbeit zur *Differenz der demokratischen und epikureischen Naturphilosophie* zum Doktor der Philosophie promoviert.

5.2.2 Übergang zum Kommunismus (1842 – 1849)

1841–1843 *Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe* in Köln

1843 heiratete Marx seine vier Jahre ältere Verlobte Jenny von Westphalen in der Kreuznacher Pauluskirche. Aus der Ehe gingen sieben Kinder hervor, von denen nur drei Töchter überlebten: Jenny, Laura und Eleanor.

Im gleichen Jahr ging Marx nach Paris und begann dort, zusammen mit Arnold Ruge, die *Deutsch-Französischen Jahrbücher* herauszugeben.

Die Ökonomisch-philosophischen Manuskripte aus dem Jahre 1844 sind Marx' erster Entwurf eines ökonomischen Systems, der zugleich die philoso-

phische Inspiration deutlich macht. Marx entwickelt dort erstmals ausführlich seine an Hegel angelehnte Theorie der *'entfremdeten Arbeit'*.

Allerdings beendete Marx diese so genannten *Pariser Manuskripte* nicht, sondern verfasste kurz darauf auf dem Höhepunkt der zeitgenössischen Diskussion um den Junghegelianismus zusammen mit Friedrich Engels das Werk *Die heilige Familie*.

Marx hatte sich außerdem an der Redaktion des in Paris erscheinenden deutschen Wochenblattes *Vorwärts!* beteiligt, das den Absolutismus der deutschen Länder – besonders Preußens – angriff, unter Marx' Einfluss bald mit deutlich sozialistischer Ausrichtung. Die preußische Regierung setzte deswegen seine Ausweisung aus Frankreich durch, so dass Marx Anfang 1845 nach Brüssel übersiedeln musste, wohin Engels ihm folgte.

Marx gab im Dezember 1845 die preußische Staatsbürgerschaft auf, nachdem er erfahren hatte, dass die preußische Regierung vom belgischen Staat seine Ausweisung erwirken wollte.

Anfang 1846 gründeten Marx und Engels in Brüssel das Kommunistische Korrespondenz-Komitee, dessen Ziel die inhaltliche Einigung und der organisatorische Zusammenschluss der revolutionären Kommunisten und Arbeiter Deutschlands und anderer Länder war; so wollten sie den Boden für die Bildung einer proletarischen Partei bereiten.

So traten sie schließlich in Verbindung mit Wilhelm Weitlings sozialistischem Bund der Gerechten, in dem Marx 1847 Mitglied wurde. Noch im selben Jahr setzte er die Umgründung zum Bund der Kommunisten durch und erhielt den Auftrag, dessen Manifest zu verfassen. Es wurde **im Revolutionsjahr 1848** veröffentlicht und ging als *Kommunistisches Manifest* (eigentlich: Manifest der Kommunistischen Partei) in die Geschichte ein. Im September 1850 wurden Marx und Engels aus dem Bund ausgeschlossen, weil sie mit der Gründung einer eigenen Zentralbehörde in Köln gegen die Statuten verstossen hatten und die übrigen Mitglieder ihnen 'halbgelehrte politische Träumereien' vorwarfen.

In der *Deutschen Ideologie* – das vollständige Werk erschien erst 1932 im Rahmen der MEGA – schreiben Marx und Engels eine Kritik an Junghegelianern, 'wahren Sozialisten' und weiteren Vertretern einer wesentlich idealistischen Gesellschaftskritik.

Marx' und Engels' in Abgrenzung gegen die zeitgenössischen sozialistischen und junghegelianischen Strömungen entworfene Grundlegung eines *'historischen Materialismus'* stellt durch die Betonung der sozialen und materiellen Triebkräfte der Geschichte einen unmittelbaren Vorläufer der Soziologie dar.

Kurz darauf löste die französische Februarrevolution 1848 in ganz Europa politische Erschütterungen aus; als diese Brüssel erreichten, wurde Marx verhaftet und aus Belgien ausgewiesen. Da ihn inzwischen die neu eingesetzte

provisorische Regierung der französischen Republik wieder nach Paris eingeladen hatte, kehrte er dorthin zurück; nach Ausbruch der deutschen Märzrevolution ging Marx nach Köln. Dort war er einer der Führer der revolutionären Bewegung in der preußischen Rheinprovinz und gab die *Neue Rheinische Zeitung. Organ der Demokratie* heraus, in der unter anderen erstmals die unvollendet gebliebene Schrift *Lohnarbeit und Kapital* abgedruckt wurde. Die Zeitung konnte am 19. Mai 1849 zum letzten Mal erscheinen, bevor die preußische Reaktion ihr Erscheinen unterband und Marx zum Staatenlosen erklärte.

5.2.3 Londoner Exil (1849 – 1883)

Marx kehrte zunächst nach Paris zurück, wurde aber schon einen Monat später vor die Wahl gestellt, sich entweder in der Bretagne internieren zu lassen oder Frankreich zu verlassen. Marx ging daraufhin mit seiner Familie ins Exil nach London, wo er vor allem anfangs in dürftigen Verhältnissen von journalistischer Tätigkeit sowie finanzieller Unterstützung vor allem von Engels überlebte, welcher Marx nach England folgte. Politisch widmete er sich der internationalen Agitation für den Kommunismus und erarbeitete den endgültigen Stand seiner Kritik des Kapitalismus.

In London erschien zunächst Marx Werk *Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850* (als Artikelreihe 1849 – 1850); daran anknüpfend *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* (1852) zur Machtergreifung Napoleons III..

Von 1852 an war Marx Londoner Korrespondent der New York Tribune und jahrelang deren Redakteur für Europa. Die Artikel sind keine gewöhnlichen Berichte, sondern umfassende Analysen der politischen und ökonomischen Lage einzelner europäischer Länder, oft als ganze Artikelreihe. Die Mitarbeit an der 'Tribune' endete mit dem Amerikanischen Bürgerkrieg.

In der Folge entstanden Marx' ökonomische Hauptwerke. Als erste systematische Darstellung der Marx'schen ökonomischen Grundgedanken erschien 1859 *Zur Kritik der politischen Ökonomie*. Eigentlich als erstes Heft zur Fortsetzung bestimmt, entdeckte Marx bald, daß er mit der Detail-Ausführung des Gesamtplans noch unzufrieden war. So begann er seine Arbeit von neuem, und **erst 1867** erschien der erste der drei Bände seines Hauptwerks *Das Kapital*.

Während er das Kapital ausarbeitete, bot sich Marx auch wieder Gelegenheit zu praktischer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung: 1864 beteiligt er sich federführend an der Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation (kurz Erste Internationale) und nimmt in ihr bis zur faktischen Auflösung 1872 (durch Verlegung der Zentrale in die USA, formeller Auflösungsbeschuß 1876) die leitende Position ein. Marx entwarf die Statuten und das grundlegende Programm, die *'Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation'*, unter denen so disparate Sektionen wie deutsche Kommunisten, englische Gewerkschafter, schweizer Anarchisten und französische Proudhonisten zusammenwirkten.

In den deutschen Staaten trieb Marx zunächst die Schaffung einer revolutionären sozialistischen Partei voran; dies geschah in Abgrenzung zum sozialreformerisch ausgerichteten *'Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein'* des früheren Marx-'Schülers' Ferdinand Lassalle, mit dem er sich in den politischen Zielen entzweit hatte. In Verbindung mit Marx gründete Wilhelm Liebknecht 1869 die *'Sozialdemokratische Arbeiterpartei'*, welche sich 1875 mit den Lassalleianern zur *'Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands'* vereinigte, der späteren *'Sozialdemokratischen Partei Deutschlands'* (SPD). Ab 1871 arbeitete er an der von Liebknecht herausgegebenen Zeitschrift *Der Volksstaat* mit.

Auch nach der Auflösung der Ersten Internationale blieb Marx in ständiger Verbindung mit fast allen wichtigen Figuren der europäischen und amerikanischen Arbeiterbewegung, die ihn oft für wichtige Fragen persönlich zu Rate zogen.

An der Vollendung seiner stetig vorangetriebenen ökonomischen Arbeiten hinderte Marx seine zunehmende Kränklichkeit. 1881 starb Jenny Marx, 1883 die gleichnamige Tochter. Insgesamt sind vier von Marx' Kindern vor ihm selbst verstorben; die beiden ihn überlebenden Töchter beendeten ihr Leben durch Freitod. Marx verstarb 1883 im Alter von 64 Jahren in London und wurde – unter Anwesenheit von elf Trauergästen – auf dem *Highgate Cemetery* begraben. Hier errichtete 1954 die Kommunistische Partei Großbritanniens einen Gedenkstein mit der Inschrift: *'Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!'* (*'Workers of all lands, unite!'*).

5.2.4 Werkausgaben

Marx' Schriften und Aufzeichnungen sind bisher – stets zusammen mit den Schriften von Engels – in zwei Werkausgaben erschienen, aus denen heute primär zitiert wird:

Marx-Engels-Werke (MEW), Berlin (DDR): Dietz-Verlag 1956–1990 (43 Bände)

Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), Berlin (DDR): Dietz-Verlag 1975 ff. / Berlin: Akademie-Verlag 1990 ff. – Die im Vergleich zur MEW-Ausgabe um einiges umfangreichere MEGA-Ausgabe ist bis heute noch nicht vollständig erschienen und weniger gebräuchlich als die MEW-Ausgabe.

nahezu sämtliche Werke online
<http://www.mlwerke.de/me/>

Zudem existiert eine auf die wichtigsten Texte reduzierte Digitalausgabe:
Karl Marx, Friedrich Engels: Ausgewählte Werke. Digitale Bibliothek
Band 11 (CD-ROM), Directmedia, Berlin 1998

5.3 Friedrich Engels

Friedrich Engels (* 28. November 1820 in Barmen in Preußen (heute zu Wuppertal); † 5. August 1895 in London) war ein deutscher Politiker, Unternehmer, Philosoph und Historiker. Er entwickelte gemeinsam mit Karl Marx die heute als Marxismus bezeichnete revolutionäre soziale Gesellschaftstheorie.

Engels schrieb früh eine Skizze zur Kritik der politischen Ökonomie, die Marx beeinflusste. Zu ihrer Selbstverständigung entstand bereits um 1845 eine erst 1932 veröffentlichte Schrift, Die Deutsche Ideologie, mit der sie begannen, ihr gemeinsames Theorieverständnis zu formulieren. Im Jahr 1848 publizierten sie gemeinsam das Kommunistische Manifest. Nach Marx' Tod gab Engels den zweiten und den dritten Band von Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie heraus.

5.3.1 Kindheit und Jugend (1820 – 41)

Engels war der älteste Sohn des erfolgreichen preußischen Textilfabrikanten Friedrich Engels (1796–1860), der dem Pietismus nahe stand. In seiner Geburtsstadt Barmen (heute Wuppertal) besuchte er die Städtische Schule und das Gymnasium in Elberfeld, das er jedoch auf Geheiß seines Vaters im September 1837 vorzeitig verlassen musste, um als Handlungsgehilfe im Handelsgeschäft seines Vaters in Barmen zu arbeiten. Seine Ausbildung setzte er als Handelsdiener von August 1838 bis April 1841 in der Leinenhandlung Leupold, Martinistrasse 11, in Bremen fort. Dort betätigte er sich neben seiner Ausbildung als Bremer Korrespondent des Stuttgarter 'Morgenblatts für gebildete Leser' und der Augsburger 'Allgemeinen Zeitung' und verfasste Berichte zur Auswanderungsfrage und über die 'Schraubendampfschiffahrt'. Seinen ersten Artikel verfasste er für den 'Telegraph' im März 1839, im Alter von achtzehn Jahren.

Ab September 1841 leistete er seinen Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger in Berlin ab, besuchte dort Vorlesungen zur Philosophie an der Universität und näherte sich dem Kreis der Junghegelianer ('Freien') an. In seiner Freizeit beschäftigte er sich mit Literatur, besonders setzte er sich auch mit dem Radikalen Pietismus auseinander, der in seiner Geburtsstadt eine große Rolle spielte.

5.3.2 Erste revolutionäre Schritte (1842 – 44)

Im November 1842 reiste Engels über Köln, wo er bei der Rheinischen Zeitung erstmals Karl Marx persönlich begegnete, nach Manchester, um in der dortigen Baumwollspinnerei, die Engels sr. dort mit seinem Partner Ermen besaß, seine kaufmännische Ausbildung zu vollenden. Dort lernte Engels auch die irischen Arbeiterinnen Mary und Lizzie Burns kennen, mit denen er zeitlebens in Liebe verbunden war; einen Tag vor Lizzie Burns' Tod ging er noch offiziell

die Ehe mit ihr ein. Aus England führte er Korrespondenz für die 'Rheinische Zeitung'.

In dem industriell viel weiter entwickelten England lernte Engels die Realität der Arbeiterklasse kennen, was seine politische Haltung veränderte und auf Lebenszeit prägte. Engels nahm 1843 in London Kontakt auf mit der ersten revolutionären deutschen Arbeiterorganisation, dem Bund der Gerechten, ebenso mit den englischen Chartisten in Leeds und begann, für die Zeitung der Owenisten Artikel zu schreiben, die auch in der Zeitung der Chartisten, *The Northern Star*, erschienen.

Im November 1843 schreibt Engels Korrespondenz in 'The New Moral World' über den Kommunismus auf dem europäischen Kontinent, im Februar 1844 entstehen die Schriften 'Die Lage Englands' und 'Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie' in den 'Deutsch-Französischen Jahrbüchern'.

In England lernte Engels auch den Handelsgehilfen und Dichter Georg Weerth kennen, der später das Feuilleton der Neuen Rheinischen Zeitung in den Revolutionsjahren 1848/49 leiten sollte.

5.3.3 Erste Zusammenarbeit mit Karl Marx (1844 – 47)

Engels begann 1844 Beiträge für die Deutsch-Französischen Jahrbücher zu verfassen, die von Karl Marx und Arnold Ruge in Paris herausgegeben wurden, woraus sich ein Briefwechsel mit Marx entwickelt, den Engels bei seiner Rückreise nach Deutschland, Ende August 1844 in Paris für zehn Tage besucht. Sie stellten fest, dass ihre Ansichten übereinstimmen und entschieden, weiterhin eng zusammen zu arbeiten.

Engels umfassende Darstellung über Die Lage der arbeitenden Klasse in England schrieb er nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Jahr 1845. Nachdem Marx in selbigen Jahr aus Frankreich ausgewiesen wurde, entschied er sich, nach Belgien auszuwandern, welches eine größere Freiheit versprach, als andere Länder in Europa.

Im Juli 1845 lud Engels Karl Marx nach England ein, wo er verschiedene Führer der Chartisten traf. Im Januar 1846 kehrten beide nach Brüssel zurück, wo sie das 'Kommunistische Korrespondenz-Komitee' gründeten. Dahinter stand die Absicht, führende Sozialisten aus verschiedenen Teilen Europas zu verbinden. Mit Marx arbeitet er später in Brüssel an der Schrift 'Die Deutsche Ideologie', die Arbeiten daran wurden 1846 fortgesetzt.

Auf einer Konferenz in London im Herbst 1847 traten Marx und Engels dem Bund der Gerechten bei, der sich den Ideen von Marx und Engels angenähert hatte, sich dabei zum 'Bund der Kommunisten' umbenannte, und Marx und Engels mit der Ausarbeitung einer Programmschrift beauftragten, woraus das Kommunistische Manifest wurde.

5.3.4 Märzrevolution, Flucht und Leben in Großbritannien (1848–72)

Engels schrieb während der Märzrevolution von 1848/49 zusammen mit Marx für die von Marx neu gegründete Neue Rheinische Zeitung. Im Juni 1849 trat Engels in die badisch-pfälzische Armee ein und nahm als Adjutant Willichs an den revolutionären Kämpfen in Baden und der Pfalz teil. Hier begegnet er erstmals Johann Philipp Becker, dem Kommandeur der badischen Volkswehr, mit dem ihn später eine enge Freundschaft verbindet. Seine Kritik an der halbherzigen Politik der badischen Revolutionsregierung und dem letztlich unglücklichen Feldzug legt er später in seinem Werk 'Die deutsche Reichsverfassungskampagne' nieder. Nach der Niederlage der Märzrevolution flüchtet Engels wie viele revolutionäre Emigranten über die Schweiz nach England, Manchester, wo er ab 1850 wieder bei Ermen & Engels arbeitete, später den Anteil seines Vaters übernahm, den er schließlich (1870) an Ermen verkaufte. Sein Einkommen erlaubte es ihm, Karl Marx finanziell zu unterstützen, auch durch seine Mitarbeit für die journalistische Tätigkeit, mit der Karl Marx seinen Lebensunterhalt bestritt. Im September des selbigen Jahres spaltete sich der Bund der Kommunisten.

Die preußische Regierung übte vergeblich Druck auf die Regierung Großbritanniens aus, Engels und Marx auszuweisen. Von 1851 bis 1862 schrieb Engels regelmäßig für die Zeitschrift 'New York Tribune' unter dem Namen 'Karl Marx'. Am 20. März 1860 stirbt Engels Vater, im Januar 1863 seine enge Freundin Mary Burns. Im Juli 1867 reist Engels nach Hamburg, Hannover und an den Rhein, er verfasst Rezensionen über die Schrift 'Das Kapital' von Karl Marx in der deutschen Presse.

Im Oktober 1870 übersiedelt Engels nach London. 1871 ist er im Generalrat der Internationale als Sekretär für Belgien, Spanien, Portugal, Italien und Dänemark tätig. Im Oktober 1873 stirbt seine Mutter, worauf hin er nach Barmen reist. Von 1873 bis 1882 tätigt er Arbeiten zu seiner späteren Schrift Dialektik der Natur, im März 1875 arbeitet er mit Marx an der Kritik des Gothaer Programms, von 1876 bis 1878 arbeitet er an der unter dem Namen Anti-Dühring bekannt gewordenen Schrift 'Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft', die zuerst im Vorwärts erschien, dem Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, und 1878 in Buchform. Im September 1878 stirbt seine Freundin Lizzy Burns.

Seine praktischen militärischen Erfahrungen im Wehrdienst sowie den Kämpfen in Baden halfen Engels dabei, sich zum Militärexperten des Freundespaars zu entwickeln, was ihm den Spitznamen 'General' einbrachte. Engels schrieb zahlreiche Artikel von 'Armee' bis 'Flotte' für die von dem New-Yorker Verleger Dana geplante New American Encyclopedia, sowie zahlreiche Zeitungsartikel, u.a. zu dem Krieg in Italien von 1859, sowie einer Korrespondenz für die britische Tageszeitung Pall Mall über den deutsch-französischen Krieg von 1870/71, und die zunächst anonym in Berlin veröffentlichte Broschüre 'Po und Rhein' (1859), die von manchen für die Schrift eines preußischen Generals ge-

halten wurde.

5.3.5 Spätwerk (1883 – 95)

Nach Marx' Tod 1883 übernahm Engels die Bearbeitung und Herausgabe von Marx' Werken, sowie die Aufsicht neuer Übersetzungen. 1884 veröffentlichte er seine Schrift *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* und Marx' *Eelend der Philosophie*, 1891 veröffentlichte er die 1875 verfasste *'Kritik des Gothaer Programms'*.

Die tiefe Freundschaft zu Marx hatte sogar so weit geführt, dass Engels offiziell die Vaterschaft für ein uneheliches Kind von Marx übernahm; erst auf seinem Totenbett lüftete er dieses Geheimnis. Engels starb am 5. August 1895 in London im Alter von 74 Jahren an Kehlkopfkrebs. Die Urne mit Engels' Asche wurde seinem Wunsch entsprechend ins Meer versenkt – und da seine Vorliebe für das Seebad Eastbourne bekannt war, 'an einem recht stürmischen Herbsttage' einige Meilen vor der dortigen Küste.

5.3.6 Werke

siehe Karl Marx

5.4 Ferdinand Lassalle

Ferdinand Lassalle (* 11. April 1825 in Breslau; † 31. August 1864 in Carouge nahe Genf; gebürtig Ferdinand Lassal) war ein deutscher Schriftsteller, Politiker, Staatssozialist und Arbeiterführer.

Als erster Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) war er 1863 der Gründer der ersten Vorgängerorganisation der bis heute bestehenden SPD und gilt damit als einer der Gründerväter der deutschen Sozialdemokratie.

5.4.1 Jugend und Schuljahre

Ferdinand Lassalle war Sohn eines wohlhabenden jüdischen Seidenhändlers namens Heyman Lassal (auch 'Loslauer' genannt). Seine Mutter war Rosalie Lassal, geb. Heizfeld (* 8. Mai 1797; † 13. Februar 1870). Seine Schwester hieß Friederike. Sein Bruder Rochus starb im Alter von drei Jahren an Schwind-sucht.

Lassalles kämpferische Grundeinstellung lässt sich an Handlungen des kindlichen bzw. jugendlichen Ferdinand erkennen: Schon als 12-Jähriger forderte er einen Nebenbuhler um die Gunst eines 14-jährigen Mädchens schriftlich zu einem Duell, ein Lösungsansatz, mit dem er sich 27 Jahre später zu Tode brachte. Mit 15 Jahren beschrieb er Deutschland in seinem Tagebuch als einen *'großen Kerker mit Menschen, deren Rechte von Tyrannen mit Füßen getreten werden'*.

Er besuchte von 1835 bis 1840 das Maria-Magdalenen-Gymnasium in Breslau. Sowohl Lassalles dortige Mitschüler als auch diejenigen der Handelsschule in Leipzig, die er in den Jahren 1840 und 1841 besuchte, beschrieben ihn als einen Menschen mit einem stark ausgeprägten Selbstwertgefühl, der sich zu behaupten und anderen Kontra zu bieten wusste.

5.4.2 Studienjahre

Ferdinand Lassalle verließ die Handelsschule vorzeitig, weil es ihm nicht genügte, sein Leben einzig und allein dem Handel zu widmen. Er wollte sich mit intellektuelleren Dingen beschäftigen und diese studieren. Vor dem Hintergrund dieser Motivation beschloss er am 26. August 1840, Schriftsteller zu werden und sich für die Freiheit und Rechte der Menschen und der Völker einzusetzen. 1843 legte er in Breslau die Reifeprüfung ab. Er kehrte gegen den Willen des Vaters ins Elternhaus zurück (für den Geist der damaligen Zeit ungewöhnlich) und versteckte sich mit der Deckung von Mutter und Schwester in einem Dachstübchen. Dort studierte er die Texte, die er brauchte, um das Examen zu bestehen, damit er sich an der Universität Breslau bzw. später an der Humboldt-Universität zu Berlin für die Fächer Geschichte, Archäologie, Philosophie und Philologie einschreiben konnte. Er bestand dieses Examen und

präsentierte nun seinem Vater das Ergebnis. Der gab daraufhin, wenn auch widerwillig, sein Einverständnis zum Universitätsstudium Ferdinands. Er war in Sorge darüber, sein Sohn könne sich mit diesen Studien nicht ernähren. Mit Beginn seines Studiums trat Lassalle der Breslauer Burschenschaft der Raczeks bei.

5.4.3 Hinwendung zur Philosophie

Ferdinand Lassalle war schon früh von Hegels Ideen fasziniert. Er übernahm die Idee Hegels, dass der Staat eine *'Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen, eine Einheit, welche die Kräfte aller einzelnen millionenfach vermehrt'* sei. Diese Ideen übertrug Lassalle später auf die deutsche Sozialdemokratie.

In seinen Jahren als Student widmete er sich intensiv der Auseinandersetzung mit Texten und der Ausarbeitung eigener Ideen. Für seine Studien vernachlässigt er teilweise alltägliche Dinge wie Essen. Einer seiner Biografen, Arno Schirokauer, fasst diese Zeit zusammen: *'Er arbeitet maßlos. Er wirft sich wild in die Lektüre Hegels und kann nur schwer am Abend aufhören. [Die Arbeit verläßt er zuweilen], um sich in einer irren Weise auszuleben. Bündel von Rechnungen stopft er in die Schubfächer seines Schreibtisches, Zeugen einer übertriebenen Eleganz, Zeugen eines Luxus, der mit Medoc, Chateau Larose, Champagner und Korsosfahrten gefüttert sein will'*

In seiner Hochschulzeit von 1843 bis 1846 studierte Ferdinand Lassalle Texte Hegels, Heines, Goethes, Fichtes und etlicher anderer deutscher Dichter. Besonderes Interesse hatte er an dem antiken vorsokratischen Philosophen Heraklit. Um Anerkennung in intellektuellen Kreisen zu erlangen und vor allem, weil er auf eine Berufung als Universitäts-Professor spekulierte, schrieb Lassalle das philosophische Buch *'Die Philosophie Herakleitos des Dunkeln von Ephesos'*.

Unter dem Einfluss der Schriften von Ludwig Börne, Heinrich Heine, der Junghegelianer und des utopischen Sozialismus wandte er sich demokratischen und sozialistischen Ideen zu. Vor diesem theoretischen Hintergrund begrüßte er einen der ersten proletarischen Aufstände im Deutschen Bund, den schlesischen Weberaufstand vom Juni 1844.

Die einzelnen Geschichtsepochen betrachtete Lassalle als verschiedene Entwicklungsstufen der Idee der Freiheit, die Klassen als Träger unterschiedlicher Prinzipien, in denen sich die Selbstbestimmung der Idee verkörpere. Den Volksmassen schrieb er keine revolutionäre Kraft zu. Sie waren für ihn nur das Objekt der zur Erkenntnis der Idee gelangten Führer. Den Staat fasste er als Verkörperung der allgemeinen menschlichen Sittlichkeit auf.

5.4.4 Persönliche Entwicklungen und juristische Erfolge

Mit 20 Jahren lernte er die doppelt so alte Sophie Gräfin von Hatzfeldt in Berlin kennen. Sie suchte nach Wegen, sich von ihrem Ehemann, mit dem sie verheiratet worden war, zu trennen, weil dieser sie ständig mit anderen Frauen betrog. Lassalle nahm sich ihrer Probleme an und vertrat sie, nach eingehenden Studien im Fachgebiet Rechtswissenschaften, über neun Jahre hinweg (von 1846 bis 1854) vor 36 Gerichten. Lassalle tat dies aufgrund seines Rechtsverständnisses, aber wohl auch aus persönlichen Gründen. Denn er gewann durch den Prozess ein beachtliches Vermögen. Darüber hinaus wohnte Lassalle in den Jahren 1856/57 im Hause der Gräfin in Düsseldorf. Ob Ferdinand Lassalle eine Beziehung mit der Gräfin führte, ist nicht bekannt, jedoch stark anzunehmen, da sie ihn in seinen Gedanken und Ideen stützte und ihn über Jahre hinweg unterstützte. Im Februar 1848, noch während der Hatzfeldtschen Prozesse, war Lassalle ein halbes Jahr inhaftiert, weil er der Verleitung zum Diebstahl einer Kassetten mit wichtigen Dokumenten bezichtigt wurde (?Kassettenprozess?). Von seiner Eloquenz zutiefst beeindruckt, sprachen die Geschworenen Lassalle im August 1848 frei. Inzwischen hatte in den Staaten des Deutschen Bundes die liberale Märzrevolution begonnen, vor allem mit der Zielsetzung einer deutschen Reichseinigung und demokratischen Reformen. Nach seinem Freispruch engagierte sich Lassalle wieder im demokratischen Volksklub. Er trat dabei in persönlichen Kontakt zu Marx und Engels und zählte sich selbst zu deren Mitstreitern. Er las das ?Kommunistische Manifest? und verfolgte aufmerksam die von Karl Marx in Köln herausgegebene ?Neue Rheinische Zeitung?, für die er auch einige Artikel verfasste. Seit 1847 schrieb er seinen Nachnamen in französischer Fassung, was möglicherweise auf enge Kontakte zu französischen Sozialisten zurückzuführen ist.

5.4.5 Lassalles Aktivität in der Revolutionszeit

Als die Nationalversammlung aus Frankfurt am Main ausgewiesen und in Berlin der Belagerungszustand verhängt wurde, rief Lassalle im November 1848 zur Steuerverweigerung und zur Bewaffnung der Bürger auf. So schrieb er im sog. ?Bauernführer?: ?[...] sorgt für Munition. In Düsseldorf geht der Kampf bald los?. Einen Tag nach der Veröffentlichung des Textes wurde Ferdinand Lassalle erneut verhaftet. Zwar sprachen ihn die Geschworenen frei, jedoch ließ man ihn nicht gehen, weil er vor das Korrektionstribunal gestellt wurde, das ihn im Juli 1849 zu weiteren sechs Monaten Haft verurteilte. Später erwiesen sich die Gefängnisaufenthalte als glücklicher Zufall für Lassalle, denn er konnte so nach der fehl- und niedergeschlagenen Revolution 1848 nicht in den Kommunistenprozess von 1849 verwickelt werden. Im Gegensatz zu anderen Sozialisten und Kommunisten war er einer der wenigen führenden Revolutionsbeteiligten, die sich nicht ins Exil absetzten und ohne weitere Verfolgung in Deutschland bleiben konnten. Aus diesem Umstand heraus bezeichnete er

sich selbst gelegentlich als den „letzten Mohikaner“. Lassalle stand nach seinem Gefängnisaufenthalt in regem Kontakt zur Arbeiterklasse. Er wurde in Düsseldorf von der Polizei überwacht und von den staatlichen Behörden als extrem gefährlich eingestuft. Das Verhältnis zu Karl Marx, das er von 1849 bis 1862 aufrecht erhielt, verschlechterte sich über die Jahre, weil er nun in direkter Konkurrenz zu ihm stand.

Philosophisch blieb er dem Hegelianismus verbunden. Eine materialistische Weltanschauung eignete er sich nicht an. Er arbeitete zwar mit dem Bund der Kommunisten zusammen, seine Aufnahme als Mitglied lehnte die Kölner Zentralbehörde wegen seiner Verstrickung in den Hatzfeldprozess jedoch ab. 1851 gründete Lassalle einen illegalen Zirkel revolutionärer Arbeiter in Düsseldorf und propagierte sozialistische Ideen. 1851/1852 unterstützte er die Angeklagten im Kölner Kommunistenprozess. Da er von der Gräfin v. Hatzfeldt, deren Prozesse er letztlich aufgrund der Aufgabe des klagenden Grafen gewonnen hatte, unterhalten wurde, hatte er die Möglichkeit, sich unabhängig von materiellen Zwängen voll zu entfalten. In den darauffolgenden Jahren schrieb Lassalle einige seiner wichtigsten Werke, darunter auch Dichtungen wie das Drama „Franz von Sickingen“ (1858) und sein juristisches Werk „Das System der erworbenen Rechte“ (1861). Er studierte auch wieder seinen Lieblingsphilosophen Heraklit. Gegen Ende des Jahres 1858 gelang es Lassalle, dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Berlin zu erlangen.

Während der politischen Krise 1859 veröffentlichte er die Schrift „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“, in der er auf eine Stärkung der Stellung Preußens in Deutschland orientiert, weshalb er von Marx und Engels aus London heftig kritisiert wurde. Lassalles staatstragende – im Prinzip preußenfreundliche – Haltung brachte ihm auch später Kritik von anderen sozialistischen und sozialdemokratischen Organisationen ein, was die Einheit der deutschen sozialdemokratischen Bewegung bis zur Gründung des Deutschen Kaiserreiches verhinderte und nachträglich behinderte.

In seiner Berliner Zeit wohnte und arbeitete Ferdinand Lassalle in den Jahren 1859 bis 1863 in der Bellevuestraße 13. Im Jahre 1861 war Karl Marx in diesem Wohnsitz Lassalles Gast für elf Tage. In dieser Zeit hielten sie eingehende Gespräche und nutzten die Gelegenheit, gemeinsame Interessen und Vorhaben persönlich und nicht mehr über den langen Weg des Briefkontakts, auszutauschen. An diesem Haus brachte die Stadtverwaltung Berlins 1928 eine Gedenktafel an, die aber bereits 1933 wieder von den Nationalsozialisten gewaltsam entfernt wurde. Das Haus selbst musste 1938 den Planungen zur „Welthauptstadt Germania“ weichen. Am 11. April 2005 wurde im Gehweg am ehemaligen Standort des Wohnhauses eine Gedenktafel enthüllt, in der die alte, ursprüngliche Tafel zitiert und Lassalle selbst geehrt wird.

5.4.6 Erster Versuch einer politischen Betätigung

In den Jahren 1862 bis 1864 erreichte Lassalle den Höhepunkt seiner politischen Aktivitäten. König Wilhelm I. von Preußen löste aufgrund der Ablehnung seines Antrags nach Stärkung der Militärmacht den Preußischen Landtag auf. Nach den Neuwahlen des Landtags, der zumeist aus liberalen Bürgern und konservativen Gutsherren (Junkern) bestand, wurde der Antrag erneut abgelehnt. Der König ließ den Landtag erneut auflösen, jedoch brachte eine weitere Wahl nicht die erhoffte Lösung. Im Gegenteil ? die Opposition war noch stärker als zuvor. Deshalb holte Wilhelm I. den Vertreter des pommerschen Adels Otto von Bismarck in die preußische Regierung. Dieser setzte sich über die Verfassung hinweg und genehmigte die Erweiterung und den Ausbau der militärischen Macht. Der Kampf zwischen der alten Königs- und der neuen Parlamentsmacht war entfacht. Lassalle nutzte die Gunst der Stunde und sah in der ganzen Aufregung die Gelegenheit, wirksam in die Politik einzugreifen. Er versuchte zuerst mit der Fortschrittspartei, die oppositionell zur monarchischen Herrschaft stand, in Einklang zu kommen und sie für den Kampf gegen den König und für die Demokratie zu gewinnen. Dies gelang ihm jedoch nicht. Von da an kritisierte er die Fortschrittspartei aufs schärfste.

Im April 1862 wandte sich Lassalle mit einem Vortrag, in dem er die Rolle der Arbeiter für den geschichtlichen Fortschritt betonte, an die wieder auflebende deutsche Arbeiterbewegung. Im Sommer 1862 besuchte er Marx in London und versuchte ihn für eine gemeinsame Arbeiteragitation in Deutschland zu gewinnen. Das lehnte Marx ab, da er eine Kompromittierung durch Lassalle befürchtete. Das Leipziger Zentralkomitee der Arbeiterzentrale, das einen Arbeitskongress vorbereitete und von Lassalle ein revolutionäres Programm erwartete, bat Lassalle im Dezember 1862 um dessen Ausarbeitung.

5.4.7 Erste politische Veröffentlichungen

Im April 1862 veröffentlichte Ferdinand Lassalle seine detailliert ausgearbeiteten Reden ?Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes (Arbeiterprogramm)? und ?Über Verfassungswesen?. Das ?Arbeiterprogramm? war die Einführung in die durch seine Ideale und Ideen geprägte Vorstellung von Sozialismus. Es wandte sich komplett vom liberalen Bürgertum ab und fand Anklang in der Arbeiterschaft. Lassalle war der Meinung, dass Bismarck das Bürgertum vollkommen kontrolliere. Lassalle versuchte in seiner Vorstellung von jeher genau das zu tun, was die Deutschen in der Märzrevolution erreichen wollten. Dazu gehörte unter anderem die Redefreiheit. Lassalle schrieb und redete ungehindert und nicht zurückhaltend. Dies brachte ihm jedoch auch seine Gefängnisstrafen ein. So saß Lassalle ab dem 20. April 1863 wieder einen Monat im Gefängnis, weil er sich in seiner Verteidigungsrede unvorteilhaft zur Anklage wegen des ?Arbeiterprogramms? über den Sohn des Philosophen Friedrich Wilhelm Schelling

ausgelassen hatte. Bei der Anklage wegen des 'Arbeiterprogramms' musste er eine Strafe von weiteren vier Monaten hinnehmen. Lassalle klagte auch den Verfassungsbruch Bismarcks an und hielt dazu zwei eindrucksvolle Reden.

5.4.8 Beitrag zur Gründung der deutschen Sozialdemokratie

Ende 1862 wurde Lassalle von Otto Dammer, Julius Vahlteich und Friedrich Wilhelm Fritzsche vor das Komitee der Leipziger Arbeiterzentrale geladen. Er sollte seine Ideen einbringen und die Mittel darbieten, deren sich die Arbeiterbewegung zu bedienen hätte. Das Offene Antwortschreiben war der Anstoß zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), der ersten Vorgängerorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), die heute die älteste Partei Deutschlands ist. Die Arbeiter müssten sich, so Lassalle, zu einer eigenen Partei zusammenschließen, ihre Interessen bündeln und Genossenschaften gründen, um so ihre 'legitimen Interessen befriedigen zu können'. Lassalle schien schon nahezu übermütig, als er an einen Freund schrieb, dass diese 'Wirkung des Schreibens erstaunlich sein wird'.

5.4.9 Zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

Ferdinand Lassalle wurde für fünf Jahre zum Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), gegründet am 23. Mai 1863, gewählt. Seine Hauptforderungen waren: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, Errichtung von Produktivgenossenschaften mit staatlichen Vorzugskrediten. Er erweckte die Zuversicht, mit Hilfe des bestehenden Staates friedlich in den Sozialismus hineinwachsen zu können. Im ADAV bildete sich um Julius Vahlteich und Wilhelm Liebknecht eine Opposition gegen Lassalle. Besonders wurde Lassalle verübelt, dass er für eine Einigung Deutschlands unter Führung des preußischen Staates eintrat. Lassalle trat seit Mai 1863 einige Male in Kontakt mit Bismarck, um ihn zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu überreden. Im Gegenzug wollte er Bismarck unterstützen. Er richtete seine Angriffe immer einseitiger gegen das liberale Bürgertum und nicht gegen den preußischen Staat mit seinem Junkertum und erweckte den Anschein der Meinung, als könne die Hohenzollern-Monarchie in ein Volkskönigtum verwandelt werden.

Bismarck machte ihm konkrete Versprechungen, die er auch nach dem Krieg gegen Österreich (bereits nach Lassalles Tod) unter der ADAV-Präsidentschaft Johann Baptist von Schweitzers einlöste. Zuvor jedoch sprach Lassalle vor dem Staatsgerichtshof, der ihn im März 1864 wegen Hochverrat anklagte, weil er die Verfassung zu stürzen beabsichtigt habe. In seiner Rede sagte Lassalle, dass er es nicht nur beabsichtigt habe, sondern es sogar sehr bald so weit sein werde, dass die Verfassung gestürzt wäre 'und zwar ohne Blutvergießen'. Die Hilfe Bismarcks erwähnte er in seiner Rede nicht. Lassalle beabsichtigte, im September 1864 für die Annexion Schleswig-Holsteins durch Preußen zu werben, doch

dazu kam er nicht mehr.

5.4.10 Tod nach Duell

Lassalle verliebte sich bei einem Kuraufenthalt in eine Frau namens Helene von Dönniges. Er wollte sie heiraten, aber ihre Eltern waren gegen die Heirat. Daraufhin entschloss sich Lassalle zum Duell, um das Problem durch Erschießung des potentiellen Brautvaters zu lösen: Er forderte dies als Angehöriger der Breslauer Burschenschaft, später Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks, heute in Bonn. Helenes Vater war der Historiker und Diplomat Wilhelm von Dönniges (Angehöriger des Corps Rhenania Bonn). Dieser jedoch erschien nicht selbst, sondern beauftragte Helenes früheren Verlobten, den rumänischen Adligen Bajor Janko von Racowicza (Corps Neoborussia Berlin, jetzt zu Bochum). Am Morgen des 28. August 1864 machte sich Ferdinand Lassalle in einer Droschke in die Genfer Vorstadt Carouge auf. Der Sekundant von Lassalle war Wilhelm Rüstow. Um 7:30 Uhr standen sich dort die beiden Nebenbuhler mit gezückten Pistolen gegenüber. Racowicza feuerte als erster und traf Lassalle in den Unterleib. Drei Tage später, am 31. August 1864, starb er im Alter von 39 Jahren in Carouge. Er wurde auf dem jüdischen Friedhof in Breslau bestattet. Ein Gedenkstein, der von den Nationalsozialisten zerstört wurde, trug folgende Inschrift: ?Hier ruhet, was sterblich ist, von Ferdinand Lassalle, dem Denker und Kämpfer?. Die Polnische Sozialistische Partei PPS errichtete ihm 1946 einen neuen Gedenkstein.

Lassalle selbst äußerte sich noch wenige Wochen vor seinem Tode zu seinem eigenen Leben: ?Ich habe die Inventur meines Lebens gemacht. Es war groß, brav, wacker, tapfer und glänzend genug. Eine künftige Zeit wird mir gerecht zu werden wissen.? Freunde, Bekannte und Befürworter widmeten seinem Tode zu Ehren viele gedenkende Worte. So schrieb z. B. Jakob Audorf zu Lassalles Totenfeier die ?Deutsche Arbeiter-Marseillaise?, das wohl beliebteste Arbeiterlied des 19. Jahrhunderts, um. Als Friedrich Engels von Lassalles Tod erfuhr, sagte er: ?Lassalle mag sonst gewesen sein, persönlich, literarisch, wissenschaftlich, wer er war, aber politisch war er sicher einer der bedeutendsten Kerle in Deutschland. Welcher Jubel wird unter den Fabrikanten und unter den Fortschrittsschweinehunden herrschen; Lassalle war doch der einzige Kerl in Deutschland selbst, vor dem sie Angst hatten.? Der Lassalle nicht immer gewogene Karl Marx urteilte 1868 in einem Brief an Johann Baptist von Schweitzer: ?Nach fünfzehnjährigem Schlummer rief Lassalle - und dies bleibt sein unsterbliches Verdienst - die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland.?

5.4.11 Nachlass von Lassalle

Bestände aus dem Nachlass von Ferdinand Lassalle sind als Beutekunst in Rußland. Über die Rückgabe dieser Bestände wird zwischen Deutschland und

5 Wichtige Personen

Rußland verhandelt.

Einige seiner Briefe sind unter dem folgenden Link zu finden:

<http://www.marxists.org/deutsch/referenz/lassalle/bismarck/briefe/index.htm>

Neue Gesamtausgabe. Mit einer biographischen Einleitung. Hrsg. von Ed. Bernstein, Bd 1-3

http://www.digitalis.uni-koeln.de/Lassalle/lassalle_index.html

5.5 Johann Baptist von Schweitzer

Johann Baptist von Schweitzer (* 12. Juli 1833 in Frankfurt am Main; † 28. Juli 1875 in Gießbach/Schweiz) war in der Nachfolge Ferdinand Lassalles, Carl Wilhelm Tölkes und anderen von 1867–1871 der am längsten amtierende Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) und während des gleichen Zeitraums im Reichstag des Norddeutschen Bundes Abgeordneter für den Wahlbezirk Elberfeld-Barmen.

Unter von Schweitzers Führung nahm die preußenfreundliche Haltung des ADAV, der die erste Vorgängerorganisation der späteren SPD war, zu. Diese Haltung führte zur Kritik anderer, eher marxistischer Sozialisten im ADAV und dessen Umfeld, unter ihnen auch von Wilhelm Liebknecht, der von 1863 bis 1865 Mitglied des ADAV war. Als Folge seiner Kritik hatte von Schweitzer 1865 Liebknechts Parteiausschluss angestrengt und durchgesetzt.

Von Schweitzer war gelernter Rechtsanwalt und später Chefredakteur der ADAV-Parteizeitung 'Der Social-Demokrat'. Unter anderem wegen Verbindungen zur Regierung des noch jungen deutschen Kaiserreichs unter Reichskanzler Otto von Bismarck zog er sich vom Amt des Präsidenten des ADAV im Jahr 1871 zurück. Danach hatte er einige Erfolge als Schriftsteller und Bühnenauteur. Sein Nachfolger in der Präsidentschaft des ADAV wurde Wilhelm Hasenclever, der eine Umorientierung des Verbandes einleitete.

Aufgrund seiner homosexuellen Neigungen löste Schweitzer unter den frühen Sozialdemokraten die erste Debatte darüber aus, wie mit Homosexualität in ihrer Partei umzugehen sei. Während Ferdinand Lassalle ihn etwa dennoch unterstützte, lehnten prominente Vordenker wie Karl Marx und Friedrich Engels ihn auch unter Verweis auf sein Sexualleben ab.

Der Rücktritt des antimarxistisch eingestellten von Schweitzer machte neben anderen politischen Gründen den Weg frei für die Vereinigung des ADAV mit der 1869 von Wilhelm Liebknecht und August Bebel gegründeten marxistisch orientierten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Diese Vereinigung erfolgte 1875 in Gotha mit einer Kompromissbildung zwischen marxistisch-revolutionären Positionen der SDAP und eher reformistischen Positionen des ADAV im Gothaer Programm der SAP. Aus der SAP ging 1890 die SPD hervor.

5.6 August Bebel

Ferdinand August Bebel (* 22. Februar 1840 in Deutz bei Köln; † 13. August 1913 in Passugg, Schweiz) war ein Führer der Arbeiterbewegung, sozialistischer Politiker und Mitbegründer der SPD.

5.6.1 Kindheit und Jugend

August Bebel wurde in ärmlichen Verhältnissen als Sohn des Unteroffiziers Johann Gottlob Bebel und dessen Frau Wilhelmine Johanna Bebel, geborene Simon, in Deutz geboren. Nach dem frühen Tod seines Vaters, der 1844 mit 35 Jahren der Lungentuberkulose erlag, heiratete seine Mutter dessen Zwillingsbruder, der jedoch ebenfalls nach zwei Jahren verstarb. Auch Augusts Geschwister starben früh. Da die verwitwete Mutter keine Pensionsansprüche hatte, übersiedelte sie verarmt zu ihrer Familie nach Wetzlar, wo August mit Hilfe einer wohltätigen Stiftung die Volksschule besuchen konnte. Von 1854 bis 1857 lernte August hier auch das Drechslerhandwerk.

5.6.2 Erste politische Betätigung

Nach Gesellen- und Wanderjahren ließ er sich 1860 in Leipzig nieder, wo er in der bürgerlichen Bildungsvereinsbewegung Fuß fasste. 1866 gründete er zusammen mit Wilhelm Liebknecht die radikaldemokratische *Sächsische Volkspartei*. Ein Jahr später wurde Bebel zum Vorsitzenden des *Vereinstages Deutscher Arbeitervereine* gewählt. Er setzte den Anschluss des Vereinstages an die erste Internationale durch. Dadurch kam es zur Abspaltung der liberalen und bürgerlichen Demokraten, während unter Führung Bebels und Liebknechts die übrigen Mitgliedvereine und die *sächsische Volkspartei* 1869 in der *sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP)* aufgingen.

1867 wurde er in den Norddeutschen Reichstag gewählt, in dem er am 26. November 1870 *Frieden mit der französischen Nation, unter Verzichtleistung auf jede Annexion* forderte und sich mit der Pariser *Kommune* solidarisierte. Es folgten eine einhundertzweitägige Untersuchungshaft und 1872 die Verurteilung im Leipziger Hochverratsprozess, einem Schauprozess zu zwei Jahren Festungshaft und wegen Majestätsbeleidigung zu neun Monaten Gefängnis. Während der Haft bildete er sich selbst fort und sprach von seiner *Haftuniversität*.

1875 war Bebel maßgeblich an der Vereinigung mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (Ferdinand Lassalle) zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) beteiligt.

5.6.3 Nach dem Bismarckschen Sozialistengesetz

Nach seiner Ausweisung aus Leipzig aufgrund des Sozialistengesetzes als sozialdemokratischer Agitator ließ sich Bebel in Borsdorf bei Leipzig nieder. Bis 1889 war er geschäftlich für den Vertrieb seiner Leipziger Drechslereiwarenfirma tätig. Die Geschäftsreisen im ganzen Reich verband er mit seiner Parteiarbeit. Auch unter dem Sozialistengesetz wurde Bebel zu Gefängnisstrafen verurteilt, 1883 zu vier Monaten, 1886 im Freiburger Geheimbundprozess zu neun Monaten Gefängnis.

Auch diese Haftzeit nutzte Bebel zu intensivem Studium. Unter anderem beschäftigte er sich intensiv mit der Geschichte des arabischen Orients, und veröffentlichte 1884 das Werk *Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode*. Es beleuchtet den damaligen Kenntnisstand der Geschichte der arabischen Reiche des Orients bis zur osmanischen Reichsgründung im 16. Jahrhundert aus der Sicht eines marxistisch gebildeten Autodidakten, der den Orient nie besuchen konnte und weder Arabisch noch Persisch beherrschte. Das Buch ist ein heute sehr aktuelles Plädoyer für den Frieden zwischen den Kulturen und eine Kritik an der damaligen europäischen, insbesondere wilhelminischen Orientpolitik, die statt den kulturellen Dialog mit dem Orient und die dortigen Emanzipationsbewegungen auf ihrer eigenen kulturellen Grundlage zu fördern (in der Tradition Goethes und Rückerts), auf wirtschaftliche Ausbeutung und Förderung von militaristischem und nationalistischem Gedankengut im Nahen Osten setzte, mit den bekannten fatalen Folgen für die Region durch das 20. Jahrhundert hindurch bis zum heutigen Tag.

Unter der Führung Bebels verfolgte die SPD insgesamt einen klaren Kurs gegen die imperialistische Politik des Wilhelminischen Deutschlands. Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen in den Kolonien wurden gerade durch Bebel immer wieder in Reichstagsdebatten thematisiert und angeprangert.

Bebel war von der Richtigkeit des Marxismus überzeugt und ein entschiedener Gegner des Revisionismus. Darüber hinaus achtete er in der parlamentarischen und parteipolitischen Arbeit stets darauf, konkrete soziale Reformen durchzusetzen. Bebel erwartete die Revolution als sich gesetzmäßig ereignenden *großen Kladderadatsch*, den die Sozialdemokratie nicht gezielt herbeizuführen bemüht sein müsse. Seine beiden wichtigsten Schriften *Unsere Ziele* (1870) und *Die Frau und der Sozialismus* (1883) erreichten hohe Auflagen. Dieses Werk wurde auch von Eugen Richter in seinen Sozialdemokratischen Zukunftsbildern verarbeitet.

August Bebel hatte am 16. August 1905 den Schweizer Heinrich Angst, der britischer Generalkonsul ('Sir Henry') in Zürich war, kennengelernt. Sie blieben durch Gespräche und Briefe in Verbindung, über die Sir Henry mit Bebels Wissen nach London berichtete. So teilte der Schweizer am 24. September

1910 dem englischen Außenministerium mit, dass Bebel geäußert habe, Preußen sei ein 'schrecklicher Staat', von dem nur Schlimmes zu erwarten sei. Insbesondere habe Admiral Tirpitz trotz gleich bleibender Schiffszahl einen höheren Flottenetat verlangt, woraus zu schließen sei, dass noch größere Schiffe als bisher gebaut werden sollten. Bebel teilte seine Vermutung mit, dass Preußen im Jahre 1912 zum Krieg bereit sei, und warnte die britische Regierung davor, sich auf eine Abrüstung einzulassen.

Im Frühjahr 1911 riet Bebel den Engländern, eine Flotten-Anleihe aufzulegen und ihren Marineausbau zu beschleunigen, was geeignet sei, deutsche Wirtschaftskreise vom Krieg abzuhalten. Im Dezember 1911 meldete er, daß Tirpitz bis zum Ausbruch des erwarteten Krieges 300.000 Seeleute ausbilden wolle.

In einem Brief Sir Henrys vom 2. Januar 1911 las der britische Außenminister Bebels Mitteilung, dass die deutschen Seestreitkräfte planten, die britische Flotte 'to copenhagen', also nach Art der Briten, die 1807 überraschend vor Kopenhagen auftauchten und die dänische Flotte im Hafen vernichteten oder kaperten, die englischen Schiffe durch einen überraschenden Angriff in ihren Heimathäfen außer Gefecht zu setzen. Die als geheim bezeichnete Ansicht von Tirpitz sei, dass solches nur gelingen könne, wenn die deutsche Flotte in ihren Kriegsvorbereitungen der britischen um zwei Monate voraus sei. Bebel setzte seine Berichterstattung an Angst bis kurz vor seinem Tode am 13. August 1913 fort. Der letzte Bericht von Sir Henry Angst über Bebels Informationen ist datiert vom 1. August desselben Jahres.

Soweit die vom britischen Geschichtsdozent Richard J. Crampton von der Universität von Kent in Canterbury in den bis 1964 geheimgehaltenen Akten des Londoner Public Record Office gefundenen Dokumente eines jahrelangen Briefwechsels, und fast zeitgleich vom deutschen Historiker Helmut Bley (1935, damals Uni Hamburg, ab 1976 TH Hannover) die in der Zürcher Zentralbibliothek entdeckten Gegenstücke, die beide in Absprache miteinander veröffentlichten, Crampton in einer Fachzeitschrift, Bley in einem Buch. Der Brite nannte Bebels Verhalten ein 'unorthodoxes Benehmen', während der SPIEGEL von Bebels ungeheuerlichen Informationen an die Briten diese Briefe als 'landesverräterische Dokumente' bezeichnete, weil sie 'jeweils vom Premierminister Asquith, Außenminister Grey und auch von Winston Churchill – nach dessen Berufung zum Ersten Lord der Admiralität – gelesen worden' seien, was ihre Bedeutung für die britische Politik unterstreicht. Auch die WELT führte dazu ein abgedrucktes Gespräch mit dem Autor Bley, bei dem es um den Vorwurf des Landesverrats ging.

Bis zu seinem Tod blieb Bebel der allseits anerkannte Führer der deutschen Sozialdemokratie. Auch innerhalb der Sozialistischen Internationale genoss Bebel eine weltweite Autorität, die nach ihm als deutscher Sozialdemokrat wohl nur noch Willy Brandt erreichte.

August Bebel war nach dem Tod von Wilhelm Liebknecht am 7. August 1900 zusammen mit Paul Singer Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und von 1871 bis 1913 Mitglied des Reichstages (ausgenommen 1882–1883).

Bebel lebte zunächst in Leipzig und nach 1890 viele Jahre in Berlin-Schöneberg in der Großgörschenstraße 22, der Hauptstraße 84, der Habsburger Straße 5 und zuletzt in der Hauptstraße 97 (Gedenktafel über dem Eingang).

Am 13. August 1913 starb er in Passugg in der Schweiz während eines Sanatoriumaufenthaltes an Herzversagen. Er wurde in Zürich, wo seine Tochter lebte, beigesetzt. Sein Grab befindet sich auf dem Friedhof Sihlfeld.

5.7 Wilhelm Liebknecht

(* 29. März 1826 in Gießen, Großherzogtum Hessen; † 7. August 1900 in Berlin), Vater von Theodor und Karl Liebknecht, war einer der Gründerväter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

Er war als radikaldemokratischer Revolutionär aktiv an den Revolutionen von 1848/49 beteiligt – nach der französischen Februarrevolution vor allem in Baden. Beruflich betätigte er sich unter anderem als Journalist.

Nach 13 Jahren des Exils in der Schweiz und in England, wo er sich als Mitglied des Bundes der Kommunisten unter dem Einfluss von Karl Marx und Friedrich Engels marxistischen Positionen angenähert hatte, wurde er während der ersten Jahrzehnte des deutschen Kaiserreichs zu einem der profiliertesten sozialistischen Politiker im Reichstag. Dort war er ein bedeutender Kontrahent des Reichskanzlers Otto von Bismarck.

5.7.1 Bedeutung und Wirkung Liebknechts; Überblick

Wilhelm Liebknecht erlangte historische Bedeutung als einer der Begründer der parteipolitisch organisierten deutschen Sozialdemokratie. Seine Biographie ist eng mit der Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands und Europas im 19. Jahrhundert verbunden.

Von 1863 bis 1865 war er Mitglied der ersten sozialdemokratischen Parteiorganisation in den Staaten des Deutschen Bundes, dem auf Initiative Ferdinand Lassalles gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV).

Nach seinem Ausschluss infolge zunehmender und grundlegender politischer Differenzen mit der Parteiführung gehörte Liebknecht mit August Bebel zu den Mitbegründern/Initiatoren der weiteren Vorgängerparteien der SPD während der Zeit des Übergangs des Deutschen Bundes zum *'kleindeutschen'* Nationalstaat des Deutschen Reichs: 1866 wurde die Sächsische Volkspartei gegründet, die 1869 in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) aufging. 1875 erfolgte nach inhaltlicher Kompromissbildung die Vereinigung mit dem ADAV zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Letztere wurde nach 12-jähriger Unterdrückung – faktisch ihrem Verbot durch das Sozialistengesetz – 1890 in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) umbenannt.

Für die entsprechenden Parteien war Liebknecht von 1867 bis 1871, und – nach einer Unterbrechung – erneut ab 1874 bis zu seinem Lebensende Abgeordneter im Reichstag, dem von den damals wahlberechtigten Bürgern (Männer ab dem Alter von 25 Jahren) gewählten Parlament: zuerst dem Reichstag des Norddeutschen Bundes, dann des nachfolgenden deutschen Kaiserreichs. Zusätzlich war er von 1879 bis 1885 und von 1889 bis 1892 Mitglied des Sächsischen Landtags.

Des Weiteren begründete er zusammen mit Wilhelm Hasenclever 1876 das Zentralorgan der damaligen SAP, den *Vorwärts*, der bis in die Gegenwart die

Parteizeitung der SPD geblieben ist. Liebknecht war von 1891 bis zu seinem Tod dessen Chefredakteur. Bis 1878 hatte er sich diese Funktion – vor dem zwischen 1878 und 1890 geltenden zwölfjährigen Verbot der Zeitung durch das Sozialistengesetz – zwei Jahre mit Hasenclever geteilt.

Mit seinen radikaldemokratischen und revolutionär-marxistischen Positionen hatte er wesentlichen Anteil daran, dass die SPD des 19. Jahrhunderts ideologisch an diesen Inhalten ausgerichtet wurde. Aufgrund seiner systemoppositionellen Haltung, aus der heraus Wilhelm Liebknecht die herrschenden monarchistischen Staatsstrukturen und die deutsche Regierungspolitik in der Zeit des 'Wilhelminismus' und davor scharf kritisierte, wurde er mehrfach wegen verschiedener politischer Vergehen seiner Zeit angeklagt, darunter zum Beispiel Hochverrat oder Majestätsbeleidigung. Insgesamt verbrachte er etwa sechs Jahre seines Lebens in Haft.

Liebknecht war neben seinem Engagement für die proletarische Bildungsarbeit (vgl. Arbeiterbildung) ein bedeutender Vertreter des Internationalismus in der Arbeiterbewegung. Vor dem Hintergrund seiner antimilitaristischen Haltung zählten Völkerverständigung und Frieden zwischen den Staaten zu den wesentlichen Zielen Liebknechts. Nach der Auflösung der von 1864 bis 1876 bestehenden Internationalen Arbeiterassoziation, deren Bevollmächtigter für Deutschland Liebknecht seit 1868 gewesen war, war er maßgeblich an der Gründung der Zweiten – bzw. der Sozialistischen Internationale im Jahr 1889 beteiligt. Er trug dazu bei, dass die SPD als deren deutsche Sektion zur weltweit stärksten und einflussreichsten sozialistischen Partei seiner Zeit wurde.

Außer der SPD beriefen sich später (und berufen sich, soweit noch bestehend, bis in die Gegenwart) die KPD, die SED der DDR und die aus ihr hervorgegangene PDS (nach ihrer Vereinigung mit der WASG ab Juni 2007 Die Linke) in ihrer Traditionsbildung ebenfalls auf Wilhelm Liebknecht.

Der DDR-Film 'Die Unbesiegbaren' (1953), Länge: 102 min s/w, behandelt die Entwicklung der Sozialdemokratie der 1880er bis 1890er Jahre

Regie: Artur Pohl

Drehbuch: Artur Pohl

(nach einer Idee von Heino Brandes)

Musik: Walter Sieber

Kamera: Joachim Hasler

Schnitt: Hildegard Tegener

Darsteller:

Karl Paryla ... August Bebel

Erwin Geschonneck ... Wilhelm Liebknecht

5.8 Georg von Vollmar

Georg von Vollmar, eigentlich Georg Ritter von Vollmar auf Veldheim,

Aristokrat – Demokrat – Sozialdemokrat

(* 7. März 1850 in Veltheim bei München; † 30. Juni 1922 in Soienasaß bei Walchensee, Oberbayern) war ein deutscher Politiker und erster Vorsitzender der bayerischen SPD.

Vollmar stammte aus einer adligen Beamtenfamilie. Er wurde in einer Benediktinerschule in Augsburg erzogen. Er schlug zunächst eine militärische Laufbahn ein und diente unter anderem in der Armee des Kirchenstaats. Für den Deutsch-Französischen Krieg wurde ihm eine Offiziersstelle in der bayerischen Armee verweigert, so dass er in den Dienst der Feldeisenbahn trat. 1871 kehrte er als Invalide zurück, die erlittenen Verletzungen am Rücken und die Folgen zweier Unfälle 1903 und 1910 fesselten ihn für Jahrzehnte an Rollstuhl und Krücken.

Es gibt innerhalb der Arbeiterbewegung kürzere und längere Wege zur Sozialdemokratie. Wenn man wie Georg Ritter von Vollmar auf Veldheim als Sohn eines königlichen geheimen Registrators zur Welt kommt, hat man sicher einen längeren Weg vor sich.

Vollmar dient zunächst, ganz der Familientradition verpflichtet, als Soldat, er kämpft sogar als Legionär im Dienst des Papstes. Aus dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 kehrt er als Krüppel zurück. Eine schwere Rückenverletzung sollte ihn für Jahrzehnte an Rollstuhl und Krücken fesseln. Schon bald findet er Anschluss an die sozialistische Arbeiterbewegung und wird schnell einer ihrer radikalsten Verfechter. Er arbeitet als Redakteur des 'Dresdner Volksboten', wird sächsischer Reichs- und Landtagsabgeordneter und seit 1893 als Abgeordneter des Münchner Wahlkreises zu einem der führenden Vertreter der bayerischen Sozialdemokratie. Vollmar, der wegen seiner radikalen Auffassungen 1881 die Redaktion des 'Sozialdemokrat' verlassen musste, wandelt sich noch während der Zeit des Sozialistengesetzes zum entschiedenen Reformier und Verfechter des Parlamentarismus.

Schon im Titel seiner programmatischen Reden 'Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie', die er 1891 im Münchner Eldorado hält, macht Vollmar die Abkehr von allem revolutionären Utopismus deutlich. Er entwirft ein Reformprogramm, das in Kooperation auch mit bürgerlichen Parteien verwirklicht werden soll und kann.

'Dem guten Willen die offene Hand, dem schlechten die Faust!'

Als Aktionsprogramm schlägt er vor:

Die Weiterführung des Arbeiterschutzes, die Erringung eines wirklichen Vereinsrechtes, Beseitigung jeder Art von Behinderung des Lohnkampfes sowie die Beseitigung der Lebensmittelzölle.

Vollmar wendet sich gegen jede Form der Zensur und mahnt als Demokrat: 'Vermeiden wir ebenso die nationale Überhebung wie das Zerrbild, die Verneinung der Nation und die Selbstbeschimpfung'.

Mit diesem Programm wird Vollmar einer der markantesten Figuren im sogenannten Revisionismusstreit, in dessen Verlauf er sich manche Redeschlacht auch mit August Bebel liefert. So noch 1903 auf dem Parteitag in Dresden, wo er dem rubrizierenden Eifer der Linken mit provozierender Ruhe und Gelassenheit antwortet:

'Was mich betrifft, so habe ich mich sicherlich weder jemals als einen Bernsteinianer noch einen Bebelianer bezeichnet, ja nicht einmal einen Marxisten genannt; ich habe keine Neigung und Talent zu solchen 'isten' und 'anern' – mir genügt vollkommen, daß ich Sozialdemokrat bin'

Georg von Vollmar stirbt vier Jahre nach seinem Ausscheiden aus der Politik am 30. Juni 1922. Nach ihm wurde die Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel am See benannt.

Sein Leichnam wurde auf dem Waldfriedhof in München/Alter Teil im Grab Nr. 90-W-11 beigesetzt.

5.9 Karl Kautsky

Karl Johann Kautsky (* 16. Oktober 1854 in Prag; † 17. Oktober 1938 in Amsterdam) war ein führender Theoretiker der deutschen und internationalen Sozialdemokratie.

5.9.1 Jugend und Politisierung (1854 – 79)

Er wurde 1854 als Sohn von Minna Kautsky, einer Schauspielerin und Schriftstellerin, und Johann Kautsky, eines Theatermalers, in Prag geboren.

1875 kam er nach Österreich und studierte dort an der Universität in Wien bis 1878 Geschichte, Philosophie und Volkswirtschaft, er arbeitete zugleich als Schriftsteller und Kunstmaler. 1875 wurde Kautsky ebenfalls Mitglied der österreichischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP).

5.9.2 Marxismus und Sozialdemokratie (1880 – 99)

Zwischen 1880 und 1882 war Kautsky Mitarbeiter des Privatgelehrten Karl Höchberg in Zürich. Dort freundete er sich mit dem Sozialdemokraten Eduard Bernstein an und begann sich mit dem Marxismus zu beschäftigen. 1881 lernt er bei einer Reise nach London Karl Marx und Friedrich Engels kennen. 1883 gründete er die Zeitschrift *Die Neue Zeit*, deren Herausgeber und leitender Redakteur er bis 1917 blieb. Er schrieb politische und historische Studien, wurde zu einer Autorität auf dem Gebiet der Marx'schen Theorie.

Von 1885 bis 1890 lebte er in London und war eng mit Friedrich Engels befreundet. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 kehrte er nach Deutschland zurück, von 1890 bis 1897 lebte er in Stuttgart, wo *Die Neue Zeit* erschien. 1891 bereitete er zusammen mit August Bebel und Eduard Bernstein das Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) vor. Auf der Grundlage der marxistischen Theorie strebte es eine sozialistische Gesellschaft in Deutschland an. Nach dem Tode von Friedrich Engels wurde Kautsky der wichtigste und einflussreichste Theoretiker der SPD und stand an der Seite von August Bebel im damals marxistischen Zentrum der Partei.

5.9.3 Revisionismusdebatte, Imperialismuskritik, Parteiwechsel und Lebensende (1900 – 38)

1903 profiliert sich Kautsky in der Partei als Kritiker des Bernsteinschen Revisionismus, vermittelte zwischen der reformorientierten Parteiführung und der radikalen Linken.

1909 veröffentlichte er das Buch *Der Weg zur Macht*.

1914 brach er mit Rosa Luxemburg und der Parteilinken.

Zusammen mit Rudolf Hilferding, Karl Liebknecht und anderen entwickelte Kautsky ab ca. 1900 kritische Positionen zum Gesamtphänomen des Imperia-

lismus, der nur durch den Sozialismus aufgehoben werden könnte. 1912 jedoch schwenkte er um und vertrat die These eines möglichen Ultra-Imperialismus, in dem ein Staaten-Kartell an die Stelle der imperialistischen Konkurrenz treten und somit das Wettrüsten und die Kriegsgefahr beseitigen könnte. Von Lenin wurde er für diese Auffassung ab 1915/17 entschieden kritisiert und seinerseits des Revisionismus bezichtigt.

1917 trat Kautsky der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) bei. Von 1918 bis 1919 war Kautsky im Rat der Volksbeauftragten Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt. Ebenfalls 1918 wandte er sich scharf gegen die Oktoberrevolution in Rußland und begründete das in der Schrift *Die Diktatur des Proletariats*. In der USPD war er bald isoliert, verließ die Partei 1919 und kehrte 1922 in die SPD zurück. 1925 war er Mitautor des Heidelberger Programms der SPD, das den Sozialismus durch Reformen erreichen wollte.

1924 war Kautsky wieder zurück nach Wien gegangen. Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 emigrierte er in die Niederlande und lebte bis zu seinem Tod im Oktober des selben Jahres in Amsterdam.

5.9.4 Persönliches und Andenken

Kautsky war seit 1890 mit Luise Ronsperger verheiratet. Er hatte drei Söhne. Er lebte lange Jahre in Berlin-Friedenau. Rosa Luxemburg, die ebenfalls in Friedenau (Cranachstraße 58) wohnte, verband eine enge Freundschaft mit seiner Frau Luise. Am Haus Saarstraße 14 erinnert eine Gedenktafel an ihn.

5.10 Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg (* 5. März 1871 als Rozalia Luksenburg in Zamość in Polen; † 15. Januar 1919 in Berlin) war eine bedeutende Vertreterin der europäischen Arbeiterbewegung und des proletarischen Internationalismus.

Sie wirkte vor allem in der polnischen und deutschen Sozialdemokratie als marxistische Theoretikerin und engagierte Antimilitaristin. Gegen die Kriegsunterstützung der SPD gründete sie 1914 die 'Gruppe Internationale' und leitete dann mit Karl Liebknecht den daraus hervorgehenden Spartakusbund.

Als politische Autorin verfasste sie zahlreiche zeitkritische Aufsätze und ökonomische Analysen: vor 1914 u. a. in der 'Leipziger Volkszeitung', bis 1918 auch in der Haft und danach als Herausgeberin der Zeitung 'Die Rote Fahne'. Ende 1918 gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der KPD, deren erstes Parteiprogramm sie größtenteils verfasste. Im Gefolge des gescheiterten Spartakusaufstands wurde sie unter nicht restlos geklärten Umständen zusammen mit Karl Liebknecht von Freikorps-Soldaten ermordet.

Ihre theoretische und praktische Arbeit für den Sozialismus, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse, gegen Militarismus und Krieg wirkte weit über ihre Zeit und die Grenzen Deutschlands hinaus.

5.10.1 Anfänge

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1871 in Zamocz (Polen) geboren. Sie besuchte das Gymnasium in Warschau und trat schon im zarten Alter von 16 Jahren der Partei 'Sozialistische revolutionäre Partei Proletariat' bei. Da ihre Anhänger jedoch von der zaristischen Polizei verfolgt wurden, floh Rosa Luxemburg 1889 nach Zürich, wo sie Nationalökonomie studierte. Wie andere revolutionäre Emigranten arbeitete sie aktiv in der örtlichen Arbeiterbewegung und nahm Anteil intellektuellen Leben.

Nach ein paar Jahren war sie bereits als führende Theoretikerin der revolutionären sozialistischen Partei Polens anerkannt und nebenbei wichtigster Mitarbeiter der Parteizeitung 'Sprawa Robotnicza' (Sache der Arbeiter), die in Paris erschien. 1894 wurde der Name der Partei in 'Sozialdemokratie des Königreichs Polens' (SDKP) geändert.

1893 setzte sich Rosa Luxemburg mit einer anderen polnischen Partei auseinander, der 'Polnischen Sozialistischen Partei' (PPS). Diese Gruppe kämpfte für die Unabhängigkeit Polens und wurde von allen erfahrenen Führern des internationalen Sozialismus anerkannt. Rosa Luxemburg beschuldigte sie wegen nationalistischer Tendenzen und der Absicht, die Arbeiter vom Klassenkampf abzulenken. So schuf sie sich rasch viele politische Gegner.

Um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, ging sie eine Scheinehe mit einem deutschen Emigranten ein und konnte so 1898 nach Deutschland, ins

Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung ziehen. Sie schloss sich der SPD an und blieb auch hier sehr aktiv. Sie arbeitete regelmäßig an verschiedenen sozialistischen Zeitungen, u.a. bei der 'Neuen Zeit' mit und sprach auf zahlreichen Massenveranstaltungen.

Jedoch war die deutsche Bewegung damals in zwei Hauptrichtungen, eine reformistische und eine revolutionäre, gespalten. Da in Deutschland der Wohlstand zunahm, und sich auch der Lebensstandard der Arbeiter verbesserte, entfernten sich die Sozialisten immer mehr von der revolutionären Konzeption und traten immer mehr für den Reformismus ein. Ihr wichtigster Sprecher, Eduard Bernstein, griff die Prinzipien des Marxismus immer offener an, welche Rosa Luxemburg sofort verteidigte. 1899 rechnete sie in dem Buch *'Sozialreform oder Revolution'* mit Bernsteins Ideen ab.

5.10.2 Die Russische Revolution

1905 brach die erste russische Revolution aus und Rosa reiste trotz schlechter Gesundheit nach Warschau, in der Hoffnung, die Revolution mit vorantreiben zu können. Da sie verbotenerweise Versammlungen abhielt und Zeitungen veröffentlichte, wurde sie am 4. Januar 1906 verhaftet und unter unzumutbaren Haftbedingungen festgehalten. Sie erkrankte an Gelbsucht, die nicht behandelt wurde und wurde erst im August mit Hilfe eines ärztlichen Attests wieder entlassen.

Die russische Revolution erweckte einen Gedanken zum Leben, den Rosa Luxemburg schon einige Jahre früher beschäftigt hatte: dass Massenstreiks ein entscheidendes Element im revolutionären Kampf der Arbeiter um die Macht bilden und die sozialistische von allen anderen Revolutionen unterscheiden. Nun wollte sie diesen Gedanken auf der Grundlage neuer Erfahrungen ausarbeiten.

Im Oktober 1907 nahm Rosa Luxemburg die Tätigkeit als Dozentin an der SPD-Parteischule auf. Neben der Lehrtätigkeit ging die kritische Auseinandersetzung mit anderen SPD-Parteimitgliedern weiter. Innerhalb der SPD kommt es zu immer größeren Konflikten. Ab 1911 profilierte sich Rosa Luxemburg zur populärsten Theoretikerin und Wortführerin des linken SPD-Flügels, indem sie sich immer energischer gegen die beginnende Hochrüstung für den ersten Weltkrieg, gegen den anschwellenden Nationalismus und den um sich greifenden Militarismus wandte.

Von nun an war die SPD sogar in drei Richtungen gespalten: die Reformisten, das sogenannte Marxistische Zentrum und die Revolutionäre. Rosa versuchte, die Massen darüber aufzuklären, dass ihnen ein Krieg nichts bringen würde, was dazu führte, dass sie am 20. Februar 1914 erneut verhaftet wurde. In einer Rede rief sie aus: *'Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen gegen unsere französischen oder anderen ausländischen Brüder zu erheben, so erklären wir: 'Nein, das tun wir nicht!'* Auch vor Gericht wurde die Angeklagte

plötzlich zum Ankläger und hielt eine glänzende revolutionär-sozialistische Rede, die später unter dem Titel *'Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse'* veröffentlicht wurde. Dennoch wurde sie zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Allerdings wurde sie nicht sofort verhaftet, so dass sie nach Verlassen des Gerichts sogleich wieder einer Massenveranstaltung beiwohnen konnte, auf der sie ihre revolutionäre Propaganda gegen den Krieg fortsetzte.

5.10.3 Der Erste Weltkrieg

Am 1. August 1914 erklärte Deutschland Rußland und Frankreich den Krieg und alle Führer der sozialdemokratischen Partei wurden von der patriotischen Welle mitgerissen. Rosa war verzweifelt und diskutierte mit ihren Anhängern den Parteiaustritt. Jedoch lehnte sie das ab und entschloss sich, noch härter zu kämpfen. So traf sie auf Karl Liebknecht, der am 2. Dezember 1914 die Fraktionsdisziplin der Zustimmung zum Krieg gebrochen hatte. Zusammen mit ihm gründete sie die 'Gruppe Internationale' (später 'Spartakusgruppe'). Am 18. Februar 1915 wurde die noch ausstehende Verhaftung Rosa Luxemburgs durchgeführt. Im Gefängnis schrieb sie weiter Artikel, die sie mit Hilfe einer sympathisierenden Gefängnisbeamtin herausschmuggeln konnte. Als im März die erste Ausgabe der Zeitschrift *'Internationale'*, die Rosa und Karl Liebknecht gründeten, erschien, wird sie des Hochverrats angeklagt. Das Verfahren wurde später eingestellt, aber die Zeitschrift konfisziert.

Ihr Gesundheitszustand verschlechterte sich wieder und Rosa wurde am 22. Januar 1916 entlassen, um schon im Juli des gleichen Jahres erneut in 'Schutzhaft' genommen zu werden. Sie kam in eine elf Kubikmeter große, schmutzige Zelle und schrieb trotzdem weiterhin Flugblätter und Artikel. Ende Oktober 1916 kam Rosa auf die Festung Wronke in Posen. Während dieser Zeit stand sie in regelmäßigem Briefwechsel mit Hans Diefenbach. Dieser alte Freund half ihr durch seine Briefe, die einsame Zeit im Gefängnis zu überstehen. Im Juli 1917 wurde sie in nach Breslau in einen düsteren Bau verlegt, wo sie wenig später erfuhr, dass Hans Diefenbach in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober 1917 von einer Granate zerrissen wurde. In seinem Testament hinterließ er ihr einen Teil seines Vermögens. Rosa Luxemburg führte, inspirierte und organisierte die Revolutionäre aus dem Gefängnis heraus und hielt die Fahne des internationalen Sozialismus hoch.

5.10.4 Die Novemberrevolution

Am 9. November 1918 wurde Rosa endlich entlassen. Sie blieb zunächst bei Freunden in Breslau, da noch keine Züge nach Berlin verkehrten. Jedoch reiste sie sobald als möglich ab. Als sie dort eintraf, war die Novemberrevolution bereits in vollem Gange. Der Kaiser hatte abgedankt und sein letzter Kanzler hatte die Regierung an den Sozialdemokraten Ebert übergeben, der ein Gegner der sozialen Revolution war. Rosa stürzte sich sofort in die Arbeit, doch

sie und die anderen Mitglieder des Spartakusbundes hatten nun mit ganz neuen Problemen zu kämpfen. Die SPD sorgte dafür, dass ihre Zeitung *'Die Rote Fahne'* und Flugblätter nicht gedruckt werden konnten. Regierungstreue Soldaten erschienen immer wieder in ihrer Redaktion.

Die Gruppe forderte die Bildung einer Räteregierung, die anderen Parteien wollten jedoch die alten Verhältnisse mit einem neuen Parlament bewahren. Außerdem wurde der Revolution mit einer Soldatenwehr von 15 000 Mann eine zuverlässige Truppe entgegengesetzt. Trotzdem begannen die Massen, sich den Forderungen des Spartakusbundes zuzuwenden und veranlassten eine riesige Streikwelle, die durch das ganze Land ging. Leider fehlte es aber an einem klaren Programm sowie an der klaren Trennung von der SPD. So wurde endlich, am 31. Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gegründet. Bereits am folgenden Tag wurde in der Presse angedroht, diese Partei nur mit Gewalt niederwerfen zu können.

So geschah es, dass sich im Januar die rechten sozialdemokratischen Führer mit der kaiserlichen Armee verbanden, um das revolutionäre Proletariat zu auszumerzen. Dabei wurden Tausende von Arbeitern ermordet (Januaraufstand). Am 15. Januar schrieb Karl Liebknecht in der letzten Ausgabe der *'Roten Fahne'*: *'Und ob wir dann noch leben werden, wenn das Ziel erreicht wird – leben wird unser Programm.'*

Noch am selben Abend wurden er und Rosa ins Hotel Eden gebracht, wo sie unter schweren Misshandlungen verhört wurden. Anschließend wurde Liebknecht erschossen und auch Rosa Luxemburg, die wenig später brutal zusammengeschlagen wurde, tötete schließlich eine Kugel. Ihre Leiche wurde in das schlammige Wasser des Landwehrkanals geworfen und erst am 31. Mai entdeckt. Deshalb musste ihr Sarg zunächst leer bleiben, als sie symbolisch mit den anderen Opfern des Januaraufstands zu Grabe getragen wurde. Mit ihrem Tod verlor die Arbeiterbewegung ihren wichtigsten Führer.

5.11 Karl Liebknecht

Karl Liebknecht (* 13. August 1871 in Leipzig; † 15. Januar 1919 in Berlin), war ein prominenter internationalistischer Sozialist und Antimilitarist. Er gehörte bis 1917 zu den radikalen Linken in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bestimmte seit 1914 die Linie des Spartakusbundes mit und war Ende 1918 einer der Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands. 1919 wurde er zusammen mit Rosa Luxemburg ermordet.

5.11.1 Eine Kurzbiographie von Maik Hager

Karl Paul Friedrich August Liebknecht, Rechtsanwalt und Politiker, wurde am 13. August 1871 in Leipzig geboren. Er war der **zweite Sohn Wilhelm Liebknechts** (1826-1900) und dessen Frau Natalie Reh. Karls Vater gehörte zu den bedeutendsten Vertretern der 1869 in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), die 1875 den Hauptbestandteil der Sozialistischen Arbeiterpartei, der späteren SPD, stellte. Auch Karls Mutter kam aus einer Familie mit starken politischen Hintergrund, denn ihr Vater, Carl Reh, war Mitglied des Frankfurter Parlaments von 1848 und hatte zeitweilig sogar die Funktion des Vizepräsidenten innegehabt. Über seine 'politische Familie' bemerkte Liebknecht im Jahre 1910: *'Ich bin ja sozusagen im Parteileben aufgewachsen.'* (Trotsky, 1980, S 17).

Von 1890 bis 1893 studierte Karl Rechtswissenschaften und Nationalökonomie in Leipzig und Berlin und schloss seine Ausbildung zunächst mit dem Referendarexamen ab, um seine Militärdienstpflicht als Einjähriger-Freiwilliger bei den Garde-Pionieren abzuleisten. Nach dem Militärdienst ermöglichte der ehemalige preußische Kultusminister Falk (1827 – 1900) Karl in Arnsberg und Paderborn eine Tätigkeit als Referendar. Auf Drängen seines Vaters promovierte Liebknecht am 30. September 1897 mit dem Prädikat magna cum laude zum Dr. jur. et rer. pol. an der Fakultät der Universität Würzburg. Am 5. April 1899 bestand Liebknecht die Assessorenprüfung mit 'gut'. Mit seinem älteren Bruder Theodor eröffnete er sodann eine Rechtsanwaltskanzlei in Berlin.

Das Jahr 1900 hatte in dreifacher Weise besondere Bedeutung für Karl. Im Mai heiratete er seine erste Frau Julia Paradies (1873 – 1911), Tochter des Bankiers und Kaufmanns Louis Paradies. Aus dieser Ehe gingen drei Kinder hervor. Als am 7. August sein Vater Wilhelm starb, übernahm Karl die Regelungen der Trauerfeierlichkeiten und vertrat die Familie nach außen hin. Sich der Verantwortung der Nachfolge seines Vaters bewusst, trat Karl noch im August offiziell in die SPD ein.

Bereits im November 1901 wurde er in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt, der er bis 1913 angehörte. Einen Namen als 'sozialdemokratischer Rechtsanwalt' (Trotsky, 1980, S. 56ff.) machte er sich durch sein Auftreten als Verteidiger im sog. Königsberger Prozess (1904) gegen neun

deutsche Sozialdemokraten, die wegen Unterstützung der russischen Arbeiterbewegung angeklagt waren. 1903 und 1907 kandidierte er im Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Oberhavelland ('Kaiserwahlkreis') zunächst ohne Erfolg, konnte diesen jedoch 1912 für die SPD gewinnen.

Zusammen mit Ludwig Frank und Hendrik de Man begründete Liebknecht 1907 die sozialistische Jugendinternationale, deren Präsident er bis 1910 war. Seine 1907 veröffentlichte Schrift *'Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung'* brachte Liebknecht von Oktober 1907 bis Juni 1909 Festungshaft in Glatz ein. Während dieser Zeit wurde er zusammen mit sechs weiteren Sozialdemokraten ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Dort widmete er sich besonders der Bekämpfung des Preußischen Dreiklassen-Wahlrechts (Rede im Preußischen Landtag *'Gegen die Privilegienherrschaft'* vom 16.03.1910).

Nach dem Tod seiner ersten Frau, die an Lungenentzündung starb, heiratete Karl im Oktober 1912 die aus einer jüdischen Familie in Rußland stammende hochgebildete Sophie Ryss.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs versuchte Liebknecht vergeblich, die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für eine Ablehnung der Kriegskredite zu gewinnen. Nachdem er in der Fraktion gegen die Kredite gestimmt hatte, unterwarf er sich der Parteidisziplin und stimmte am 4. August 1914 im Reichstag für die Bewilligung. Bei einer weiteren Abstimmung im Reichstag am 2. Dezember 1914 stimmte Liebknecht als einziger Abgeordneter gegen die Bewilligung weiterer Kriegskredite und wurde somit zur Symbolfigur der Kriegsgegner.

In wesentlichen Fragen zählte er nun zusammen mit Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Julian Marchlewski zum linken Flügel der SPD.

Im Februar 1915 wurde Liebknecht als Armierungssoldat zum Militärdienst eingezogen, bis auf sein Auftreten im Reichstag und Preußischen Abgeordnetenhaus war ihm damit jede politische Betätigung untersagt. Dennoch war er aktiv an der Bildung der Gruppe *'Internationale'*, die seit 1916 als *'Spartakusbund'* bekannt wurde, beteiligt. Liebknecht organisierte zum 01. Mai 1916 eine Friedensdemonstration auf dem Potsdamer Platz in Berlin und wurde dort verhaftet. Schließlich zu einer neunundvierzigmonatigen Zuchthausstrafe verurteilt, wurde er vorzeitig, am 23. Oktober 1918, entlassen.

Am 9. November 1918 rief er vom Balkon des Berliner Stadtschlusses die 'freie sozialistische Republik' aus. Er war jedoch nicht bereit in die Revolutionsregierung einzutreten und versuchte die Massen für eine Räteherrschaft zu mobilisieren. Zusammen mit Rosa Luxemburg gründete er am 30. Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).

Während der Januar-Kämpfe 1919 in Berlin erklärte Liebknecht die Regierung Ebert für abgesetzt. Nach den Unruhen wurde er zusammen mit Rosa

Luxemburg von Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützendivision festgenommen, gefoltert und schließlich am 15. Januar erschossen. Während Luxemburgs Leiche in den Landwehrkanal geworfen wurde und erst am 1. Juni geborgen wurde, wurde Liebknechts Körper als 'unbekannte Leiche' der Polizei übergeben.

5.11.2 Literatur über ihn

- Bernt Engelmann: Wir Untertanen – ein Deutsches Anti-Geschichtsbuch und Einig gegen Recht und Freiheit, Frankfurt am Main 1976
- Sebastian Haffner: Die Revolution 1918/19; auch erschienen unter dem Titel Der Verrat.

5.12 Carl Rudolf Legien

Carl Rudolf Legien (* 1. Dezember 1861 in Marienburg (Westpreußen);
 † 26. Dezember 1920 in Berlin) war ein deutscher Gewerkschaftsführer.

Legien trat 1885 der SPD und 1886 der Gewerkschaftsbewegung bei. 1887 wurde unter seiner Leitung die Vereinigung der Drechsler Deutschlands gegründet. 1889 nahm er am internationalen Sozialistenkongress in Paris teil, der zur Gründung der Sozialistischen Internationale führte. Seit 1890 war er Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 1913 wurde er Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes und 1919 Vorsitzender des ADGB.

Legien war gegen Ende des Ersten Weltkrieges führend an den Verhandlungen um die Zentralarbeitsgemeinschaft mit Vertretern der Industrie beteiligt. Aufgrund dieser Verhandlungen wurden durch das Stinnes-Legien-Abkommen die Gewerkschaften in Deutschland erstmals von der Unternehmerschaft offiziell als Interessenvertreter der Arbeiter anerkannt und der 8-Stunden-Tag eingeführt. 1920 organisierte Legien den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch.

Im März 1920 bot Friedrich Ebert ihm die Regierungsbildung an, was er jedoch ablehnte. Er war 1893 – 1898 sowie 1903 – 1920 Mitglied des Reichstags.

Bestattet wurde er auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde in Berlin-Lichtenberg.

In Berlin-Kreuzberg befindet sich am einstigen Luisenstädtischen Kanal ein Denkmal mit Büste für ihn. Wenige Meter davon entfernt befindet sich auf der gegenüberliegenden Seite der Grünanlage, am Leuschnerdamm, eine Stele mit Büste zu Ehren von Wilhelm Leuschner.

Seit dem 31. Juli 1947 heißt der Legiendamm in der Luisenstadt nach Carl Legien, vorher Luisenufer (1849-1937) bzw. Kösterdamm (1937 – 1947). Die Straße verläuft vom Heinrich-Heine-Platz in (Mitte) bis zum Oranienplatz in (Kreuzberg).

Die Großsiedlung Wohnstadt Carl Legien in Berlin-Prenzlauer Berg ist nach ihm benannt worden. In mehreren Städten gibt es nach ihm benannte Straßen, in Hamburg an der Legienstraße auch den gleichnamigen U-Bahnhof der Linie U3.

5.13 Eduard Bernstein

Eduard Bernstein (* 6. Januar 1850 in Berlin; † 18. Dezember 1932 ebenda) war ein sozialdemokratischer Theoretiker und Politiker in der SPD.

Bernstein arbeitete von 1866 bis 1878 als Bankkaufmann. Im Jahre 1872 stieß er zu den 'Eisenachern' und trat der SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) bei. Mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht bereitete er den Einigungsparteitag mit dem 1863 von Ferdinand Lassalle gegründeten ADAV (Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein) von 1875 in Gotha vor. Seit 1878 war er Privatsekretär des sozialdemokratischen Mäzens Karl Höchberg und arbeitete zur Zeit der Bismarckschen Sozialistengesetze, in der die Aktivitäten der Sozialdemokratie außerhalb des Reichstags verboten waren, in Zürich. Zwischen 1880 und 1890 war Bernstein Redakteur der Zeitung *Sozialdemokrat*. 1888 wurde er auf preußisches Betreiben aus der Schweiz ausgewiesen und lebte seitdem in London. Dort hatte er enge Verbindung zu Friedrich Engels.

Nach der 1890 erfolgten Aufhebung der Sozialistengesetze und der Umbenennung der Sozialdemokraten in 'Sozialdemokratische Partei Deutschlands' (SPD) im selben Jahr, entstand 1891 das Erfurter Programm, in dem Bernstein den 'praktischen', 2. Teil mit konkreten politischen Forderungen verfasste. Der 1. Teil mit den streng marxistisch orientierten grundsätzlichen Überlegungen war von Karl Kautsky geschrieben worden. Zwischen 1896 und 1898 veröffentlichte er in der Zeitschrift *Die Neue Zeit* die Artikelserie Probleme des Sozialismus, mit der die Revisionismus-Debatte in der SPD eröffnet wurde. 1899 folgte auf Anregung seines Freundes Karl Kautsky die Veröffentlichung von *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*.

Bernstein geriet mit seiner 'revisionistischen' Position in scharfen Gegensatz zu Rosa Luxemburg, August Bebel, Karl Kautsky und Wilhelm Liebknecht. Bernstein vertrat die Ansicht, die Sozialdemokratie könne die angestrebte grundlegende Erneuerung der Gesellschaft durch einen beständigen Reformprozess erreichen. Ihm wurde von seinen Parteifreunden heftig widersprochen, weil seine Ansichten im Widerspruch zur Theorie Marxens stünden. Bernstein stelle die Notwendigkeit der proletarischen Revolution in Frage und propagiere darüber hinaus die Teilhabe am politischen System des Kaiserreiches, das als Klassenstaat wahrgenommen wurde. Der so entbrannte Revisionismusstreit wurde erst auf dem Parteitag von Dresden 1903 formal beendet, als auf Betreiben Kautskys eine Ablehnung der Thesen Bernsteins von den anwesenden Parteimitgliedern mehrheitlich befürwortet worden war. Somit markiert das Jahr 1903 auch den Bruch der Freundschaft zwischen Bernstein und Kautsky. Erst nach der bolschewistischen Revolution 1917 sollten beide wieder zueinander finden, zumal sich Kautsky angesichts der politischen Praxis des Bolschewismus theoretisch-konzeptionell an Bernstein anzunähern begann. Bernsteins Theorie der Reform wurde vor dem Hintergrund der bolschewistischen Revo-

lution in Rußland zum Gegenentwurf der politischen Konzepte Lenins. Beide Konzepte, die revolutionäre Strategie Lenins und die evolutionären Ansichten Bernsteins, gelten als Fortentwicklung bzw. Adaption der marxistischen Transformationstheorie. Hierin liegt die Bedeutung Bernsteins für die sozialistische Theorie.

1901 kehrte Bernstein nach Aufhebung des Einreiseverbots nach Deutschland zurück und wurde 1902–1907, 1912–1918 und 1920–1928 Mitglied des Reichstages für den Wahlkreis Breslau-West. Im Jahr 1913 stimmte er im Reichstag mit der Fraktionslinken gegen die Rüstungsvorlage. Zwischen 1917 und 1919 wechselte Bernstein von der SPD zur USPD, die sich aus Protest gegen die Burgfriedenspolitik und damit der kriegsbilligenden und -unterstützenden Haltung der SPD im Ersten Weltkrieg von dieser abspaltete. Schon vor 1914 trat Bernstein als Pazifist auf.

Während des Krieges zählte Bernstein neben Rosa Luxemburg zu den wenigen deutschen Politikern, die gegen den Völkermord an den Armeniern protestierten. Nach der Novemberrevolution von 1918/1919, in deren Verlauf es in der USPD zur Bildung zweier Lager gekommen war, ging Bernstein aufgrund seiner im Grunde reformistischen Haltung wieder zurück zur SPD, wohingegen ein anderer Teil der USPD-Mitglieder nach und nach zur neu gegründeten (Kommunistischen Partei Deutschlands) KPD wechselte. Nach der Novemberrevolution 1918 war Bernstein als USPD-Mitglied in der Regierung der Volksbeauftragten Beigeordneter im Reichsschatzamt und intensiv um eine Wiedervereinigung von MSPD und USPD bemüht. Zwischen 1910 und 1920 war Bernstein Stadtverordneter in seinem Wohnort Berlin-Schöneberg, danach unbesoldeter Stadtrat.

In der Bozener Straße 18 in Schöneberg erinnert eine Gedenktafel an ihn. Das Grab von Eduard Bernstein wird auf dem Friedhof Eisackstraße als Ehrengrab des Landes Berlin gepflegt.

5.14 Gustav Landauer

Gustav Landauer (* 7. April 1870 in Karlsruhe; † 2. Mai 1919, ermordet in München-Stadelheim) war Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts einer der führenden Theoretiker und Aktivisten des Anarchismus in Deutschland. Er vertrat unter Einfluss Peter Kropotkins den kommunistischen Anarchismus und war Pazifist. Er war von Max Stirners Werk *Der Einzige und sein Eigentum* stark beeinflusst.

5.14.1 Leben

Gustav Landauer wurde als zweites Kind eines jüdischen Schuhwarenhändlers geboren. Er besuchte in Karlsruhe das Gymnasium und studierte in Heidelberg, Berlin und Straßburg Germanistik und Philosophie. In seinen späteren Werken zeigte sich der bleibende Einfluss von Johann Wolfgang von Goethe und Tolstoi. Aber auch der Philosophie Fichtes und Proudhons sowie den anarchistischen Theorien Bakunins und Kropotkins fühlte er sich Zeit seines Lebens verbunden. Bekannt wurde er als Übersetzer von Shakespeare-Texten. Gemeinsam mit seiner zweiten Frau Hedwig Lachmann übertrug er auch Werke von Oscar Wilde, u.a. 'Das Bildnis des Dorian Gray', ins Deutsche.

Im Frühjahr 1889 traf er in Berlin erstmals seinen Förderer und späteren langjährigen Freund, den deutsch-jüdischen Schriftsteller und Philosophen Fritz Mauthner. In Berlin trat er im April 1891 der Freien Volksbühne bei und bekannte sich zum Friedrichshagener Dichterkreis.

Im Februar 1892 wurde Gustav Landauer Mitglied des 'Vereins Unabhängiger Sozialisten' sowie des Herausgeberkollegiums ihres Presseorgans 'Sozialist. Organ der unabhängigen Sozialisten'. In dieser Zeitschrift veröffentlichte er eine Reihe von Artikeln zu Fragen der Kunst, aber auch kritische Anmerkungen zu politischen Themen sowie den ökonomischen Auffassungen von Karl Marx und Eugen Dühring.

Im Oktober 1892 wurde er gemeinsam mit Freunden aus der Literatengruppe der 'Jungen', die häufig auch im 'Verein Unabhängiger Sozialisten' tätig waren, Mitbegründer der Neuen Freien Volksbühne.

Ende 1892 heirateten Gustav Landauer und die Schneiderin Margarethe Leuschner.

Im Juli 1893 spaltete sich der 'Verein Unabhängiger Sozialisten'. Als ein führender Vertreter des anarchistischen Flügels des Vereins beendete Landauer im Juli desselben Jahres seine Mitarbeit an der Zeitschrift 'Sozialist', dessen letzte Nummer im Januar 1895 erschien.

Auf dem Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongress der II. Internationale in Zürich trat Landauer im August 1893 als Delegierter der Berliner Anarchisten für einen 'anarchistischen Sozialismus' ein. Gegen die anarchistische Minderheit nahm der Kongress, an dem 411 Delegierte aus 20 Ländern

teilnahmen, eine Resolution an, die sich für die Teilnahme an Wahlen und die politische Betätigung in den Parlamenten aussprach. Die Anarchisten wurden aus der II. Internationale ausgeschlossen. Im Oktober 1893 wurde Landauer erstmals verhaftet und wegen der 'Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt' zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, die im Dezember auf neun Monate ausgedehnt wurden. Die Haft verbüßte er im Gefängnis von Sorrau.

1895 scheiterte Landauer mit dem Versuch, sich in der Schweiz eine gesicherte Existenz aufzubauen. Er kehrte nach Berlin zurück, wo er unter sehr bescheidenen materiellen Verhältnissen sein Leben in einem Kreis von Künstlern, Literaten, Theaterleuten und Kritikern fortsetzte.

In Berlin gab er unter dem Titel 'Sozialist - Anarchistische Monatsschrift' zwischen 1895 und 1899 erneut eine Zeitschrift heraus.

1899 traf Landauer erstmals mit seiner späteren zweiten Frau, der 1865 geborenen Lyrikerin und Sprachlehrerin Hedwig Lachmann, zusammen. Im September 1899 entschieden sich beide für einen längeren gemeinsamen Aufenthalt in England, bei dem Landauer ein enges freundschaftliches Verhältnis zu dem russischen Anarchisten Peter Kropotkin aufbaute. Hier wurde auch die gemeinsame Tochter von Lachmann und Landauer, Gundula, geboren. 1902 kehrten beide nach Berlin zurück.

1903 erreichte Gustav Landauer die Scheidung von seiner ersten Frau, um im gleichen Jahr Hedwig Lachmann zu heiraten. 1906 wurde ihre zweite gemeinsame Tochter Brigitte geboren.

Von 1909 - 1915 gab er in Berlin die Zeitschrift 'Der Sozialist' heraus, die als Organ des 1908 von Gustav Landauer gegründeten 'Sozialistischen Bundes' galt. Zu den ersten Mitgliedern zählten Erich Mühsam, Margarethe Faas-Hardegger und Martin Buber. Als politische Organisation blieb der Bund bedeutungslos.

In dieser Zeit schrieb Landauer selbst 115 Artikel für die Zeitschrift zu Themen über Kunst, Literatur und Philosophie, aber auch zu Fragen der Tagespolitik. In dieser Zeitschrift veröffentlichte Landauer in größerem Umfang eigene Übersetzungen von Texten des französischen Philosophen und anarchistischen Theoretikers Pierre-Joseph Proudhon. Eine Verschärfung der Zensur führte zur Einstellung der Zeitschrift.

1914 ließ sich Landauer nicht von der allgemeinen Kriegsbegeisterung anstecken, sondern bekämpfte von anarchistischen und pazifistischen Positionen aus den Ersten Weltkrieg vom ersten Tag an.

Die zunehmende materielle Not während des Krieges veranlassten Landauer und seine Familie, Berlin zu verlassen und sich in Krumbach, in der Nähe von Ulm, anzusiedeln. Hier starb Hedwig Lachmann am 21. Februar 1918 an Lungenentzündung. Ihr Tod erschütterte Landauer tief.

Unmittelbar nach dem Krieg und dem Beginn der Novemberrevolution lud Kurt Eisner Gustav Landauer in einem Brief vom 14. November 1918 zur Teilnahme an der Revolution (vgl. Novemberrevolution und Münchner Räterepublik) in Bayern ein: 'Was ich von Ihnen möchte, ist, daß Sie durch rednerische Betätigung an der Umbildung der Seelen mitarbeiten'.

Nach der Ermordung Eisners durch den republikfeindlichen und völkisch-rechtsextremen Studenten Anton Graf von Arco auf Valley (1897-1945) am 21. Februar 1919 nahmen die Auseinandersetzungen um die Frage eines Räteresystems oder eines parlamentarischen Systems in der neuen bayerischen Republik zu. Als am 7. April 1919 die Räterepublik gegen die gewählte Regierung des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann (SPD) ausgerufen wurde, erhielt Landauer den Posten des Beauftragten für Volksaufklärung in der ersten Räterepublik des Freistaates Bayern, die in der Regierung zunächst von unabhängigen Sozialisten und Pazifisten wie Ernst Toller und Silvio Gesell oder Anarchisten wie Erich Mühsam oder Landauer selbst dominiert wurde.

Seine erste und einzige Maßnahme war das Verbot des Geschichtsunterrichts an bayerischen Schulen. Drei Tage nach der Machtübernahme der Räteregierung durch Funktionäre der KPD um Eugen Leviné und Max Levien erklärte Landauer, enttäuscht von deren Politik, am 16. April 1919 seinen Rücktritt von all seinen politischen Funktionen und Ämtern in der Räterepublik.

Nach der gewaltsamen Niederschlagung der Münchner Räterepublik durch Reichswehr und Freikorpsverbände wurde Landauer am 1. Mai 1919 in München verhaftet und einen Tag später im Zuchthaus Stadelheim von Soldaten ermordet.

Landauer wurde kremiert und auf dem Waldfriedhof in München bestattet. Nach der Machtergreifung 1933 zerstörten die Nazis sein 1925 errichtetes Grabmal, schickten seine sterblichen Überreste der jüdischen Gemeinde von München und stellten ihr in zynischer Absicht darüber eine Rechnung. Seitdem ruht er in einem Gemeinschaftsgrab zusammen mit Kurt Eisner auf dem Neuen Israelitischen Friedhof (am Münchener Nordfriedhof).

5.14.2 Metaphysik und Religion

Bei der Metaphysik bzw. der Religion muss man bei Landauer zwischen seiner Zeit bis 1900 und der Zeit danach unterscheiden. Bis 1900 vertrat Landauer in dem Aufsatz 'Christentum und Anarchismus' (der 1895 im Sozialist erschienen ist) eine religionsablehnende Position. Vor allem die monotheistischen Religionen (Christentum, Judentum, Islam) lehnte Landauer mit der Begründung ab, dass er jede Offenbarung leugne. Dies zeigte auch ein Text des Jahres 1895 in der Artikelserie 'Zur Entwicklungsgeschichte des Individuums', in dem sich Landauer vor allem für Buddha ausspricht. Seine Hochachtung für Buddha begründet er damit, dass dieser Argumente für seine Behauptungen liefere, während alle anderen Religionsstifter dies nicht täten. Unter dem

mystisch-symbolischen Gewand der Lehre von der Seelenwanderung glaubt er (Buddha) den tiefen 'Kern der Wahrheit' entdeckt zu haben und nun ohne dieses Gewand die Wahrheit formulieren zu können. Bis 1903 lehnte Landauer die religiösen Begrifflichkeiten (Gott, Unsterblichkeit, Jenseits, Offenbarung etc.) eindeutig ab. Dem stellt er die Forderung nach Rationalität und Aufklärung entgegen.

In der Schrift 'Skepsis und Mystik', die 1903 erschienen ist, gibt es aber eine Wende im Denken Gustav Landauers hin zur Mystik. Im Jahre 1903 erscheint auch eine Übersetzung Landauers: 'Die mystischen Schriften des Meister Eckhart', die er ins Hochdeutsche übersetzte. Landauer steht zwar dem Gottesbegriff, den Meister Eckhart vertritt, immer noch skeptisch gegenüber, denn er spricht anstatt von Gott eigentlich immer von Welt, Welt-Ich oder Weltgeist. Das Göttlich-Eine von Meister Eckhart wird gedacht vom Wesen und der Wonne der Natur aus. Bei Eckhart ist die 'essentia' der Dinge transzendent. Es gibt bei Landauer daher durchaus Argumente, um von Pantheismus zu sprechen. Landauer schätzte neben Meister Eckhart und anderen Neuplatonikern vor allem Spinoza. Landauer hat Meister Eckhart häufig auch fälschlicherweise als Pantheisten bezeichnet. Bei Eckhart ist wohl der Begriff 'Pantheismus' ('Alle Dinge sind in Gott') angemessener. Landauers Sicht von der Religion in den Jahren seiner Mystik-Rezeption lässt sich folgendermaßen charakterisieren: Er sieht die konkrete Erscheinungsform des 'kirchlichen Christentums' nach wie vor als negativ. Zu den von Landauer abgelehnten Gestalten gehören auch 'Pfaffen und Philosophieprofessoren', aber auch Priester und Gründer philosophischer Systeme, die sich 'schnell bei etwas positiven beruhigen können'. Mit Sympathie sieht Landauer Jene, 'die leidenschaftlich nach Ruhe begehren, aber durch nichts beruhigt werden konnten: die Ketzer, Sektierer und Mystiker'. In 'Skepsis und Mystik' nennt Landauer unter anderem Dionysius Areopagita, Johannes Scotus Eriugena, Meister Eckhart, Giovanni Pico della Mirandola, Jakob Böhme, Angelus Silesius und Alfred Mombert. Deren gemeinsames Merkmal sei, dass sie nicht Begriffe und Begriffssysteme intellektuell als richtig anerkennen und daher gegen bestehende Religionsgemeinschaften sind. Die Sinnenwelt ist diesen Denkern nur etwas Bildliches, und durch die Absonderung würden sie versuchen, ihr Ich mit der Welt zu vereinen. Seine Wertschätzung für die Mystik ermöglicht Landauer dann auch ein positives Anknüpfen an Christus. Er interpretiert Christus als 'Symbol für die Gottwerdung des Menschen'. Gottwerdung bedeutet bei Landauer das Aufgehen des Ichs in die Welt, und genau das hat Christus gezeigt.

Landauer vollzog im Alter von 22 Jahren den Bruch mit der jüdischen Kultusgemeinschaft. Am Anfang des 20. Jahrhunderts bezieht sich Landauer wie bereits erwähnt eher auf die christlich-mystische Tradition als auf das Judentum. Etwa um 1907 wendet sich Landauer dann aber wieder bewusst zur jüdischen Tradition. Bei dieser Wende sind vor allem auch die religiösen Traditionen mit eingeschlossen. Einen wichtigen Anstoß für die erneute Beschäfti-

gung mit seiner 'alten' Religion erhielt Landauer von Martin Buber, der mit Landauer sehr gut befreundet war. Auch Buber beschäftigte sich zu Beginn des Jahrhunderts mit der christlichen Mystik. Neben der christlichen Mystik bezieht sich Landauer von dieser Zeit an auch immer wieder auf die 'chassidische Mystik'.

Interessant sind auch die Begriffe Zeit und Ewigkeit bei Gustav Landauer in der Schrift 'Skepsis und Mystik'. Eckhart bzw. der Neuplatonismus der christlichen und heidnischen Tradition (Plotin, Augustinus, Dionysius Areopagita, Scotus Eriugena, Bonaventura etc.) definiert die Ewigkeit nicht als ewig ausge dehnte Zeitspanne, sondern die Ewigkeit ist vielmehr in jedem Augenblick der Zeit gegenwärtig, sie umfasst die Zeit als Gesamtheit und transzendiert sie damit gleichzeitig. Ein 'abgeschiedener' Mensch, der sich von der Zeit freimachen kann, erfährt die Ewigkeit durch eine 'mystische Schau' (Plotin). Für Landauer ist die Ewigkeit gleichzeitig ein ewiger zeitlicher Verlauf, aber auch die Quelle des zeitlichen Entwicklungsstromes. Die Vorstellung von Vergangenheit und Zukunft sei eine 'Raumverfälschung', weil erst durch die Übertragung der Raumvorstellungen suggeriert würde, wir befänden uns an einem Punkt, von wo man rückwärts und vorwärts sieht. Die beiden Aussagen, dass die Ewigkeit einerseits ein ewiger zeitlicher Verlauf sei und andererseits die Quelle für die Zeit, scheinen sich zu widersprechen. Doch es ist folgendes zu beachten: Zwar bleibt für Landauer die Ewigkeit an den Ablauf der Zeit gebunden, die ewige Erneuerung wird aber zur Konstante, wodurch dann in der 'ewigen Gegenwart' durchaus 'zeitliche Qualitätsunterschiede' erscheinen. Ebenso sprechen auch die Neuplatoniker (Meister Eckhart) von einem zeitlichen Verlauf, der von der Ewigkeit, die zugleich der Quellort der Zeit ist, umfasst wird. Die Ewigkeit kann daher durch die 'mystische Schau' (Plotin) in der Zeit erfahren werden. Der Schlüssel dazu ist sowohl für Meister Eckhart als auch für Gustav Landauer die sogenannte 'Abgeschiedenheit'.

5.14.3 Mystische Anthropologie

Unter mystischer Anthropologie ist zu verstehen, dass im Menschen ein göttlicher Funke oder der 'unerschaffene Seelengrund' (Meister Eckhart) vorhanden ist, der das eigentliche menschliche Wesen ausmacht und gleichzeitig mit Gott geeint ist. In der Bibel heißt es, 'Der Mensch ist ein Ebenbild Gottes'. Für die Bestimmung, was das eigentliche Wesen des Menschen ist, beruft sich Landauer explizit auf Meister Eckhart. Deshalb ist nach Landauer unser 'Individuelles', das fest 'auf sich selbst steht' und sich tief 'in sich selbst zurückzieht' - zugleich 'unser Allgemeinstes', nämlich das, was uns mit der gesamten all-einen Welt verbindet und in die Einheit mit dieser führt. Landauer meint in 'Skepsis und Mystik' folgendes (Skepsis und Mystik, 1978, S. 17):

'Je tiefer ich mich in mich selbst heimkehre, um so mehr werde ich der Welt teilhaftig.' Das völlige Versinken im eigenen Ich bedeutet für Landauer das

Teilhabe an der Welt. Im Neuplatonismus bzw. bei Meister Eckhart führt die 'Einkehr in sich selbst' letztlich zur Erkenntnis oder zur 'Schau Gottes'. Ein weiterer Unterschied bei der mystischen Anthropologie, die sich bei Landauer und Meister Eckhart ergibt, ist das 'Vererbungskonzept', das Landauer propagiert. Das Individuum ist für Landauer das Ergebnis einer langen Kette von Vorfahren, die alle noch dadurch gegenwärtig sind, indem sie die 'Herrschaft' über das Individuum ausüben. So sei z. B. der aufrechte Gang sichtbarer Ausdruck der 'Herrschaft' der ersten Menschen über uns. Die Vererbung führte über unsere menschlichen und tierischen Vorfahren immer weiter bis hin zur anorganischen Welt. Dieser Gedanke wird in 'Skepsis und Mystik' durch den bereits genannten mystischen Gedanken bekräftigt, der Mensch habe die ganze Welt in sich. Unsere gesamte Vorfahrenschaft ist damit in uns. Landauer verbindet dann auch noch die Begriffe Menschheit und menschliche Natur (die er darüber hinaus als göttlich definiert).

Die Welt wird natürlich gegenüber dem menschlichen Individuum hervorgehoben. Das menschliche Individuum ist wiederum der Gattung Mensch untergeordnet. Die Individualisierung des Menschen erfolgt aber aus dem 'Willen der Welt' und nicht dem Willen des Individuums oder der Gattung. 1895 vertrat Landauer noch die These, dass die Individuen aus dem 'Willen der Art' hervorgehen. Er erklärte zu dieser Zeit auch, dass ein aus der Masse als Eigener, Selbstständiger Herausgetretener um so größeren Einfluss auf die Menschheit ausüben könne. In Skepsis und Mystik hingegen schreibt er, die Welt habe die Individuen absondern müssen, damit sie in ihnen aufblitzen und erscheinen kann. Denn: 'Die Welt will werden'. Bis 1900 war Landauer auch noch davon ausgegangen, dass sich das Individuum verwirklichen müsse, um dem Urbild des fortschreitenden Menschengeschlechtes gerecht zu werden. Ab 1900 kann das menschliche Wesen zu jeder Zeit 'mit der Welt zusammenfallen', das heißt der Mensch kann sich zu allen Zeiten verwirklichen. Die Utopie wird also von der Zukunft in die mystisch erfahrbare 'ewige Gegenwart' verlegt. Der Sozialismus (Anarchismus) hängt daher in weiterer Folge nicht mehr von einer bestimmten Entwicklungsstufe der Menschheit ab.

Für Landauer ist die Absonderung notwendig, um zur Gattung Mensch durchzustoßen und in weiterer Folge dann zur 'Gemeinschaft mit der Welt'. Landauer meint in Skepsis und Mystik: 'Je fester ein Individuum auf sich selbst steht, je tiefer es sich in sich selbst zurückzieht, je mehr es sich von den Einwirkungen der Mitwelt absondert, um so mehr findet es sich als zusammenfallend mit der Welt der Vergangenheit, mit dem, was es von Hause aus ist.' Mit 'von Hause aus' meint Landauer die menschliche Gemeinschaft, die mächtiger, edler und wesentlich älter ist als die dünnen Einflüsse von Staat und Gesellschaft her. Die Absonderung der Individuen hat natürlich nicht nur Konsequenzen für diese selbst, sondern sie führt auch die 'abgesonderten Individuen' durch die 'Absonderung' wieder in die Einheit mit der Welt zurück.

5.14.4 Politische Philosophie: Ethischer Anarchismus

Aus den oben dargestellten philosophischen Quellen und Werken entwickelte Landauer einen Anarchismus, der nicht individualistisch war. Landauer vertrat schon in den 90-er Jahren des 19. Jahrhunderts den Anarchismus. Er war zu dieser Zeit vor allem vom individualistischen Ansatz Stirners begeistert. Landauer wollte aber nicht bei dem extrem individualistischen Ansatz Stirners stehen bleiben, sondern zu einer neuen Allgemeinheit, Einheit und Gemeinschaft kommen. Sein 'sozialer Anarchismus' stellte eine Vereinigung der Individuen auf freiwilliger Basis dar und zwar in kleinen sozialistischen Gemeinden, die sich dann frei assoziierend zusammenfügten. Ziel war für Landauer immer 'die Emanzipation von staatlicher, kirchlicher oder sonstiger gesellschaftlicher Bevormundung und die Suche nach einer Möglichkeit zur Entfaltung des Einzelnen in dem seiner Meinung nach allein sinngebenden Zusammenhang der Gemeinschaft. Der Ausdruck Anarchismus kommt vom griechischen 'arche'. Arche heißt soviel wie Herrschaft und die An-archie ist daher die Nicht-Herrschaft. Die Ablehnung des Staates ist allen anarchistischen Positionen gemeinsam. Manche lehnen auch bürgerliche Institutionen und Moralvorstellungen komplett ab (Kirche, Ehe, Familie). Wobei dieses 'Ablehnen' bereits immer auf freiwilliger Basis basieren muss, denn Anarchie ist eben frei von allen Zwängen. Landauer wandte sich auch gegen die Marxisten und Sozialdemokraten, denen er vorwarf, dass sie nur einen neuen 'Zwangsstaat' errichten wollten. Für Landauer war der Anarchismus eine vornehmlich geistige Bewegung fast religiösen Charakters. Auch die Ehe lehnte Landauer im Gegensatz zu anderen Anarchisten nicht ab, sondern die Ehe war ein Grundpfeiler der Gemeinschaft im System Landauers. Der 'wahre Anarchismus' ergebe sich aus der 'inneren Abgeschlossenheit' der Individuen. Hier nochmals die wichtigsten Punkte des Landauerschen Anarchismus kurz zusammengefasst: Anarchismus ist Abwesenheit von Zwang (Herrschaft, Hierarchie und Zwangsinstitutionen). Anarchismus wird selbstverständlich nicht als Terrorismus missverstanden. Das heißt, es geht darum, den Anarchismus gewaltfrei zu erreichen.

Anarchismus kann nicht bloß egoistischer Individualismus sein; genau davon gelte es sich zu befreien. Es geht um die Entwicklung eines eigenständigen und selbstständigen Individuums, das sich freiwillig in solidarischen Gemeinschaften zusammenschließt. Voraussetzung für die Eigenständigkeit bzw. Selbstständigkeit ist wiederum die 'Absonderung', die zu einer 'Einheit mit der Welt' führt. Eine Wesensverwandlung des Menschen war laut Landauer notwendig oder wenigstens eine Umkrepelung des ganzen Menschen, so dass endlich die innere Überzeugung etwas Gelebtes wird, das dann auch in Erscheinung tritt. Es ging also um einen 'Anarchismus der Tat' und nicht bloß um einen 'theoretischen Anarchismus'.

5.14.5 Geld- und Wirtschaftsphilosophie

In 'Aufruf zum Sozialismus' nennt Landauer drei Punkte für die wirtschaftliche 'Sklaverei' des modernen Kapitalismus (wie er es ausdrückt): Das erste Problem, auf das er hinweist ist das Eigentum an Boden. Aus ihm entspringt laut Landauer 'die bittende und abhängige Haltung der Besitzlosen'. Derjenige, der Grund und Boden besitzt, kann dem 'Besitzlosen' den Boden vorenthalten. Der Besitzlose braucht aber den Boden für Zwecke des direkten oder indirekten Verbrauches, und es entsteht daher eine Abhängigkeit. Aus dem Bodeneigentum und seinem Korrelat, der Bodenlosigkeit, entstehen nach Landauer die Sklaverei, die Hörigkeit, der Tribut, die Pacht, der Zins und das Proletariat.

Die Lösung dieses Problems besteht ganz einfach in der Auflösung des Eigentums an Grund und Boden. Dazu meint Landauer in 'Aufruf zum Sozialismus' (S. 170 der angegebenen Auflage): 'Auch die Aufhebung des Eigentums wird im wesentlichen eine Umwandlung unseres Geistes sein; aus dieser Wiedergeburt heraus wird eine mächtige Neuverteilung des Besitzes hervorgehen; und in Verbindung mit dieser Neuaufteilung wird der Wille stehen, das Land in künftigen Zeiten, in bestimmten oder unbestimmten Abständen wieder und wieder neu zur Verteilung zu bringen.' Die Gerechtigkeit hängt natürlich von einer inneren geistigen Einstellung des Menschen ab. Für die gerechte Verteilung von Grund und Boden braucht Landauer auch keinen Rechtssanktionismus, denn der Geist der Menschen erkennt 'freiwillig', was eine gerechte Verteilung des Bodens ist.

Das zweite Übel, das Landauer hervorhebt, ist die Überlegenheit des Geldes als Tauschmittel gegenüber den Waren. Waren verlieren nach einer bestimmten zeitlichen Dauer ihren Wert durch Gebrauch. Das Geld hat die verhängnisvolle Ausnahmestellung, dass es nur in den Tausch eingeht, nicht aber in den Verbrauch. Wenn es daher eine rechte Tauschwirtschaft geben soll, dann kann dieses Geld, das es dort gibt, eine Eigenschaft nicht haben, welche unser Geld hat, nämlich, dass es einen 'absoluten Wert' hat. Auch den Zins sieht Landauer generell als schädlich an, weil dieser ständiges wirtschaftliches Wachstum kreierte. Das Hauptübel des derzeitigen Geldes ist aber seine Unverbrauchbarkeit im Gegensatz zur Ware. In der freien Tauschwirtschaft, die Landauer vorschwebt, muss das Geld gegenüber allen anderen Waren insofern gleich werden, als dass es den Doppelcharakter des Tausches und des Verbrauches trägt. Landauer bezieht sich vor allem auf die Vorschläge des Ökonomen Silvio Gesell. Er meint (Aufruf zum Sozialismus):

'Sehr wertvoll sind darum die Vorschläge, die Silvio Gesell gemacht hat, um ein Geld zu finden, das nicht, wie heute, mit den Jahren an Wert gewinnt, sondern umgekehrt von Anfang an progressiv an Wert verliert, so dass der, der durch Hingabe eines Produktes in den Besitz des Tauschmittels gelangt ist, kein angelegentliches Interesse haben wird, als es so schnell wie möglich wieder

gegen ein Produkt einzutauschen und so immer weiter.'

Silvio Gesell ist laut Landauer einer der ganz wenigen, die von Pierre Joseph Proudhon gelernt haben. Es gibt damit bei der Produktion und beim Erlangen des Tauschmittels kein anderes Interesse mehr als den Konsum. Dieser Gedanke kommt von Proudhon, der lehrte, wie der schnelle Umlauf von Geld Heiterkeit und Lebendigkeit ins private Leben bringt, während die Stockung auf dem Markte und die Verstocktheit des beharrenden Geldes auch das private Leben ins Stocken bringt. Der Vorschlag, den Silvio Gesell zur Geldreform machte, sah folgendermaßen aus: Anstatt des bisherigen Geldes soll das sogenannte 'Freigeld' eingeführt werden. Geld wird in Zettel ausgegeben und parallel dazu werden Kleingeldzettel herausgegeben, die ähnlich wie Briefmarken abzureißen sind. Dieser Kleingeldzettel dient zur Entwertung des Geldes, weil das Geld pro Woche um ein Tausendstel weniger wert wird. Der Besitzer eines Zettels muss jede Woche eine Marke aufkleben, die bestätigt, dass der Geldschein um ein Tausendstel weniger wert ist. Damit wird der Inhaber des Zettels (des Geldes) dazu veranlasst, sein Geld schneller auszugeben. Das Münzgeld soll abgeschafft werden und an die Stelle der Reichsbank tritt ein Reichswährungsamt, das für den Geldverkehr sowie für den Zuschuss und die Regulierung der Geldmenge zuständig ist. Das Reichswährungsamt zieht auch am Ende des Jahres alle Geldscheine (Zettel) aus dem Verkehr und führt neue ein. Dieses Konzept von Silvio Gesell wurde von Gustav Landauer voll unterstützt.

Der dritte Angelpunkt der 'Sklaverei', den Landauer nennt, ist der Mehrwert. Wert bedeutet zunächst, eine Forderung gegenüber jemandem zu haben. Hier ist also der wirtschaftliche Wert und nicht ein ethischer Wert gemeint. In dem Wort Wert ist die Forderung enthalten, dass der Preis dem jeweiligen materiellen Wert gleich sein soll. Der jeweilige Preis ist aber in der Regel viel höher als die Summe der Löhne, die für das Produkt aufgewendet werden musste, weil der Mensch jeden Vorteil ausnutzen will, nicht bloß den des Eigentums, sondern auch den der Seltenheit eines begehrten Produktes oder die Unkenntnis des Konsumenten. So kann die Arbeit mit ihrem Lohn auf jeden Fall nicht alles kaufen, was sie hergestellt hat, so dass ein erheblicher Teil für die Kaufkraft des Profits übrigbleibt.

Landauer kritisiert den Marxismus in 'Aufruf zum Sozialismus' folgendermaßen:

'Hier geht es darum, darauf hinzuweisen, dass die einseitige Betonung der Lohnfrage von seiten der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften im Zusammenhang steht mit der falschen Auffassung des Mehrwerts von seiten der Marxisten. Wir haben früher gesehen, wie Lohn und Preis sich gegenseitig bedingen; wir haben jetzt darauf verwiesen, dass die Auffassung ganz verkehrt ist, nach der der sogenannte Mehrwert eine absolute Größe wäre, die beim Unternehmertum entstünde und von da in die andern Kapitalistenkategorien abflösse.'

Diese analytischen Fehler wurden jedoch nur von einigen Vulgärmarxisten begangen. Das von Landauer Kritisierte wurde von Marx selbst schon als Ka-

pitalfetischismus erkannt (Produktivkraft der Arbeit erscheint als Produktivkraft des Kapitals, da dieses erst die unterschiedlichen Arbeiten zu einem produktiven Prozess verweben kann).

Die Wahrheit besteht für Landauer darin - wobei er zu Marx' Schluss kommt -, dass all und jeglicher Profit der Arbeit entzogen wird. Es gibt an und für sich keine Produktivität des Eigentums und keine Produktivität des Kapitals, sondern nur eine Produktivität der Arbeit.

Die Marxisten unterliegen gemäß Landauer einem ganz grundlegenden Irrtum, nämlich dass das Sein das Bewusstsein bestimmt, und nicht umgekehrt.

Wie fast alle Sozialisten, so hat auch Landauer, er aber besonders intensiv, Beziehungen zu den Gedanken **Max Stirners**.

<http://www.projektmaxstirner.de/land.htm>

5.15 Friedrich Ebert

Friedrich Ebert (* 4. Februar 1871 in Heidelberg; † 28. Februar 1925 in Berlin) war Politiker der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ab 1913 SPD-Vorsitzender und ab 1919 der erste Reichspräsident in der Weimarer Republik.

5.15.1 Jugend und erste politische Erfahrungen (1871 – 1890)

Friedrich Ebert wurde am 4. Februar 1871 in Heidelberg als viertes von sechs Kindern geboren. Sein Vater Karl war Schneidermeister, stammte aber wie auch die Mutter Katharina (geb. Hinkel) aus einer kleinbäuerlichen Familie. Ungewöhnlich für die Zeit war, dass die Mutter Protestantin der Vater aber praktizierender Katholik war.

Der Vater beschäftigte zeitweise Gesellen und Lehrlinge. Der Wohlstand der Familie war zwar nur bescheiden, aber doch größer als bei Arbeiterfamilien der Zeit. So mussten die Kinder etwa nicht neben der Schule regelmäßig arbeiten. Friedrich besuchte die Volksschule, ohne dort positiv oder negativ besonders aufzufallen. Der von einigen Biographen erwähnte Wunsch Eberts Priester werden zu wollen, wäre als Weg des sozialen Aufstiegs nicht ungewöhnlich gewesen, Belege dafür gibt es allerdings nicht.

Zwischen 1885 und 1888 lernte er das Handwerk des Sattlers. In der Gewerbeschule hat Ebert so großen Eindruck auf einen der Lehrer gemacht, dass dieser gar zu einem Studium riet. Jedoch legte er nie die Gesellenprüfung ab. Der äußere Anlass war eine Ohrfeige seines Meisters J.P. Rummel vier Wochen vor Ablauf der Prüfung. Anschließend begab sich Ebert zwischen 1888 und 1891 auf Wanderschaft. Er berührte dabei vor allem das südliche und westliche Deutschland. Stationen waren unter anderem Karlsruhe, München, Mannheim, Kassel, Hannover, Braunschweig, Elberfeld, Remscheid, Quakenbrück und zum Schluss Bremen.

Unterwegs engagierte er sich für den Zusammenschluss von Handwerkern in Gewerkschaften und Fachvereinen. Er war zeitweise von Arbeitslosigkeit betroffen. In Mannheim lernte er durch einen dort lebenden Stiefbruder seines Vaters die sozialistische und gewerkschaftliche Bewegung kennen und trat um 1889 – das genaue Datum ist unbekannt – in die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) ein, die 1890 in Sozialdemokratische Partei Deutschlands umbenannt wurde. Ebenfalls 1889 trat er dem Sattlerverband bei. In dieser Zeit bekam Ebert auch erstmals Einblick in marxistische Schriften aber auch Werke von Ferdinand Lassalle. Auch wenn diese Lektüre für die Ausbildung seines politischen Standpunktes wichtig gewesen war, ist Ebert nie tiefer in die marxistische Theorie eingedrungen.

Schon bald nach seinem Eintritt in Partei und Gewerkschaft war er als Agitator und Organisator tätig. So wurde er 1889 Schriftführer des Sattlerverbandes in Hannover. In Städten wo er im Verlauf seiner Wanderschaft keine Zweigstellen vorfand, hat Ebert diese gegründet. In Kassel organisierte er so-

gar einen erfolgreichen Arbeitskampf. Er wurde nicht nur vom Staat im Rahmen des Sozialistengesetzes, bis zu dessen Aufhebung 1890, beobachtet, sondern wurde von den Arbeitgebern als unliebsamer Agitator auf 'Schwarze Listen' gesetzt.

5.15.2 Bremer Jahre (1892-1905)

Familie und Beruf

Im Mai 1891 kam Ebert nach Bremen, wo er 14 Jahre lang lebte. Auch hier engagierte er sich für Partei und Gewerkschaft. Er wurde Vorsitzender des örtlichen Sattlerverbandes. Außerdem leitete er bald, dass noch nicht legale Ortskartell der freien Gewerkschaften.

Nach dem Tod des Vaters kehrte Ebert 1892 kurze Zeit nach Heidelberg zurück. Da er deswegen seine Arbeitsstelle aufgeben musste, versuchte er nach der Rückkehr nach Bremen als selbstständiger Handwerker und Gelegenheitsarbeiter zu existieren. Im März 1893 erhielt Ebert eine Festanstellung als Redakteur bei der 'Bremer Bürger-Zeitung', der Zeitung der Bremer SPD. Aber bereits 1894 schied er aus der Redaktion wieder aus. Stattdessen übernahm Ebert die Gastwirtschaft 'Zur guten Hilfe' als Pächter. Geschätzt hat er diese Tätigkeit nicht und hat sie später in offiziellen Lebensläufen nicht angegeben.

Politisch war die Wirtschaft als Treffpunkt für Gewerkschafter und Sozialdemokraten von Bedeutung. Materiell erlaubte der Betrieb Ebert noch im Mai 1894 die Heirat mit Louise Rump (1873–1955) und die Gründung einer Familie. Die Eheleute hatten vier Söhne und die Tochter Amalie (1900-1931). Die Söhne Georg (1896–1917) und Heinrich (1897–1917) fielen im ersten Weltkrieg. Der älteste Sohn Friedrich (1894–1979) war ebenfalls politisch aktiv und wurde nach dem zweiten Weltkrieg Oberbürgermeister in Ostberlin. Karl (1899–1975) wurde nach 1945 Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg.

5.15.3 Politische Anfänge

Wegen seiner zahlreichen Reden für Partei und Gewerkschaften schätzte ihn die Polizeibehörde bereits 1891 als eifrigsten Agitator in Bremen ein. Seine Reden basierten dabei auf gründlichen Recherchen, zeichneten sich aber auch durch Scharfzüngigkeit und Ironie aus. Allerdings kam es auch vor, dass er in Diskussionen die Beherrschung verlieren konnte und Kritiker warfen ihm ein arrogantes Auftreten vor.

Im Jahr 1892 legte Ebert eine Untersuchung über die 'Lage der Arbeiter im Bremer Bäckergewerbe' vor. Ein Jahr später wurde er Mitglied der Presskommission der Partei für die Bremer Bürgerzeitung. Im März 1894 wurde er Parteivorsitzender in Bremen, behielt diese Position aber nur bis 1895. In den Wahlkämpfen zur Bremer Bürgerschaft war Ebert seit 1896 für die SPD führend beteiligt. Im selben Jahr war er erstmals Delegierter auf einem Reichsparteitag der SPD. Im Jahr 1897 wurde Ebert verantwortlich für die Agitation im

ländlichen Umland Bremens. In diesem Zusammenhang kandidierte er erstmals 1898 in dem sicheren Zentrumswahlkreis Vechta erfolglos für den Reichstag. Seit 1902 wurde Ebert erneut Mitglied im Parteivorstand von Bremen.

Im Laufe der Zeit wurde die Sozialpolitik zum eigentlichen Schwerpunkt von Eberts politischer Tätigkeit. Sein Gasthaus wurde eine Anlaufstelle für Ratsuchende. Dadurch wurde er mit den Nöten der Arbeiterbevölkerung vertraut. Diese wurde prägend für ihn. Um die konkreten Probleme zu lösen, waren für Ebert staatliche Hilfen unerlässlich. Dies beeinflusste seine politische Haltung. Wichtiger als die Hoffnung auf den Zusammenbruch des Kapitalismus wurde für ihn die Bekämpfung aktueller sozialer Missstände. Der Gewinn von Wahlen war für Ebert das zentrale Mittel um die herrschenden Schichten zu Veränderungen zu bewegen. Die Mitarbeit in den Parlamenten, mit dem Ziel für die arbeitende Bevölkerung Verbesserungen zu erzielen, machte die Suche nach Kompromissen mit anderen politischen Parteien nötig und implizierte auch eine gewisse Anerkennung des bestehenden Systems.

5.15.4 Arbeitersekretär

Lange Zeit dominierte bei Ebert nicht die politische, sondern die gewerkschaftliche Arbeit. Er blieb Vorsitzender des Sattlerverbandes in Bremen und war führend im örtlichen Gewerkschaftskartell tätig. Die von Ebert in seiner Gastwirtschaft geleistete ehrenamtliche soziale und rechtliche Beratertätigkeit wurde rasch sehr umfangreich und es entstand in den Bremer Gewerkschaften die Idee diese Tätigkeit durch die Anstellung eines Arbeitersekretärs zu professionalisieren. Beschlüsse dazu gab es bereits seit 1897, diese scheiterte aber am Widerstand der Einzelgewerkschaften. Erst im Jahr 1900 wurde Ebert als Arbeitersekretär eingestellt. Dies ermöglichte es ihm die wenig geliebte Gastwirtschaft aufzugeben.

In einer längeren Studienreise, die ihn unter anderem nach Nürnberg und Frankfurt am Main führte, machte sich Ebert mit seiner neuen Aufgabe vertraut. Er selbst verfasste danach ein für das Bremer Sekretariat geltende Regulativ, das unter anderem vorsah nicht nur Gewerkschaftsmitglieder, sondern alle Ratsuchende zu beraten.

Da sich bald herausstellte, dass Ebert allein die Aufgaben nicht bewältigen konnte, wurde noch im Jahr 1900 Hermann Müller als weiterer Sekretär eingestellt. Neben der Beratungstätigkeit nahmen die Sekretäre auch statistische Untersuchungen zur sozialen Lage in Bremen vor. Damit füllten Müller und Ebert eine Lücke, weil das statistische Büro der Stadt Bremen damals keine vergleichbaren Daten veröffentlichte. Herausragend war dabei die Arbeit: *'Ergebnis einer statistischen Erhebung über die Lebensverhältnisse der bremischen Arbeiter'* von 1902. Enthalten waren Daten zu den Arbeits-, Lohn- und Wohnverhältnissen in der Hansestadt. In der Folge begannen auch die städtischen Behörden entsprechende Statistiken zu veröffentlichen.

5.15.5 Fraktionsvorsitzender in der Bürgerschaft

Trotz des für die Sozialdemokraten sehr hinderlichen Achtklassenwahlrechts gelang es Ebert mit großer Mehrheit in einer Nachwahl im Jahr 1900 in die Bremer Bürgerschaft gewählt zu werden. Obwohl er neu im Stadtparlament war, wurde er von seiner Fraktion zum Vorsitzenden gewählt. Er konzentrierte sich im Parlament auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik, kümmerte sich aber auch um verfassungsrechtliche Probleme. Er gehörte mehreren Kommissionen und Deputationen an. Auf Grund der besonderen Struktur der bremischen Verfassung konnte die Fraktion allerdings nur wenige Anträge erfolgreich durchbringen. Dies war ein Grund, die liberale Vorherrschaft als 'Klassenherrschaft' scharf anzugreifen. Der Kurs der Fraktion unter Eberts Leitung war gekennzeichnet einerseits von konstruktiver Mitarbeit, andererseits aber in grundlegender Kritik und Forderung nach Verfassungsreformen.

5.15.6 Stellung zu den innerparteilichen Konfliktfragen

Ebert sah Anfangs kein Problem darin, diese Parlamentarismusstrategie mit dem marxistischen Zielen des Erfurter Programms zu vereinbaren. Er vertrat lange einen strikt zentristischen Kurs. Das heißt er hielt an der Idee des Klassenkampfes, der Überführung des Privateigentum in Gemeinbesitz fest und setzte auf den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems. Gleichzeitig war ihm die praktische Arbeit für eine Verbesserung der Lebensbedingungen ein zentrales Ziel. Als Gefolgsmann von August Bebel war er Gegner der linken Kritiker der 'Jungen' wie auch des Reformisten Georg von Vollmar und später der Revisionisten um Eduard Bernstein.

Für Ebert wurde bereits in dieser Zeit die organisatorische Stärke von Gewerkschaften und Partei von zentraler Bedeutung. Für ihn war klar, dass nur eine größtmögliche Stärke und innere Geschlossenheit die sozialistische Bewegung in die Lage versetzen würde, den politischen Gegnern und den Arbeitgebern Zugeständnisse abzurufen. Da er meinte, der innerparteiliche Streit würde der Parteieinheit schaden, äußerte sich Ebert 1899 zu diesen theoretischen Streitigkeiten ablehnend. Als der Revisionismusstreit 1903 wieder aufflammte stimmte Ebert als Parteitagsdelegierter der Ablehnung der Thesen Bernsteins zwar zu, äußerte sich hinterher aber differenzierter. Er sprach von einer notwendigen Zusammenfassung des revolutionären und evolutionären Weges und bezeichnete dies als 'Diagonale der Kräfte.' Sollte man dies als Revisionismus verstehen, bestünde der Großteil der Partei aus Revisionisten. Wiederum forderte er die theoretischen Auseinandersetzungen zu Gunsten der praktischen Arbeit zu beenden. Scharfe Kritik übte eine von Ebert durchgesetzte Resolution in Bremen gegen die Person von August Bebel. Insgesamt lässt sich ein allmähliches Abrücken von älteren Positionen beobachten. Ebert hat sich im Laufe der Jahre zumindest teilweise vom Erfurter Programm entfernt. Kritik von Teilen der Bremer SPD brachte ihm 1900 auch seine positive Beurteilung

der überparteilichen Zusammenarbeit in der Bildungseinrichtung 'Goethebund' ein. Das Ebert zu dem Zeitpunkt sich von der Mehrheit der Partei entfernt hatte, zeigt der Beschluss der Partei die Zusammenarbeit mit den Liberalen in diesem Bund einzustellen.

5.15.7 Aufstieg innerhalb der Partei (1904-1913)

Parteiorganisator

Allmählich wurde Ebert innerhalb der SPD auch überregional bekannt. Dazu beigetragen hat der Reichsparteitag von 1904 der in Bremen tagte. Als Präsident leitete Ebert den Parteitag in kompetenter Weise und zeigte sich dieser Aufgabe gewachsen. Innerhalb Bremens dagegen verlor er und der von ihm repräsentierte eher reformerisch eingestellte Flügel während linkere Kräfte um Heinrich Schulz und Alfred Henke nach vorne drängten. Zwar war der Gegensatz noch nicht so deutlich wie in späteren Jahren, wozu Ebert durch eine ausgleichende Haltung beigetragen hatte, allerdings war er mit seiner Position in Bremen nicht mehr recht zufrieden.

Er bewarb sich daher um eine neu geschaffene Stelle eines Parteisekretärs beim Parteivorstand. Gegen Hermann Müller wurde Ebert vom Parteitag 1905 gewählt. Müller erhielt ein Jahr später eine vergleichbare Position. Damit gehörte Ebert dem Vorstand der Partei an. Diese Position bedeutete eine deutliche finanzielle Besserstellung. Grund für die Schaffung der neuen Position war, dass die sieben besoldeten Mitglieder des Parteivorstandes jemanden brauchten, der die bürokratische Routinearbeit übernahm, für die neben der politischen Arbeit in der Partei oder im Reichstag keine Zeit blieb. Im Gegensatz zu späteren Legenden baute Ebert am Parteivorstand allerdings keinen bürokratischen Apparat auf, mit dessen Hilfe er später zum Parteivorsitzenden aufsteigen konnte. Vielmehr widmete er sich zunächst darum einen korrekten Überblick über die Mitgliederzahlen zu gewinnen und die Organisation der Partei auf lokaler und regionaler Ebene zu fördern. Allerdings war die Konzeption nicht allein Eberts Sache sondern wurde von einer Gruppe von Vorstandsmitgliedern insbesondere Wilhelm Dittmann vorangetrieben.

Die praktische Umsetzung lag dabei indes bis 1909/10 vorwiegend in Eberts Händen. Die Beziehung zu den Untergliederungen wurde Eberts Hauptaufgabe. Er reiste zu den Parteigliederungen im Land, überwachte die Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse und half in organisatorischen und politischen Fragen, schlichtete interne Konflikte und trug die Wünsche und die Kritik der Gliederungen im Parteivorstand vor. Eben dies machte Ebert unter den vielen haupt- und nebenamtlichen Funktionären bekannt, die ihn wegen seines unermüdlchen Einsatzes schätzen lernten.

Innerhalb des Vorstandes gewann er allmählich auch an Statur. Von großer Bedeutung war, dass August Bebel seine anfänglichen Reserven gegen Ebert abbaute und ihm vertraute. Neben der rein bürokratischen Arbeit wurden

Ebert daher zunehmend auch politisch bedeutsame Aufgaben übertragen. So wurde er der Verbindungsmann der SPD zur Generalkommission der Gewerkschaften. Durch seine Teilnahme an Gewerkschaftssitzungen kannte er die internen Vorgänge in der Generalkommission genauso gut wie die in der Parteiführung. Da die Arbeiterjugendbewegung von Gewerkschaften und Partei gemeinsam getragen wurde, war der Mittelsmann Ebert faktisch deren Leiter.

Zwar erhielt er in diesem Zusammenhang auch gewisse ausländische Kontakte, aber die internationalen Beziehungen und außenpolitische Fragen blieben für Ebert ein Randthema. Abgesehen davon und der Bildungspolitik war Ebert mit den zentralen politischen Fragen und natürlich der Organisation bald besser vertraut als die meisten übrigen Mitglieder des Vorstandes. Nach dem Tod von Paul Singer 1911 wurde Ebert bereits für die Position als zweiter Vorsitzender gehandelt. Er selbst lehnte die Wahl ab und empfahl stattdessen Hugo Haase, der schließlich auch gewählt wurde. Für seine inzwischen erreichte Stellung spricht, dass 102 Delegierte für den nicht kandidierenden Ebert stimmten.

5.15.8 Reichstagsmitglied und Parteivorsitz

Im Jahr 1912 kandidierte Ebert im Reichstagswahlkreis Elberfeld-Barmen. Bemerkenswert daran ist, dass die dortige Partei eher links eingestellt war. Dies deutet darauf hin, dass Ebert nicht als Reformist oder Revisionist, sondern als Mann des Ausgleichs und Wahrer der Parteieinheit angesehen wurde. Weiter fällt auf, dass Ebert nicht in einem für die Partei sicheren Wahlkreis antrat. Trotz erheblicher Anstrengungen gelang es ihm nicht, das Mandat im ersten Wahlgang zu erringen, dies gelang erst in der Stichwahl. In den folgenden Jahren hielt er engen Kontakt mit seinem Wahlkreis und setzte sich für ihn im Reichstag ein.

Die SPD Fraktion war 1912 mit 110 Abgeordneten die stärkste politische Kraft im Reichstag geworden. Obwohl Ebert neu war, wurde er sofort in den siebenköpfigen Fraktionsvorstand gewählt. Im Plenum konzentrierte sich Ebert auf die Sozialpolitik und die Besoldungsfrage. Insgesamt sprach er nur selten im Parlament und nie zu öffentlichkeitswirksamen Streitfragen.

Nach dem Tod von August Bebel war Ebert wegen seiner Arbeit in Partei und Fraktion, seinen engen Beziehungen zu den Gewerkschaften und den Gliederungen der Partei der klare Favorit für dessen Nachfolge. Mit großer Mehrheit wurde er neben Haase zum Vorsitzenden gewählt. Seine Hauptaufgabe sah er darin, die auseinanderstrebenden Flügel zusammenzuhalten. Weiterhin waren ihm die konkreten kleinen Schritte zur Verbesserung der Lebensbedingungen wichtiger, als die ideologischen Auseinandersetzungen.

5.15.9 Erster Weltkrieg (1914 – 1918)

Zustimmung zu den Kriegskrediten

Ebert wurde 1914 im Urlaub von der 'Juli-Krise' überrascht, die auf das Attentat von Sarajevo folgte. Er reiste nach Zürich, um im Fall eines SPD-Verbots eine Auslandsleitung aufzubauen und die Parteikasse in Sicherheit zu bringen. Ebert blieb nicht in der Schweiz und war am 4. August wieder in Berlin. Damit hatte er den Beschluss in der Reichstagsfraktion zur Bewilligung von Kriegskrediten verpasst. Allerdings machte er sofort deutlich, dass er hinter der Mehrheit der Fraktion und nicht hinter der Minderheit um Haase stände. Über die folgenden Reichstagssitzung berichtete er später: 'Der Krieg mit Rußland und Frankreich war zur Tatsache geworden. England lag auf der Lauer, um unter irgendeinem Vorwand ebenfalls loszuschlagen. Italien macht nicht mit, und Österreich ist eben Österreich. Die Gefahr ist groß, auch unsere Leute standen unter diesem Eindruck.

Damit drückte er nun bereits die Mehrheitsmeinung der Parteibasis aus, die in Deutschland wie fast überall in Europa innerhalb weniger Tage von massenhafter Ablehnung zu begeisterter Zustimmung umgekippt war. Fast alle Arbeiterparteien Europas glaubten der nationalen Propaganda, hielten das Verhalten der eigenen Regierungen für 'Verteidigung', das der anderen für 'Angriff' und stellten die innenpolitischen Gegensätze zugunsten der 'nationalen Einheit' zurück. Daran zerbrach die 2. Internationale. Ebert begründete dies mit dem Satz: *Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich.*

Ebert und mit ihm andere Befürworter der Kriegskredite verbanden mit dieser Entscheidung aber auch die Hoffnung, gewissermaßen als Preis für die Zustimmung konkrete Zugeständnisse in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht durchsetzen zu können. Auch die Konservativen befürchteten, dass vor dem Hintergrund des von Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg ausgerufenen Burgfriedens, sich die Gewichte zu ihren Ungunsten verschieben könnten.

5.15.10 Ende der Parteieinheit

Trotz seiner Haltung zu den Kriegskrediten versuchte Ebert in der Folgezeit alles zu tun, um die bedrohte Parteieinheit aufrecht zu erhalten. Damit ging er zunächst auch mit den Kritikern konform. In der Fraktion schien der Ausgleichsversuch aufzugehen. Als im Dezember 1914 eine weitere Bewilligung von Kriegskrediten anstand, gelang es noch einmal die Fraktionsmitglieder auf die Linie Eberts einzuschwören. Lediglich Karl Liebknecht verweigerte seine Zustimmung. In der Folge brachen die inneren Konflikte offen aus. Der rechte Parteiflügel etwa Eduard David, Wolfgang Heine oder die Gewerkschaftsvertreter verlangten den Ausschluss Liebknechts aus der Fraktion. Ebert und Haase versuchten dies zu verhindern. Auch als Haase gegen den ausdrücklichen Wunsch Eberts am 21. Dezember 1915 eine Sondererklärung der Gegner von

Kriegskrediten abgab, sprach sich Ebert gegen einen Ausschluss der Minderheit aus. Am 11. Januar 1916 trat Haase als Partei- und Fraktionsvorsitzender zurück. Bei der Wahl zum Fraktionsvorsitzenden verweigerten Ebert nicht nur die Linken sondern auch ein Teil der Rechten die Zustimmung. Nur mit einer knappen Mehrheit wurde Ebert gewählt. Noch immer hielt er den Bruch der Fraktionseinheit für vermeidbar. Dazu trug auch bei, dass er erkannte, dass sich die Minderheit aus widersprüchlichen Strömungen zusammensetzte. Da war die radikale Linke, die auf revolutionäre Veränderungen hoffte und da war eine vor allem pazifistisch geprägte Gruppe, die wie Eduard Bernstein vor dem Krieg zu den Revisionisten gehört hatte.

Als im März 1916 die Fraktionsminderheit unter Haase im Plenum gegen den Mehrheitsbeschluss für weitere Kredite stimmte, war es Ebert der diesem 'Disziplinbruch' und 'Treulosigkeit' vorwarf und nun seinerseits den Ausschluss verlangte. Die Mehrheit begann jetzt auch außerhalb der Fraktion ihre besseren Verbindungen zum Apparat der Partei und zu den Gewerkschaften zu nutzen, um ihre Haltung durchzusetzen. Der Parteivorstand ersetzte zudem die mehrheitlich links stehende Redaktion des Vorwärts durch eigene Leute. Letztlich war die Spaltung der Partei nicht mehr aufzuhalten. Am 16. März 1916 wurden die Kriegsgegner aus der gemeinsamen Fraktion, im Januar 1917 auch aus der Partei ausgeschlossen. Nach einem weiteren verlustreichen Hungerwinter, ersten spontanen Massenstreiks und dem Kriegseintritt der USA gründeten sie im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD).

5.15.11 Bemühen um innenpolitische Reformen

Die Hoffnung Eberts auf eine Wende in der Innenpolitik erfüllte sich nicht. Lediglich beim Hilfsdienstgesetz konnten gewisse Zugeständnisse zu Gunsten der Arbeiter erreicht werden. Das Ausbleiben von Reformen führte 1917 zur Bildung einer neuen Mehrheit im Parlament aus (M)SPD, Zentrum, Fortschrittspartei und Teilen der Nationalliberalen. Diese Parteien arbeiteten bei der Friedensresolution vom Juli 1917 zusammen. Diese sprach sich für einen 'Frieden ohne Annexionen' aus. Dabei entsprach der Text in weiten Teilen den Forderungen der Sozialdemokraten. Als die Regierung keine Anstalten machte, die Reform des Dreiklassenwahlrechts in Angriff zu nehmen, drohte Ebert im Hauptausschuss damit die nächsten Kriegskredite zu verweigern. Ebert und die Fraktion waren die treibenden Kräfte zur Bildung des interfraktionellen Ausschusses, der versuchen sollte die Reformforderungen durchzusetzen. Dies führte zunächst dazu, dass Bethmann-Hollweg stürzte und die Oberste Heeresleitung ein stärkeres Gewicht bekam.

Ebenfalls im Jahr 1917 kam es zu ersten großen Demonstrationen und Streiks gegen den Krieg. Für die MSPD wurden diese insoweit zu einem schwerwiegenden Problem, weil die USPD dadurch gestärkt wurde. Bemerkenswerterweise hat Ebert die USPD, gegen die der neue Reichskanzler Georg Michaelis im

Sommer 1917 verschärft vorging, verteidigt. Offen drohte er: 'Sollte aber die Reichsleitung wirklich eine solche Politik einschlagen . . . , so werden wir es als unsere höchste Aufgabe betrachten, sie mit dem Einsatz unserer ganzen Kraft und unseres ganzen Pflichtbewusstseins auf das rücksichtsloseste zu bekämpfen.' In der Folge stürzte die Regierung. An der folgenden Regierungsbildung unter Georg von Hertling war Ebert in starkem Maß beteiligt. Allerdings erfüllte auch diese neue Regierung die Friedens- und Reformhoffnungen nicht. Stattdessen war sie verantwortlich für den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk. Dies ließ Ebert und die Fraktion wieder in Opposition gegen die Regierung gehen.

Im Land verschärften sich indessen die Proteste und führten im Januar zum großen Munitionsarbeiterstreik in Berlin. Der MSPD drohten angesichts der Agitation der USPD und des kleinen aber aktiven Spartakusbundes die Massenbasis wegzubrechen. Obwohl Ebert den Streik ablehnte, beteiligte er sich an der Streikleitung. Nach dem Krieg haben Linke ihn deshalb als Arbeiterverräter bezeichnet, während die Rechte Ebert als Volksverräter diffamierte. Tatsächlich hat er sich beteiligt, weil er zum einen die Forderungen für legitim hielt, ihn aber zum anderen rasch beenden wollte, weil er meinte, dass er nicht zur Erreichung des Friedens beitragen würde.

5.15.12 Parlamentarisierung des Reiches

Auf der parlamentarischen Ebene kam es seit September 1918 zu neuen Bemühungen um eine Parlamentarisierung des Reiches und eines raschen Kriegsendes. Am 12. September machte Ebert deutlich, dass die SPD die Regierung Hertling wegen ihrer Unterordnung unter die OHL nicht unterstützen würde. Grundsätzlich zeigte sich die SPD bereit, nunmehr in die Regierung einzutreten. Dabei machte sie unter anderem zur Bedingung nicht in eine Allparteienkoalition eintreten zu wollen, sondern strebte eine Regierung aus den im interfraktionellen Ausschuss vertretenden Parteien an. Diese Regierung sollte sich dabei auf einen raschen Friedensschluss und innenpolitische Reformen festlegen. Damit verband Ebert die Hoffnung auf diese Weise eine drohende Revolution noch abwenden zu können.

Letztlich setzten sich Ebert und Scheidemann mit diesem Kurs durch. Diese neue Regierung wurde unter Prinz Max von Baden gebildet. Gelingen konnte dies nicht zuletzt, weil die OHL selbst auf eine Parlamentarisierung drängte. Grund dafür war, dass die Niederlage der deutschen Streitkräfte spätestens seit dem Schwarzen Tag des deutschen Heeres am 8. August 1918 unausweichlich geworden war. Insbesondere Erich Ludendorff wollte die Verantwortung dafür den Mehrheitsparteien im Parlament zuschieben.

Im Reich kam es am 28. September 1918 mit der Änderung der Verfassung zu einer Parlamentarisierung und Philipp Scheidemann trat in die Regierung ein, aber in Preußen kamen Reformen nicht voran und Verhandlungen über einen Waffenstillstand verzögerten sich. Ebert hatte sich während des Krieges

vom Republikaner zu einem Vernunftmonarchisten gewandelt, weil er meinte, dass ein Ende der Monarchie von einem Großteil der Bürger nicht mitgetragen werden könnte. Noch am 6. November drängte er vor dem Hintergrund der beginnenden Revolution auf den Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen zu Gunsten eines anderen Mitglieds der Hohenzollernfamilie.

Als dies scheiterte stellte die SPD am 7. November ultimative Forderungen zum Verbleib in der Regierung und versuchte sich so an die Spitze der Volksbewegung zu stellen, die einen Thronverzicht von Kaiser und Kronprinz forderte. Ebert machte nun in Gesprächen unter anderem mit Max von Baden deutlich, dass die SPD einen politischen Führungsanspruch erheben würde mit dem Ziel eine revolutionäre Umsturzbewegung zu verhindern. In diesem Zusammenhang äußerte Ebert: *'Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich will sie aber nicht, ja ich hasse sie wie die Pest.'*

5.15.13 Novemberrevolution (1918/19)

Bildung des Rates der Volksbeauftragten

Nach der Matrosenmeuterei in Kiel kam es zu Entwaffnungen, Rathausbesetzungen, Massendemonstrationen und Verbrüderungen von Arbeitern und desertierten Soldaten im ganzen Reich. Die Novemberrevolution griff in wenigen Tagen auf alle deutschen Städte über. Ebert versuchte erfolglos, dies durch Entsendung Gustav Noskes nach Kiel aufzuhalten.

Am 9. November 1918 begannen spontane Aufstände in Berlin: Daraufhin übertrug Max von Baden aus eigener Verantwortung das Amt des Reichskanzlers auf Ebert: *Ich lege ihnen das Schicksal des Deutschen Reiches ans Herz.* Zugleich verkündete der Prinz die Abdankung von Kaiser Wilhelm II. ohne dessen Zustimmung und ohne Rückhalt in der Verfassung. Scheidemann rief daraufhin öffentlich die Republik und Ebert als ihren Reichskanzler aus. Dies geschah gegen Eberts Willen, der die Kontinuität zum Kaiserreich wahren wollte, bis eine verfassungsgebende Versammlung zwischen Monarchie oder Republik entscheiden würde. Der Kaiser floh in die Niederlande.

Ebert stellte sich nun an die Spitze der Revolution, um sie in parlamentarische Bahnen zu lenken und eine Entwicklung analog zur russischen Oktoberrevolution zu verhindern. Ebert verstärkte im alten Kabinett zunächst den sozialdemokratischen Einfluss durch die Benennung weiterer Regierungsmitglieder der SPD. Gleichzeitig bemühte er sich zur Verbreiterung der Legitimationsbasis aber auch darum die USPD in die Regierung zu holen. Gegen die Linken in der eigenen Partei um Karl Liebknecht kam Hugo Haase dem entgegen. Danach sollten die bürgerlichen Fachminister im Amt bleiben, aber von Beauftragten der sozialistischen Parteien kontrolliert werden. Am 10. November 1918 wurde daraufhin der Rat der Volksbeauftragten gebildet. Am selben Abend noch wurde dieser Beschluss von der Vollversammlung der im Zirkus

Busch versammelten Berliner Arbeiter- und Soldatenräte gebilligt.

5.15.14 Ebert-Groener-Bündnis

Ebert hatte in dieser Konstellation die stärkste Machtposition. Er leitete die Sitzungen des Rates der Volksbeauftragten und die der Gesamtregierung, bestimmte so den Verlauf der Debatten in der Regierung, behielt sich Innen- und Militärpolitik vor und wurde von der Bürokratie als Regierungschef anerkannt. Der formal gleichberechtigte Haase trat dabei deutlich zurück.

Bei Bildung des Rates der Volksbeauftragten, war ein zentraler Machtfaktor, die OHL und damit das gesamte Militär, noch nicht eingebunden worden. Noch am Abend des 10. November bot Wilhelm Groener im Namen der OHL Ebert die Unterstützung der Armee an. Das Ebert-Groener-Bündnis und die Nichtauflösung der OHL wurden mit Blick auf die bevorstehenden Aufgaben der Demobilisierung auch von den USPD-Mitgliedern des Rates der Volksbeauftragten mitgetragen. Aber dahinter steckte auch Eberts Absicht im Falle weitergehender revolutionärer Bewegungen ein innenpolitisch einsetzbares Machtmittel in die Hände zu bekommen. Hinzu schien das Militär auch angesichts der unklaren Grenzen zu Polen weiter notwendig zu sein. Die OHL bekam durch das Bündnis die Möglichkeit den zeitweise eingeschränkten politischen Spielraum des Militärs wieder auszubauen. Auch wenn es Ebert gelungen war, mit dem Bündnis die neue Ordnung vorerst zu stützen, scheiterten seine Hoffnung, dass Militär der zivilen Regierung völlig unterzuordnen.

5.15.15 Radikalisierung der Revolution

Anfang Dezember beauftragte Ebert Gustav Noske mit der Aufstellung von Freikorps aus heimgekehrten Frontsoldaten. Am 6. Dezember beorderte er zusätzliche Reichswehr-Einheiten nach Berlin, um den vom 16. bis 20. Dezember geplanten Reichsrätekongress zu verhindern. Zwar misslang dieser Versuch; aber die wirksame Kontrolle des kaiserlichen Militärs durch frei gewählte Soldatenräte und die Übergangsregierung, die der Rätekongress beschlossen hatte, wurde von Ebert gemäß seiner Geheimabsprache mit Groener verhindert. Am 24. Dezember unterstützte er den Einsatz von Reichswehreinheiten gegen die 'Volksmarinedivision' (Weihnachtsaufstand, die sich ihrer Auflösung zunächst erfolgreich widersetzte. Bei den Schießereien kam es zu 30 bis 50 Toten.

Daraufhin trat die USPD unter Protest gegen diese Maßnahmen am 29. Dezember aus der gemeinsamen Übergangsregierung aus und rief zu neuen Massenaktionen auf. Der Spartakusbund berief einen Reichskongress ein, auf dem überwiegend von enttäuschten SPD-Mitgliedern die neue KPD gegründet wurde. Eine Mehrheit lehnte dort die Beteiligung an den kommenden Reichstagswahlen ab.

Nachdem Eberts Restregierung den Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) abgesetzt hatte, besetzten Arbeiter, die den Obleuten nahe stan-

den, am 5. Januar 1919 das Berliner Zeitungsviertel. Von dort aus waren zuvor bereits Mordaufrufe an den Führern der Linken veröffentlicht worden. Nach gescheiterten Verhandlungen und um der Ausweitung eines Generalstreiks zuvorzukommen, gab Ebert am 8. Januar dem Militär den Befehl, den sogenannten Spartakusaufstand niederzuschlagen. Zudem rückten am 10. Januar die von Noske um Berlin zusammengezogenen Freikorps in die Stadt ein. Damit war die Novemberrevolution, die Ebert zur Kanzlerschaft verholfen hatte, praktisch beendet und eine Vorentscheidung über die Art der Weimarer Verfassung gefallen.

Am 15. Januar wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Offizieren des größten Freikorps, der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, ermordet. Deren Kommandeur, Waldemar Pabst, hatte nach eigener Aussage zuvor mit der Reichskanzlei telefoniert. In den folgenden Monaten wurden die übrigen Versuche, in deutschen Großstädten ein Rätssystem zu etablieren, ebenfalls militärisch niedergeschlagen. Dabei kam es in ganz Deutschland zu geschätzten 3.000 – 5.000 Toten.

5.15.16 Reichspräsidentschaft (1919 – 1925)

Amtsverständnis und politische Reichweite

Am 19. Januar 1919 fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt. Die SPD wurde mit 37,90 % zwar stärkste Partei, blieb aber bis zum Ende der Weimarer Republik auf Koalitionen mit der Zentrumspartei und den Liberalen angewiesen. Die ab dem 6. Februar in Weimar tagende Nationalversammlung wählte Ebert am 11. Februar 1919 zum Reichspräsidenten der Weimarer Republik. Die Gründe warum sich Ebert für dieses Amt und nicht das des Reichsministerpräsidenten (später Reichskanzler genannt) anstrebte, sind unklar, da es darüber keine Selbstzeugnisse gibt. In seiner Rede nach der Wahl definierte er das Amt des Reichspräsidenten als Wahrer der nationalen Einheit, als Schützer des Rechts sowie der inneren und äußeren Sicherheit. *'Ich will und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei. Ich bekenne aber auch, dass ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und dass ich weder meinen Ursprung noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin.'*

Ebert wollte sich nicht nur auf die repräsentative Funktion des Amtes konzentrieren, stattdessen sah er die Aufgabe der Präsidenten auch darin zu beraten und bei Konflikten schlichtend einzugreifen. Dies setzte eine Vertrautheit mit dem Geschehen im Lande voraus. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, verlangte Ebert nach einem eigenen Apparat. Damit stieß er bei dem Reichsministerpräsidenten Philipp Scheidemann und auch der SPD Fraktion in der Nationalversammlung auf starken Widerstand. Diese befürchtete, dass so eine Nebenregierung entstehen könnte. Erst die bürgerliche Regierung von

Konstantin Fehrenbach bewilligte dem Reichspräsidenten eine angemessene personelle Ausstattung. Nach einigen Vorgängern übernahm Otto Meißner die Leitung.

Um möglichst genaue Informationen zu erhalten, veranlasste Ebert bereits 1919 das Reichswirtschaftsministerium zur Abfassung umfassender Reichswirtschaftsberichte. Er ließ sich auch über die Lage der Arbeiter informieren und versuchte in Konfliktfällen zwischen den Tarifpartnern oder anderer Kontrahenten im sozialen und ökonomischen Bereich zu vermitteln. Vor wichtigen Entscheidungen empfing er oft die zuständigen Minister. Allerdings waren letztlich die Kompetenzen Eberts in dieser Hinsicht begrenzt. Sein Wunsch etwa als Ausgleich für die sozialen Einschnitte von 1923 auf der anderen Seite die Besitzenden finanziell stärker zu belasten, wurde vom Reichsfinanzministerium nicht befolgt, sondern dieses betrieb eine gegenteilige Politik. Gute Informationen und Kontakte hatte er gerade in der Außenpolitik. Aber auch in diesem Bereich wurde Ebert über wichtige Entscheidungen, wie etwa den Rapallovertrag, häufig erst zu spät informiert, um daran noch etwas ändern zu können. Details der deutsch-russischen Beziehungen, wie die geheime Aufrüstung Deutschlands mit Hilfe der UdSSR erfuhr er gar nicht erst. Nach außen hin hat Ebert, bei aller intern geäußerten Kritik, die Außenpolitik der deutschen Regierungen gestützt.

5.15.17 Versailler Vertrag

Eine nicht unbedeutende Rolle spielte Ebert während der Krise um die Annahme des Versailler Vertrages. Anfangs hatte er sich in der Sache noch bedeckt gehalten, ihm war aber klar, dass es keine realistische Alternative gab. Philipp Scheidemann und ein Teil der Regierung konnten dies aber nicht mittragen und kündigten ihren Rücktritt an. Ebert hatte in den letzten Einigungsversuchen im Kabinett, in den interfraktionellen Beratungen und in Verhandlungen des Reichs mit den Ländern den Vorsitz. Ihm gelang es allerdings nicht Scheidemann von seinem Rücktritt abzuhalten. Auch ein Appell an die SPD-Fraktion scheiterte. Mit Erfolg drängte er Gustav Bauer eine neue Regierung zu bilden. Ebert sprach sich nach der Unterzeichnung zwar für unbedingte Vertragstreue aus, strebte aber auch eine Revision des Versailler Vertrages an.

5.15.18 Kapp-Putsch

Nach den Auflösungsbestimmungen für die besonders mit rechtradikalen Elemente durchsetzten Marinebrigaden Ehrhardt und Loewenfeld protestierte General Walther von Lüttwitz und versuchte durch Ebert am 10. März 1920 die Rücknahme des Befehls zu erreichen. Ebert lehnte dies, wie die ebenfalls von Lüttwitz geforderte Auflösung der Nationalversammlung, Neuwahlen von Reichstag und Reichspräsident ab. Dies und die von Gustav Noske angeordnete Amtsenthebung von General Lüttwitz zwangen diesen und Wolfgang Kapp

dazu, den längst geplanten Putsch vorzeitig zu beginnen. Es zeigte sich bald, dass ein Großteil der Truppen nicht die rechtmäßige Regierung unterstützte, sondern sich für neutral erklärte. In den Nacht vom 12. auf den 13. März 1920 kam es zu einem gemeinsamen Aufruf im Namen des Reichspräsidenten, der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und des Vorstandes der Partei für einen Generalstreik gegen Kapp und Lüttwitz.

Im Nachhinein gaben die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder an, nichts von dem Aufruf gewusst zu haben und warfen dem Reichspressechef Ulrich Rauscher vor, allein gehandelt zu haben. Heinrich August Winkler hält es für sicher, dass zumindest Gustav Noske und Otto Wels den Text vor der Veröffentlichung kannten und billigten. Dagegen seien Bauer, Ebert und die übrigen Minister nicht eingeweiht gewesen. Tatsächlich handelte dieser aber mit Wissen von Ebert und Bauer. Der Aufruf führte tatsächlich zur Lahmlegung von weiten Teilen von Wirtschaft und des Verkehrs. Auch die Mehrzahl der Beamten stellten sich hinter die Regierung Bauer. Neben opportunistischen Gründen spielte bei den Unterstaatssekretären, die für die höhere Beamten-schaft sprachen, dabei auch echte Loyalität und Achtung gegenüber Ebert eine Rolle. Vor dem Hintergrund von Streik und regierungstreuen Haltung der Beamten brach der Putsch rasch zusammen.

Nach dem Ende des Putsches war die Krise nicht beendet. Zunächst einmal verlangte Scheidemann für die SPD, die Gewerkschaften und sogar Teile der Beamten den Rücktritt Noskes. Ebert wollte diesen aber möglichst halten und drohte gegenüber seiner eigenen Partei mit seinem eigenen Rücktritt. Dafür war nicht nur die Person Noskes eine Ursache. Ein weiterer Grund waren die weit reichenden Forderungen der Gewerkschaften, die nach Eberts Ansicht die Verfassung zerstören würden. Auf die immer lauter werdenden Forderung nach einer Regierungsneubildung reagierte Ebert mit der Bedingung, dass 'ihm die Freiheit bei der Bildung des Kabinetts' gelassen werden müsste. Dem stimmte die bisherige Regierung zu und Ebert ernannte Hermann Müller zum neuen Reichskanzler. Der Versuch der Gewerkschaften maßgeblichen Einfluss auf die Regierung zu erhalten, war letztlich am Widerstand Eberts gescheitert. Letztlich musste dieser aber Noske fallen lassen.

5.15.19 Instabile Regierungen

Nach der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920, die für die Weimarer Koalition mit erheblichen Verlusten endete, beauftragte Ebert Müller erneut mit der Regierungsbildung. In der Reichstagsfraktion sprach sich dieser am 13. Juni ebenso wie Scheidemann, Otto Wels, Otto Hue und Otto Braun gegen eine erneute Regierungsbeteiligung aus, nur Eduard David und Eduard Bernstein plädierten dafür. Vergeblich appellierten sie im Sinne Eberts dagegen die Position freiwillig aufzugeben und befürchteten, dass die sozialen Errungenschaften der Revolution nicht verteidigt werden könnten. Die Haltung der SPD zwang Ebert dazu eine Minderheitsregierung aus Zentrum, DVP und DDP und Con-

stantin Fehrenbach zu bilden. Diese brach allerdings vor dem Hintergrund des Londoner Ultimatums im Mai 1921 wieder auseinander. Ebert strebte nun wieder eine Weimarer Koalition an. Um dieses Ziel durchzusetzen drohte er erneut mit Rücktritt. Zwar weigerte sich die SPD das Reichskanzleramt zu übernehmen, war aber in der Regierung von Joseph Wirth mit wichtigen Ressorts vertreten.

Die Regierung Wirth fiel bereits Ende 1922 auseinander. Da eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit nicht gebildet werden konnte, beauftragte Ebert Wilhelm Cuno den der DVP nahe stehenden Generaldirektor des Hapagkonzerns zum Reichskanzler. Dieser bildete ein 'Kabinett der Wirtschaft' lediglich gestützt auf Zentrum, BVP und DVP. Diese Ernennung erwies sich als Fehlentscheidung Eberts, da sich Cuno der Aufgabe nicht gewachsen zeigte.

5.15.20 Das Krisenjahr 1923

Das Jahr 1923 war geprägt von verschiedenen teilweise eng miteinander verbundenen Krisenbereichen. Der Konflikt um die Reparationszahlungen des Deutschen Reiches gipfelte in der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen. Dagegen rief die deutsche Regierung den passiven Widerstand aus. Die Kosten des so genannten Ruhrkampfes heizten die Inflation noch einmal heftig an. Daraufhin brach die deutsche Währung faktisch zusammen. Die Industriellen an Rhein und Ruhr zeigten sich entschlossen notfalls ohne Rücksicht auf die Reichsregierung mit Frankreich zu verhandeln. Am Rhein und an der Ruhr zeigten sich zudem separatistische Tendenzen. In Sachsen und Thüringen bestanden Volksfrontregierungen aus KPD und SPD, die zunehmend in Gegensatz zur Reichsregierung gerieten. In Sachsen riefen kommunistische Mitglieder der Regierung zur Errichtung einer proletarischen Diktatur auf. In Bayern arbeitete der Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr mit den rechtsextremen Organisationen bis hin zur NSDAP zusammen. Dabei stellte er sich mehrfach gegen Beschlüsse der Reichsregierung und arbeitete auf deren Sturz und eine Diktatur hin. Weiter verschärft wurde die Lage durch Generalstreiks und kommunistische Aufstandsversuche.

5.15.21 Konflikt um Währungsreform und Sozialpolitik

Das Kabinett Cuno konnte sich noch bis August 1923 halten. Angesichts insbesondere des Misserfolgs des Ruhrkampfes waren auch die den Kanzler stützenden Parteien zu einer neuen Regierungsbildung bereit. Das Ziel Eberts war es eine große Koalition von der SPD bis hin zur DVP zu bilden. Da die politische Rechte einen sozialdemokratischen Regierungschef nicht anerkannt hätte, ernannte Ebert Gustav Stresemann, den Vorsitzenden der DVP zum Reichskanzler. In der Folge wurde der letztlich kontraproduktive Ruhrkampf eingestellt und die Regierung tat erste Schritte auf dem Weg zu einer Währungsreform. Hinsichtlich der Annäherung an Frankreich konnte sich Stresemann

vor allem auf Ebert und die SPD stützen. Bei der Lösung der innenpolitischen Probleme dagegen gab es zwischen SPD und Stresemann erhebliche Differenzen, die auch Ebert nicht ausräumen konnte. Im Gegensatz zu dem Beschluss einer Kabinettsitzung unter dem Vorsitz Eberts, bei der beschlossen wurde, die Sanierung der Reichsfinanzen auf der einen Seite und die Stabilisierung der Währung auf der anderen Seite getrennt zu behandeln, beschloss die Regierung später das Gegenteil. Nunmehr wurde die Währungsreform untrennbar mit sozialen Einschnitten, wie der Aufhebung des Achtstundentages, verbunden. Die bürgerlichen Parteien wünschen zudem, dass Ebert den Kanzler in diesem Sinne mit Berufung auf Artikel 48 der Reichsverfassung legitimieren sollte, während die SPD bei den sozialpolitischen Fragen auf einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren bestand. Dieser Konflikt führte zum Bruch des ersten Kabinetts Stresemann am 3. Oktober 1923. Ebert berief ihn daraufhin erneut zum Regierungschef. Gleichzeitig übte er Druck auf die SPD aus und brachte so noch einmal ein Kabinett der großen Koalition zu Stande. Auch inhaltlich gab die SPD im Wesentlichen nach und stimmte der Lösung der Krise auf dem Weg der Notverordnung gemäß Art. 48 zu.

5.15.22 Streit um Bayern und Sachsen

Kaum war dieses Problem überwunden, kam er wegen der Behandlung Sachsens und Bayerns erneut zu schweren Konflikten in der Koalition. Beide Länderregierungen hatten sich ganz oder teilweise von der Verfassungsordnung entfernt. Aber die Rechtsparteien setzten gegen Sachsen unter Billigung Eberts die gewaltsame Reichsexekution durch. Dasselbe im Fall Bayerns zu tun, weigerten sich die Rechtsparteien mit dem Argument dafür sei die Regierung zu schwach und Ebert stimmte dem letztlich zu. Zwischen Ebert und seiner Partei kam es daraufhin zu einer deutlichen Entfremdung.

Ein Aspekt der Entscheidung Eberts war dessen Befürchtung, dass General Hans von Seeckt die Situation nutzen könnte, um eine Militärdiktatur zu errichten. Um diesem den Wind aus den Segeln zu nehmen, übertrug er Seeckt vorübergehend die gesamte vollziehende Gewalt nachdem dieser gezwungen wurde Ebert ausdrücklich seine Loyalität zu erklären. Dadurch wurde Seeckt von den bayerischen Kräften aber auch den Befürwortern einer Diktatur im Militär getrennt und sah sich gezwungen entgegen seiner Absicht den Putsch von Hitler und Ludendorff niederzuschlagen.

An dem Konflikt um die Länder Bayern und Sachsen zerbrach die Koalition. Die SPD ging nun in die Opposition und Ebert bildete ein Kabinett um den Zentrumsolitiker Wilhelm Marx. Eberts Ansehen in der SPD und der Arbeiterschaft insgesamt hat unter den Vorgängen von 1923 erheblich gelitten. Immerhin wurden zentrale sozialpolitischer Errungenschaften der Revolution aufgegeben. Andererseits war es insbesondere im Jahr 1924 gelungen, die Währung zu stabilisieren, die Staatsausgaben in den Griff zu kriegen und mit dem Dawes-Plan Ansätze zu einer Erleichterung der Reparationen. Nicht

zuletzt Ebert war es zu verdanken, die parlamentarische Demokratie in ihrer bislang schwersten Krise zu bewahren.

5.15.23 Letzte Jahre

Eberts letzte Monate waren von einer politischen Niederlage geprägt. Ein Redakteur der Mitteldeutschen Presse warf ihm vor, die Kriegsniederlage durch sein Verhalten vor und nach Kriegsende mitverschuldet zu haben. Im Verlauf des Verleumdungsprozesses, der als Dolchstoßprozess bekannt wurde, wurde sein Geheimabkommen mit General Groener publik. Dabei kam auch Eberts Verhalten im Januarstreik 1918 zur Sprache. Ebert betonte, er habe sich nur in die Streikkommission wählen lassen, um den Streik so schnell wie möglich zu beenden. Das Gericht verurteilte die Journalisten, die das Staatsoberhaupt herabgewürdigt hatten, im Dezember 1924 nur wegen Beleidigung. Auf der anderen Seite erklärten die Richter des Magdeburger Schöffengerichtes, Ebert habe 1918 faktisch Landesverrat begangen, indem er in die Streikleitung in der Rüstungsindustrie eingetreten war.

Ebert hatte mit Rücksicht auf seinen laufenden Prozess eine medizinische Behandlung seiner Blinddarmentzündung verzögert. Daran starb er am 28. Februar 1925 im Alter von 54 Jahren. Er wurde in seiner Geburtsstadt Heidelberg beerdigt.

5.15.24 Einordnung und Beurteilung

Ebert war seit seinem Amtsantritt als SPD-Vorsitzender stark umstritten: Auf der einen Seite standen Bewunderung und Verehrung für den Vertreter der 'kleinen Leute', der sich aus einfachen Verhältnissen zum Führer der größten und fortschrittlichsten Partei emporgearbeitet hatte. Seinen Ruf als einheitsstiftender 'roter Kaiser' bewahrte Ebert noch bis weit in die Novemberrevolution hinein.

Aber spätestens nach seinem Entschluss, reichsweit Militär gegen revolutionäre Arbeiter und 'Räterepubliken' einzusetzen, galt er der radikalen Linken als 'Verräter der Arbeiterklasse', 'reaktionärer Militarist' und 'Agent der Bourgeoisie'. Bei Rechten und Rechtsradikalen wiederum galt er als der 'Verzichtspolitiker', der die Kapitulation des Deutschen Reiches und die Unterzeichnung des Versailler Vertrags maßgeblich zu verantworten hatte ('Novemberverbrecher', 'Landesverräter'). Diese Ablehnung erstreckte sich bei den Rechtsradikalen auch auf die Weimarer Verfassung, für deren Zustandekommen Ebert stand. Seine politische Prägung war im Kaiserreich gewachsen und blieb diesem verhaftet. Er verkörperte den Typus des Realpolitikers, der die gegebenen legalen Spielräume nutzte, um kleine, schrittweise Verbesserungen für die Masse der lohnabhängigen Bevölkerung zu erreichen – ein Revolutionär war er nie. Er strebte eigentlich eine parlamentarische Monarchie an, die er schon mit der Oktoberreform vom 5. Oktober 1918 erreicht sah. Sein Verständnis von 'So-

zialismus' sah keine Eingriffe in Produktionsverhältnisse vor, obwohl dies dem immer noch gültigen Erfurter Programm der SPD entsprochen hätte. Vielmehr setzte er auf eine tarifliche Absicherung von Arbeitszeiten und Versorgungsansprüchen der Arbeiter in der Tradition von Bismarcks Sozialgesetzen.

Damit setzte er sich in einen Gegensatz zu einem großen Teil der damaligen SPD-Basis, die seit Anfang November in zahlreichen Resolutionen die Sozialisierung wichtiger Teilbereiche der deutschen Industrie gefordert hatte. Ebert machte die Umsetzung solcher Schritte von einer parlamentarischen Mehrheit abhängig, die er dann verfehlte.

Nach einer Aussage Max von Badens sagte Ebert am 9. November 1918 über die Revolution: Ich aber will sie nicht, ich hasse sie wie die Sünde. Sein Misstrauen galt in erster Linie den Revolutionären, die den Übergang zur Demokratie und seine Kanzlerschaft ermöglichten. Um 'geordnete Verhältnisse' wieder herzustellen, arbeitete er stattdessen mit Gegnern der Sozialdemokratie zusammen: dem kaiserlichen Offizierskorps und Generälen der Obersten Heeresleitung. Diese hatten ihn im Oktober 1918 zur Teilhabe an der Macht eingeladen, um sich ihrer eigenen Verantwortung für die Kriegsniederlage und deren Folgen zu entziehen. Die Kriegsschuldfrage wurde damals fast nur in der Absicht gestellt und beantwortet, eine deutsche Mitverantwortung abzuwehren. <- Quelle: Auch die SPD, die den Krieg unter Eberts Führung mitgetragen hatte, sorgte dafür, dass die Aufarbeitung unterblieb. ->

Den Einsatz von Freikorps im Spartakusaufstand 1919 begründete Ebert mit der Gefahr einer bolschewistischen Rätediktatur nach sowjetischem Vorbild. Man glaubte an eine gefährliche Führungsrolle des Spartakusbundes. <- Quelle: Die Rätebewegung war jedoch unabhängig von diesem entstanden und verfolgte in der großen Mehrheit sozialdemokratische Ziele. Es gab also in Deutschland damals keine Organisation, die analog zu den Bolschewiki Lenins und ihrer Roten Armee eine sozialistische 'Räterepublik' hätte durchsetzen können. ->

Die Niederschlagung des Januaraufstands führte mit dazu, dass die SPD im Parlament keine stabile Mehrheit erhielt und letztlich nur einen geringen Teil der Sozialreformen verwirklichen konnte, die Ebert befürwortete. Sein 'Verrat' am SPD-Parteiprogramm und der Pakt, den er mit den alten Kräften einging, destabilisierte gegen seine Absichten die Weimarer Republik, noch bevor sie eigentlich gegründet war. Er entfremdete die SPD-Führung von einem Teil ihres Wählerpotentials, der die Aufgabe der ursprünglichen Parteiziele nicht mitvollzog. Dies trug zur Spaltung der Arbeiterbewegung in zwei verfeindete Lager bei, die nur in Ausnahmesituationen wie dem Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 zusammenhielten.

Nachdem die rechten Parteien die SPD für die Notlage nach dem Krieg hatten verantwortlich machen können, verlor diese ihre führende Position in der Weimarer Republik sehr bald wieder und geriet in die Defensive, aus der weitere Kompromisse (z.B. Zustimmung zum Panzerkreuzerbau 1928) resultierten. Eberts Einsatz der kaiserlichen Militärs gegen die Linke bewirkte deren schnell-

le Rehabilitation: Sie konnten sich erneut als 'Retter des Vaterlands' darstellen, die den Übergang vom Kaiserreich zur Republik stabilisiert hätten. Rückblickend waren sie und nicht, wie Ebert geglaubt hatte, der Spartakusbund, die 'Totengräber' der ersten deutschen Demokratie. Aus ihnen rekrutierten sich später die Mitglieder der SA und SS, mit denen Adolf Hitler zur Macht kam. Die heutige SPD sieht in Ebert eines ihrer größten Vorbilder. Die 1925 gegründete sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung spielt Eberts Rolle in der Novemberrevolution und seine Verantwortung für die Folgen meist herunter und schreibt sie den Umständen zu. Angenommen wird, dass der Versuch einer Sozialisierung die deutsche Wirtschaft nachhaltig geschwächt hätte: Dadurch wären die Umstellung der Kriegs- auf Friedenswirtschaft und die Integration von Millionen Kriegsheimkehrern in die Produktion erheblich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht worden.

Zudem standen, wie man glaubte, komplizierte Friedensverhandlungen bevor: Auch hierfür sei eine nationale Einheit ohne Sozialisierungen Voraussetzung gewesen.

Ferner wird auf äußere Gefahren für die Reichseinheit durch polnische Aufstände an der Ostgrenze wie durch separatistische Bestrebungen im Rheinland hingewiesen. Zu deren Niederschlagung habe die SPD-Führung Stabilität in der Hauptstadt gebraucht. Hinzu kamen tägliche Zeitungsmeldungen über blutige Auseinandersetzungen im russischen Bürgerkrieg. All das habe Ebert vor sozialistischen Experimenten zurückschrecken lassen und zur Zusammenarbeit mit den alten Eliten des Kaiserreichs bewogen. Welche verheerenden Folgen die so geschaffene Kontinuität des deutschen Militarismus, des autoritären Obrigkeitsstaates und des Einflusses von Industrieverbänden auf die politische Führungsschicht nach dem Weltkrieg haben würde, erkannte Ebert nicht; hierin sehen kritische Historiker wie Sebastian Haffner und Heinrich August Winkler sein historisches Versäumnis. Nach ihrer Ansicht wäre die Entmachtung des kaiserlichen Verwaltungsapparates, der Militärs und der größten Industriekonzerne zwischen November 1918 und Januar 1919 sowohl möglich als auch nötig gewesen.

Eine durchgreifende Gesellschaftsreform hatte seit dem November 1918 in Deutschland eine breite demokratische Legitimationsbasis, da sie den Forderungen der großen Bevölkerungsmehrheit entsprach, wie sie sich im Berliner Rätekongress vom 16. bis 20. Dezember 1918 spiegelte. Die anhaltenden Kämpfe hatten jedoch zur Folge, dass Ebert ein Rückgriff auf funktionierende staatliche Einrichtungen wie Verwaltung und Militär unverzichtbar erschien. Diese Gegenwehr der Übergangregierung sei durch zahlreiche Angriffe rechts- und linksradikaler Kräfte erzwungen worden, wie Emil Felden, ein Parteifreund und Zeitgenosse Eberts, in seinem 1927 erschienenen biographischen Roman meinte.

Sie stellte die Weichen für die Beibehaltung vieler alter Strukturen. Damit wurden die Bedingungen für den Übergang der ersten deutschen Republik in die Diktatur des NS-Staates geschaffen. Dies hat die von Ebert geprägte SPD

nicht gewollt. Die Partei wurde 1933 nach der KPD verboten, und viele ihrer Mitglieder waren in Konzentrationslagern der Nationalsozialisten interniert, wo sie teilweise ermordet wurden. Doch die Chance einer konsequenten Entmachtung der Kräfte, die den Ersten Weltkrieg zu verantworten hatten, war schon im November 1918 vertan worden. Die kontrafaktische Diskussion, wie dieses zweite Scheitern einer Revolution (nach der Märzrevolution von 1848) mit all seinen verheerenden Folgen hätte abgewendet werden können, ist bis heute offen.

Ein Link zur Friedrich-Ebert-Stiftung:

<http://library.fes.de/fulltext/historiker/00211005.htm#LOCE9E5>

http://www.preussen-chronik.de/_/person_jsp/key=person_friedrich_ebert.html

5.16 Hugo Haase

Hugo Haase (* 29. September 1863 in Allenstein, Ostpreußen; † 7. November 1919 in Berlin) war ein deutscher Jurist, Politiker und Pazifist.

5.16.1 Leben und Beruf

Hugo Haase wurde als Sohn eines jüdischen Schuhmachers und Kleinhändlers in Allenstein geboren. Nach dem Abitur in Rastenburg studierte er in Königsberg Rechts- und Staatswissenschaften und ließ sich dort 1890 als Rechtsanwalt nieder. In mehreren Prozessen verteidigte er politisch verfolgte Sozialdemokraten, so erreichte er im Königsberger Geheimbundprozeß einen Freispruch für den späteren preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun. 1912 verlegte er seine Kanzlei nach Berlin.

Am 8. Oktober 1919 wurde Haase von Johann Voß, einem angeblich geistesgestörten Lederarbeiter, durch Schüsse schwer verletzt und starb am 7. November 1919 in Berlin an den Folgen des Attentats. Er war mit Thea Lichtenstein verheiratet und hatte einen Sohn. Von August 1945 bis April 1953 war eine Straße in Leipzig, die heutige Erich-Weinert-Straße, nach Haase benannt. Heute ist nach ihm die Hugo-Haase-Straße in Nürnberg, Strehla und Zwenkau benannt.

5.16.2 Partei

Seit 1887 gehörte Haase der SPD an. Er gehörte dem so genannten revisionistischen Parteiflügel an, der – anders als der marxistische – in allmählichen Reformen und nicht mehr in der Revolution den besten Weg zu sozialen und politischen Veränderungen sah. 1911 wurde er neben August Bebel SPD-Vorsitzender. Nach Bebels Tod wurden Haase und Friedrich Ebert zu gleichberechtigten Parteivorsitzenden gewählt. Im Juli 1914 organisierte er die Antikriegskundgebungen der SPD. Nach Ostern 1917 wurde er Vorsitzender der neu gegründeten USPD (Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands), die sich von der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) abspaltete und für sofortige Friedensverhandlungen eintrat. Die von Haase geführte USPD errang bei den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung am 19. Januar 1919 nur 7,6% der Stimmen. Nach Gründung der KPD sprach er sich für eine Wiedervereinigung von USPD und SPD aus und stellte sich damit gegen den radikalen USPD-Flügel, der einen Zusammenschluss mit der KPD und einen Anschluss an die Kommunistische Internationale anstrebte.

5.16.3 Abgeordneter

Haase war seit 1895 der erste Sozialdemokrat im Stadtrat von Königsberg. 1897 wurde er erstmals für den Wahlkreis Königsberg 3 in den Reichstag des

Kaiserreiches gewählt. Bei der Reichstagswahl 1907 gelang es ihm nicht, erneut den Wahlkreis zu gewinnen. Nach seiner Rückkehr in den Reichstag 1912 wurde er zusätzlich neben Philipp Scheidemann SPD-Fraktionsvorsitzender im Reichstag. Er kämpfte am 31. Juli und 1. August 1914 in der SPD-Fraktion gegen eine Annahme der Kriegskredite. Er konnte sich jedoch nicht gegen Friedrich Ebert und die Fraktionsmehrheit durchsetzen. Aus Gründen der Parteidisziplin musste Haase in der entscheidenden Reichstagsitzung dann selbst den gegen seinen Willen gefassten Beschluss der SPD-Fraktion begründen. Auf seine Äußerung *'Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich'* reagiert die kaiserliche Reichsregierung mit der Verkündung des 'Burgfriedens'.

Nach dem Scheitern der deutschen Kriegsplanungen Ende 1914 wandte sich Haase aber immer stärker und offener gegen den Krieg und gegen die Kriegspolitik der SPD-Reichstagsfraktion. 1915 wurde er deshalb zum Rücktritt als Fraktionsvorsitzender, 1916 zum Rücktritt als SPD-Vorsitzender gezwungen. Im März 1916 übernahm er die Leitung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, in der sich die Kriegsgegner unter den SPD-Abgeordneten zusammengefunden hatten. Nach Ende des Krieges gehörte Haase als eines von drei USPD-Mitgliedern dem Rat der Volksbeauftragten an, dessen Leitung er zusammen mit Friedrich Ebert innehatte. Nach den Weihnachtskämpfen traten die USPD-Volksbeauftragten geschlossen aus dem Rat aus. Seit den Wahlen 1919 gehörte er bis zu seinem Tode der Weimarer Nationalversammlung an und führte dort die USPD-Fraktion.

5.16.4 Öffentliche Ämter

Im Zuge der Novemberrevolution bildete er am 10. November 1918 mit dem Mehrheits-Sozialdemokraten Friedrich Ebert eine provisorische Reichsregierung, den Rat der Volksbeauftragten, dessen stellvertretenden Vorsitz er übernahm. Nach dem auf Befehl Eberts erfolgten gewaltsamen Vorgehen von Regierungstruppen gegen die revolutionäre Volksmarinedivision an den Weihnachtstagen 1918, traten Haase und die beiden anderen USPD-Vertreter, Wilhelm Dittmann und Emil Barth, am 29. Dezember aus dem Rat aus.

5.17 Kurt Eisner

Kurt Eisner (* 14. Mai 1867 in Berlin; † 21. Februar 1919 in München, ermordet) war ein sozialistischer deutscher Politiker (zunächst als Mitglied der SPD, dann ab 1917 der USPD). Während der wilhelminischen Ära des deutschen Kaiserreichs hatte er sich auch als monarchiekritischer Journalist und Schriftsteller einen Namen gemacht.

Historische Bedeutung erlangte er vor allem als Anführer der Novemberrevolution von 1918 in Bayern. Wenige Wochen nach der Ermordung Eisners durch einen rechtsextremen Attentäter mündete die Revolution in die kurzlebige Münchner Räterepublik. Eisner war nach dem Ersten Weltkrieg der erste Ministerpräsident des von ihm ausgerufenen 'Freistaates', der bayerischen Republik.

5.17.1 Entwicklung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges

Eisner wurde als Sohn des jüdischen Textilfabrikanten Emanuel Eisner geboren. Seine Kindheit und Jugend verbrachte er in Berlin. Hier besuchte er das Askanische Gymnasium. Nach dem Abitur studierte er in Berlin Philosophie und Germanistik. 1892 heiratete er Elisabeth Hendrich. Aus der Ehe gingen fünf Kinder hervor.

In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts arbeitete er an einer Reihe von Zeitungen und Zeitschriften als Journalist mit, unter anderem für die Frankfurter Zeitung. Nicht nur in literarischen Kreisen erregten seine geschliffenen Nietzsche-Kritiken eine hohe Aufmerksamkeit.

Aufgrund von zeitkritischen Betrachtungen in einer Berliner Zeitschrift wurde er in einem Majestätsbeleidigungsprozess zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung warb die SPD um ihn, obwohl er dem in der Partei zu der Zeit vorherrschenden Marxismus, wenn auch nicht ablehnend, so doch reserviert gegenüberstand. Eisner leitete seine Ideale eher aus der Philosophie der Aufklärung Immanuel Kants ab. Dennoch war die SPD die Partei, deren politischen Zielen er am nächsten stand. Er wurde Redakteur ihres Zentralorgans Vorwärts und trat 1898 in die Partei ein. Kurz nach dem Tod von Wilhelm Liebknecht, Chefredakteur des Vorwärts und einer der Gründerväter der deutschen Sozialdemokratie, schrieb er 1900 die erste ausführliche Biographie über dessen Leben und Wirken.

1905 musste Eisner den 'Vorwärts' aufgrund inhaltlicher Differenzen verlassen und wurde von Georg Davidsohn abgelöst: Unter dem Vorwurf der Anhängerenschaft der Revisionismustheorie Eduard Bernsteins, in der der Weg zum Sozialismus über Reformen statt Revolution favorisiert wurde, war er auf heftige Kritik der damals noch vorwiegend marxistisch orientierten Redaktion gestoßen. In dieser Zeit trennte er sich auch von seiner Ehefrau Elisabeth. Die Kinder blieben bei ihr.

Eisner zog nach Nürnberg, und war von 1907 bis 1910 Chefredakteur der sozialdemokratischen Fränkischen Tagespost, bis er erneut – diesmal nach München – umzog. Später, zu Beginn der Novemberrevolution, äußerte sich Eisner zu seinen Beweggründen des Umzugs nach Bayern, dass die Leute dort viel freiheitlicher gesinnt seien, weil ihnen die preußische 'Überdisziplin' fremd sei.

In München zog er mit Else Belli zusammen, die er 1917, nach der endgültigen Scheidung von seiner ersten Frau, heiratete und mit der er zwei Töchter hatte. Ab 1910 arbeitete Eisner bei der Zeitung 'Münchner Post' und publizierte in verschiedenen Zeitschriften als Schriftsteller, Journalist und Theaterrezensent. Durch seine literarische Arbeit verstärkte sich sein Kontakt zum damals breit gefächerten Münchner Künstler- und Intellektuellenmilieu. Eisner öffnete sich zusehends undogmatisch-emanzipatorischen Inhalten, und zählte zum Umfeld der antibürgerlichen Schwabinger Bohème. Er blieb bis 1917 weiterhin politischer Mitarbeiter der SPD.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges begrüßte er 1914 zunächst noch die Zustimmung der Reichtagsfraktion seiner Partei zu den ersten Kriegskrediten, entwickelte sich dann allerdings, nachdem deutlich geworden war, dass sich die Fronten in einem Stellungskrieg festgefahren hatten und es immer mehr Todesopfer gab, ab 1915 zu einem radikalen Pazifisten. Mit dieser Einstellung wurde Eisner ein erklärter Gegner der deutschen Kriegspolitik während des weiteren Verlaufs des Krieges. Wo er 1914 noch der nationalen Propaganda einer Kriegsschuld Rußlands glaubte – eine Propaganda, die der traditionell Zarismus-feindlichen Sozialdemokratie entgegen kam – war er ab Frühjahr 1915 überzeugt davon, dass es Deutschland gewesen sei, das den Weltkrieg vom Zaun gebrochen hatte. Damit stellte er sich gegen die Haltung der Mehrheit der SPD-Fraktion im Reichstag und im bayrischen Landtag. Gemeinsam mit anderen Kriegsgegnern – von Clara Zetkin über Albert Einstein bis zu Ludwig Quidde – wurde er Mitglied im Bund Neues Vaterland, in dem sich Pazifisten mit unterschiedlichen politischen Weltanschauungen sammelten. 1917 spaltete sich im Zuge des zunehmenden Widerstands gegen die Burgfriedenspolitik – auch von Mandatsträgern der SPD – deren Antikriegs-Flügel als Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) von der Mutterpartei ab. Eisner gehörte zu deren führenden Begründern in Bayern. Seit 1917 war er USPD-Vorsitzender in München.

Nachdem er im Januar 1918 den Streik der Münchner Munitionsarbeiter als Teil der reichsweiten Januarstreikwelle, bei der Demokratisierung und ein Verständigungsfriede gefordert wurde, organisiert hatte, wurde Eisner verhaftet und Ende Januar 1918 zu einer Haftstrafe verurteilt, aus der er im Oktober des Jahres – als das Kriegsende mit dem sich abzeichnenden Zusammenbruch der Westfront kurz bevor stand – wieder entlassen wurde.

5.17.2 Novemberrevolution in München, Ministerpräsidentschaft

Im Verlauf der vom Kieler Matrosenaufstand ausgehenden reichsweiten Novemberrevolution zum Ende des Ersten Weltkrieges war Eisner der führende Kopf der revolutionären Umwälzungen in Bayern, die München noch vor der Reichshauptstadt Berlin erreichten. Eisner führte zusammen mit dem Vertreter des revolutionären Flügels des Bayerischen Bauernbundes, Ludwig Gandorfer, im Anschluss an eine Massenkundgebung auf der Theresienwiese am 7. November 1918 einen stetig größer werdenden Demonstrationzug zuerst zu den Garnisonen Münchens, und dann ins Stadtzentrum an, ohne auf nennenswerten Widerstand zu treffen. In der Nacht zum 8. November 1918 rief er in der ersten Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte im Mathäser die Republik Bayern als Freistaat aus (sinngemäß 'frei von Monarchie') und erklärte das herrschende Königshaus der Wittelsbacher für abgesetzt. Eisner wurde vom Münchner Arbeiter- und Soldatenrat zum ersten Ministerpräsidenten der neuen bayerischen Republik gewählt, und bildete kurz darauf ein Regierungskabinett aus Mitgliedern der SPD und der USPD, in dem er neben seinem Amt des Regierungschefs auch den Posten des Außenministers einnahm. Der entthronte König Ludwig III. floh zuerst an den Chiemsee und dann nach Österreich.

Am 14. November 1918 lud Eisner den von ihm wegen seiner schriftstellerischen und rhetorischen Begabung geschätzten anarchistischen Theoretiker Gustav Landauer nach München ein und bat ihn, 'durch rednerische Betätigung an der Umbildung der Seelen mit(zu)arbeiten'. Landauer folgte diesem Ruf. Er wurde nach dem Tod Eisners ab dem 7. April 1919 als Beauftragter für Volksaufklärung einer der tragenden Köpfe der 'ersten' Münchner Räterepublik.

In Eisners etwa 100-tägiger Amtszeit als Ministerpräsident Bayerns blieben grundsätzliche revolutionäre Veränderungen aus, da die Regierung nur ein Provisorium bis zur angesetzten Landtagswahl darstellte, und in ihr verschiedene Vorstellungen über die genauen Strukturen des kommenden Staates vertreten wurden. Ein wesentlicher Streitpunkt dabei war die Auseinandersetzung um die Frage der Einführung einer parlamentarischen – oder einer Räteredemokratie. Eisner selbst vertrat eine Zwischenlösung. Er betrachtete die Räte als eine beratende und kontrollierende Instanz gegenüber einem noch zu wählenden Parlament, wollte ihnen jedoch auf Dauer keine legislative oder exekutive Gewalt übertragen. Die Macht der Räte zum Beginn der Revolution verteidigte er als ein Mittel der Erziehung der Bevölkerung zur Demokratie (Zitat Eisner: 'Die Revolution ist nicht die Demokratie. Sie schafft erst die Demokratie').

Die Banken als auch die großen Industrie- und Wirtschaftsunternehmen blieben unter der Regierung Eisners unangetastet. Deren geplante Sozialisierung wurde aufgeschoben. Die monarchistischen Beamten in der Justiz und staatlichen Verwaltung behielten im Wesentlichen ihre Stellungen und verhielten sich abwartend. Lediglich einige soziale und gesellschaftliche Veränderungen

zugunsten der bis dahin eher benachteiligten Bevölkerungsschichten, vor allem der Arbeiter, wurden umgesetzt: So zum Beispiel die Einführung des Achtsturentags, des Frauenwahlrechts, oder die Abschaffung der kirchlichen Schulaufsicht. Gleichwohl verprellte Eisner damit die vorherrschende katholische Kirche und das konservative Bürgertum. Kardinal Faulhaber prangerte seine Regierung als die 'von Jehovas Zorn' an.

Außenpolitisch vertrat Eisner zeitweise separatistische Bestrebungen. Er konnte seine Vorstellungen einer Donauföderation zwischen Österreich, Bayern und der neu ausgerufenen tschechoslowakischen Republik ebensowenig durchsetzen wie die Forderung, dass die Weimarer Verfassung erst nach Zustimmung der Länder gültig werden sollte. Beides scheiterte am Widerstand der Reichsregierung.

Um die von den den alliierten Siegern der Ententemächte postulierte Kriegsschuld des deutschen Reiches (und damit seiner preußischen Führung in der Person des Kaisers) zu beweisen, und dadurch bessere separate Friedensbedingungen für Bayern zu erreichen, gab er die geheimen Gesandtschaftsberichte der bayerischen Regierung an die Alliierten. Damit machte sich Eisner die führenden Militärs, die ihm sowieso argwöhnisch bis ablehnend gegenüberstanden, endgültig zum Feind. Auch von vielen reichspatriotisch und nationalistisch gesinnten Bürgern wurde er deswegen als Verräter angesehen, da er in ihren Augen auf diese Weise versuchte, einen Teil Deutschlands gegen einen anderen auszuspielen. Am 25. November 1918 geriet er deswegen mit der SPD-geführten Reichsregierung unter Friedrich Ebert in Berlin in einen offenen Konflikt.

Auch von der revolutionären Linken um den anarchistischen Schriftsteller Erich Mühsam und die erst Anfang Januar 1919 gegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) unter dem Münchner Vorsitz von Max Levien wurde Druck auf die instabile Regierung aus SPD und USPD ausgeübt. Bei dem Versuch von etwa 4000 Arbeitslosen, am 7. Januar 1919 das Sozialministerium in München zu besetzen, blieben nach dem gewaltsamen Eingreifen der Polizei drei Tote und acht Verwundete zurück. Eisner ließ darauf führende KPD-Mitglieder und Anhänger des Revolutionären Arbeiterrates (RAR) als vermeintliche Hintermänner der Unruhen kurzfristig verhaften, unter ihnen auch Mühsam und Levien, die wenig später auf Druck einer Demonstration wieder frei gelassen wurden. Nach diesen Ereignissen riefen die KPD, Anarchisten und der RAR zum Boykott der anstehenden Landtagswahl auf. Kurt Eisner genoss zwar immer noch Ansehen als Anführer der Revolution, jedoch trat er in den Augen der radikalen Linken zu unentschieden gegen die gemäßigte SPD-Übermacht in der Regierung um seinen Innenminister und politischen Rivalen Erhard Auer auf. In seinen Entscheidungen erschien Eisner ihnen zu schwankend und nicht durchsetzungsfähig genug, um die revolutionären Forderungen wirklich umsetzen zu können. Viele zweifelten auch zunehmend seinen Willen dazu an.

Vor den bayerischen Landtagswahlen am 12. Januar 1919 schätzte Eisner trotz der zunehmenden Kritik an seinen Maßnahmen die politischen Verhältnisse noch so ein, dass er meinte, die große Mehrheit der bayerischen Bevölkerung stünde hinter ihm und der USPD, wobei er sich allerdings insbesondere in der großen Wählerschicht der Landbevölkerung entscheidend irren sollte. Nachdem die USPD bei den Wahlen mit nur 2,5 Prozent der Stimmen eine erdrutschartige Niederlage hinnehmen musste, sah sich Eisner zum Rücktritt gezwungen.

Die SPD unter dem Vorsitz Erhard Auers kam auf 33 Prozent und die konservative Bayerische Volkspartei (BVP), die zusammen mit rechtsnationalistischen Kreisen eine auf die Person Eisners ausgerichtete antisemitische Diffamierungskampagne gegen die 'jüdisch-bolschewistische' Revolution in der Hauptstadt ausgelöst hatte, auf 35 Prozent.

5.17.3 Ermordung Eisners, unmittelbare politische Folgen, Begräbnis

Am 21. Februar 1919 verließ Eisner die Räume des Bayerischen Ministeriums des Äußeren, in denen er letzte Hand an seine Rücktrittsrede gelegt hatte, die er um 10:00 Uhr im neu konstituierten Bayerischen Landtag verlesen wollte. Er wurde begleitet von seinem Sekretär Felix Fechenbach und Benno Merkle (Mitarbeiter des Bayer. Außenministeriums) sowie zwei Leibwächtern. Fechenbach hatte aufgrund der feindseligen Stimmung gegen Eisner und verschiedener in den vergangenen Tagen bekanntgewordenen Morddrohungen Eisner dringend geraten, den Weg durch den rückwärtigen Eingang des Hotels Bayerischer Hof zu wählen, was dieser mit der Bemerkung ausschlug: 'Man kann einem Mordanschlag auf die Dauer nicht ausweichen, und man kann mich ja nur einmal totschießen.' Auf dem Weg durch die Promenadestraße (heute Kardinal-Faulhaber-Straße) wurde Eisner von dem völkisch-nationalistischen Studenten (man kann ihn dem Umfeld der Thule-Gesellschaft zuordnen) und zu dieser Zeit beurlaubten Leutnant im Königlich Bayerischen Infanterie-Leib-Regiment Anton Graf von Arco auf Valley aus unmittelbarer Nähe mit zwei Schüssen in Rücken und Kopf erschossen. Eisner war sofort tot. Graf Arco nannte später unter anderem einen '*Geheimnisverrat Eisners an die Alliierten*' als Motiv für sein Attentat. Unmittelbar nach dem Mord wurde der Attentäter durch mehrere Schüsse von den beiden Leibwächtern Eisners lebensgefährlich verletzt und festgenommen. Er überlebte durch eine Notoperation des berühmten Chirurgen Ferdinand Sauerbruch.

Der Metzgergeselle Alois Lindner, ein Mitglied des revolutionären Arbeiterrats, erschoss 2 Stunden nach dem Attentat auf Eisner aus Rache von der Zuschauertribüne des Landtags aus zwei konservative Abgeordnete (Major v. Jareiss und Heinrich Osel, beide BVP), da er die Hintermänner des Attentats in deren Kreisen vermutete. Auch der SPD-Vorsitzende Erhard Auer wurde niedergeschossen. Die konstituierende Landtagssitzung wurde nach diesen tu-

multartigen und unter den Anwesenden Panik auslösenden Ereignissen vertagt. Auer überlebte seine Verletzungen ebenfalls nach einer Notoperation durch Dr. Sauerbruch. Aus der Befürchtung heraus, rechtsextreme Kreise könnten einen Putschversuch wagen, wurde von der USPD in München der Generalstreik ausgerufen, bürgerliche Zeitungen wurden verboten und ihre Redaktionen besetzt. Die provisorische Regierungsgewalt übernahm vorübergehend der vom Rätekongress eingesetzte Zentralrat der bayerischen Republik unter dem Vorsitz von Ernst Niekisch (SPD, später USPD), der die politische Handlungsfähigkeit des zunächst führungslos gewordenen Freistaats erhalten sollte.

Am Tatort des Eisner-Attentats, der heute in der umbenannten Kardinal-Faulhaber-Straße liegt, erinnert seit 1989 eine in den Gehsteig eingelassene Reliefplatte an den Mord.

Kurt Eisner wurde unter großer Anteilnahme der Bevölkerung am 26. Februar 1919 auf dem Münchner Ostfriedhof beigesetzt. Seine Urne wurde 1933 durch Anordnung der Nationalsozialisten auf den Neuen Israelitischen Friedhof (am Münchener Nordfriedhof) in ein Gemeinschaftsgrab mit Gustav Landauer umgebettet (dieser war nach der Niederschlagung der Räterepublik am 2. Mai 1919, also etwa zehn Wochen nach Eisner, von Freikorpsoldaten ebenfalls ermordet worden).

5.17.4 Nachgeschichte, Münchner Räterepublik

Nach der Ermordung Eisners verschärften sich die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern einer pluralistischen Demokratie und denen einer sozialistischen Räterepublik in Bayern. Der Rätekongress und der Landtag sprachen sich gegenseitig eine Legitimation zur Regierungsbildung ab. Gegen die Wahl von Martin Segitz (SPD) zum Ministerpräsidenten durch den Rätekongress am 1. März 1919 wählte der Landtag am 17. März Johannes Hoffmann (SPD) zum Regierungschef des Freistaats. Dessen SPD-dominierte, von der BVP-Fraktion tolerierte Minderheitsregierung in der Koalition mit Bayerischem Bauernbund und vorerst noch der USPD, geriet jedoch in die Defensive und musste nach Bamberg ausweichen.

In der Landeshauptstadt wurde am 7. April 1919 die Münchner Räterepublik ausgerufen, worauf die USPD-Mitglieder aus der Landesregierung austraten. Die Regierung der Räterepublik war zunächst dominiert von anarchistischen und pazifistischen Intellektuellen, unter ihnen Gustav Landauer, Erich Mühsam und dem Nachfolger Eisners im Vorsitz der USPD, Ernst Toller, – danach von Mitgliedern der KPD wie Eugen Leviné, Max Levien oder Rudolf Egelhofer. Auch andere bayerische Städte schlossen sich der Räterepublik an. Nach wenigen Wochen wurde sie von rechtsnationalistischen Freikorps- und Reichswehrverbänden im Dienst der SPD-geführten 'Bamberger Landesregierung' und der ebenfalls SPD-geführten Reichsregierung Anfang Mai 1919 blutig niedergeschlagen. Im Rahmen von Kämpfen nahmen Rotgardisten 10

Geiseln aus der rechtsextremen Thule-Gesellschaft und deren Umfeld gefangen und ermordeten diese später im Luitpold-Gymnasium. Mehr als 2200 – auch vermeintliche – Anhänger der Räterepublik fielen der Rache der Freikorps zum Opfer. Die meisten ihrer Anführer wurden ermordet, von Standgerichten zum Tode oder bei anderen Gerichtsverfahren zu langen Haftstrafen verurteilt.

Nach dem Ende dieser relativ kurzen sozialistischen Periode in der bayerischen Geschichte, die mit Eisners Ministerpräsidentschaft begonnen hatte, entwickelte sich Bayern zu einer konservativ-reaktionären 'Ordnungszelle' innerhalb des deutschen Reichs während der Weimarer Republik. In München begann in den 1920er Jahren, begünstigt durch eine nach der Revolution verbreitete antikommunistische und antisemitische Stimmungslage in der Öffentlichkeit, auch der politische Aufstieg Adolf Hitlers und seiner NSDAP.

Graf Arco, der Attentäter Eisners, wurde des Mordes angeklagt. Da er direkt nach dem Attentat selbst angeschossen und schwer verletzt worden war, begann sein Prozess erst acht Monate nach der Niederschlagung der dem Tod Eisners folgenden Räterepublik in Bayern – und fast ein Jahr nach dem Attentat. Der Richter Georg Neithardt führte die Verhandlung auffallend oberflächlich. Hinweisen auf Verbindungen zu führenden Militärs und zum völkisch-rechtsextremen Geheimbund der Thule-Gesellschaft, einer Keimzelle der späteren NSDAP, wurde nicht weiter nachgegangen. Arco wurde letztlich als Einzeltäter verurteilt. In der Urteilsbegründung hieß es, dass die Tat 'nicht niederer Gesinnung' entsprungen sei, sondern 'aus glühender Liebe zum Vaterland'. Trotz dieser im Grunde mit den Motiven des Mörders sympathisierenden Richteraussage wurde gegen Arco vom Gericht am 16. Januar 1920 das Todesurteil ausgesprochen. Die Bayerische Landesregierung begnadigte ihn allerdings bereits am darauffolgenden Tag aufgrund des Richtervotums bezüglich Arcos Motiven zu lebenslanger Festungshaft in der Festung Landsberg am Lech, von wo er im Zuge einer Amnestierungswelle im April 1924 entlassen und im Oktober 1927 endgültig begnadigt wurde

5.18 Philipp Scheidemann

Philipp Heinrich Scheidemann (* 26. Juli 1865 in Kassel; † 29. November 1939 in Kopenhagen) war ein sozialdemokratischer Politiker. Er war der erste Reichskanzler der Weimarer Republik.

Während der Novemberrevolution am 9. November 1918 rief Scheidemann von einem Fenster des Reichstagsgebäudes und kurz darauf von einem Fenster der Reichskanzlei die Republik aus. Er war nach seinem Rücktritt von 1922 bis 1925 Oberbürgermeister von Kassel. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten floh er ins Exil nach Dänemark, wo er bis zu seinem Tod 1939 lebte.

Schriftsetzer SPD 13.2.1919 – 20.6.1919 Ministerpräsident (Kanzler)

5.18.1 Leben und Beruf

Philipp Scheidemann wurde als Sohn eines Polsterermeisters in Kassel geboren. In Kassel besuchte er sowohl die Bürgerschule als auch die Höhere Bürgerschule. Nach seiner Schulausbildung absolvierte er von 1879 bis 1883 eine Lehre zum Schriftsetzer und Buchdrucker. Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich in den folgenden Jahren als Schriftsetzergehilfe, Faktor und Redakteur bei sozialistischen Zeitungen.

Unter dem Pseudonym Henner Piffendeckel veröffentlichte er sonntäglich ab 1909 'Mundartliche Geschichderchen' im Casseler Volksblatt und einige Bücher in Kasselänerisch (Kasseler Mundart).

5.18.2 Attentat

Am 4. Juni 1922 – während seiner Amtszeit als Oberbürgermeister von Kassel – wurde ein Mordanschlag auf Scheidemann verübt. Während eines Spaziergangs mit einer Tochter am Pfingstsonntag 1922 spritzten Hanns Hustert und Karl Oehlschläger Philipp Scheidemann Blausäure ins Gesicht. Scheidemann überlebte schwer verletzt. Bereits vorher erhielt Scheidemann Morddrohungen und sein Haus wurde mit Hakenkreuzen beschmiert. Das Attentat steht in einer Reihe mit den Morden an Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Matthias Erzberger und anderen. Die Täter waren Mitglieder der Organisation Consul, des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (Hustert), der Brigade Ehrhardt und der Eisernen Division (Oehlschläger). Sie wurden noch im selben Jahr gefasst und – anders als im Falle anderer rechtsextremer Täter – zu hohen Haftstrafen verurteilt.

5.18.3 Exil

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 verließ Scheidemann Deutschland und floh zunächst nach Prag, ehe er über die Schweiz, Frankreich und die USA nach Dänemark emigrierte. Am 29. November 1939 starb er in Kopenhagen. 1953 ließ die Stadt Kopenhagen Scheide-

manns Asche nach Kassel überführen. Das Grab von Philipp Scheidemann befindet sich seitdem auf dem alten Teil des Kasseler Hauptfriedhofes und wird als Ehrengrab von der Stadt Kassel erhalten.

5.18.4 Ausrufung der Republik

Philipp Scheidemanns Rede am Fenster des Reichstagsgebäudes am 9. November 1918 lautete wie folgt:

Arbeiter und Soldaten!

Furchtbar waren die vier Kriegsjahre. Grauenhaft waren die Opfer, die das Volk an Gut und Blut hat bringen müssen. Der unglückselige Krieg ist zu Ende; das Morden ist vorbei. Die Folgen des Kriegs, Not und Elend, werden noch viele Jahre lang auf uns lasten. Die Niederlage, die wir unter allen Umständen verhüten wollten, ist uns nicht erspart geblieben. Unsere Verständigungsvorschläge wurden sabotiert, wir selbst wurden verhöhnt und verleumdet. Die Feinde des werktätigen Volkes, die wirklichen inneren Feinde, die Deutschlands Zusammenbruch verschuldet haben, sind still und unsichtbar geworden. Das waren die Daheimkrieger, die ihre Eroberungsforderungen bis zum gestrigen Tage ebenso aufrechterhielten, wie sie den verbissensten Kampf gegen jede Reform der Verfassung und besonders des schändlichen preußischen Wahlsystems geführt haben. Diese Volksfeinde sind hoffentlich für immer erledigt. Der Kaiser hat abgedankt; er und seine Freunde sind verschwunden. Über sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt! Prinz Max von Baden hat sein Reichskanzleramt dem Abgeordneten Ebert übergeben. Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden. Die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden und der Sorge um Arbeit und Brot.

Arbeiter und Soldaten! Seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewußt. Unerhörtes ist geschehen! Große und unübersehbare Arbeit steht uns bevor. Alles für das Volk, alles durch das Volk! Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Unehre gereicht. Seid einig, treu und pflichtbewußt. Das alte und morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen! Es lebe das Neue; es lebe die deutsche Republik!

Philipp Scheidemann: Ausrufung der Republik, 9. November 1918

5.18.5 Partei

Im Jahr 1883 trat Scheidemann als überzeugter Sozialist in die SPD ein. Von 1911 bis 1918 war Scheidemann zuerst im Parteivorstand der SPD, zuletzt gemeinsam mit Friedrich Ebert als Parteivorsitzender.

5.18.6 Abgeordneter

1903 wurde Scheidemann für den Wahlkreis Düsseldorf 3 (Landkreis Solingen) erstmals in den Reichstag des Kaiserreiches gewählt, wo er von 1913 bis 1918 einer der beiden Vorsitzenden der SPD-Fraktion war. Von Juni bis Oktober 1918 war er Vizepräsident des Reichstages. 1919/20 gehörte er der Weimarer Nationalversammlung an. Anschließend war er bis 1933 erneut Reichstagsabgeordneter. Seine Enthüllung der Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee führte 1926 zum Rücktritt der Regierung Marx.

Während des Ersten Weltkriegs wandte sich Scheidemann gegen die Propaganda für einen Siegfrieden und trat für einen Verständigungsfrieden ein.

In Kassel war Scheidemann von 1908 bis 1911 Stadtverordneter.

5.18.7 Öffentliche Ämter

1918 war Scheidemann unter Max von Baden Staatssekretär, er legte jedoch nach der Abdankung Kaiser Wilhelms II. sein Amt nieder und rief am 9. November 1918 die Republik vom Balkon des Reichstages aus. Dieses eigenmächtige Vorgehen ist damit zu erklären, dass er Karl Liebknecht zuvorkommen wollte, der etwas später die sozialistische Republik vom Balkon des Berliner Stadtschlosses ausrief. Eigentlich sollte diese Entscheidung über die zukünftige Staatsform der Nationalversammlung vorbehalten bleiben.

Im Verlauf der Novemberrevolution wurde er Mitglied im Rat der Volksbeauftragten zusammen mit Friedrich Ebert, und Otto Landsberg von der SPD, sowie Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth von der USPD. Vom 13. Februar bis zum 20. Juni 1919 war Scheidemann der erste Reichsministerpräsident (Reichskanzler) einer demokratisch gewählten Regierung in Deutschland, trat jedoch aus außenpolitischen Gründen zurück. Er hatte sich gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrages festgelegt – eher, so sagte er, sollte ihm die Hand verdorren.

Als Nachfolger von Erich Koch war Scheidemann Oberbürgermeister in Kassel von 1920 bis 1925.

Nachdem der Reichskanzler die Abdankung Wilhelms II. verkündet hat, legt Scheidemann zusammen mit anderen Regierungsmitgliedern der SPD sein Amt nieder und ruft vom Reichstag die "deutsche Republik" aus. Er musste allerdings erst mit dem Hinweis, dass Karl Liebknecht beabsichtige, die "freie sozialistische Republik" vom Balkon des Berliner Schlosses auszurufen, dazu gedrängt werden und kam diesem dann zwei Stunden zuvor: "Was, nun sah ich die Situation klar vor Augen. Deutschland eine russische Provinz? Eine Sowjetfiliale? Nein! Tausendmal nein! Kein Zweifel, wer jetzt die Massen vom Schloß her bolschewistisch oder vom Reichstag zum Schloß hin sozialdemokratisch in Bewegung bringt, der hat gesiegt. Ich sah den russischen Wahnsinn vor mir, die Ablösung der zaristischen Schreckensherrschaft durch die bolschewistische. Nein, nein! Nur nicht auch das noch in Deutschland nach all dem

anderen Elend. Am nächsten Tag konstituierte sich der Rat der Volksbeauftragten, dem Scheidemann angehören wird, bis dieser nach den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 aufgelöst wird. Scheidemann wird unter Reichspräsident Friedrich Ebert der erste Ministerpräsident der Weimarer Republik und führt ab 13. Februar 1919 die erste demokratisch legitimierte Reichsregierung, gebildet aus SPD, Zentrum und DDP. Doch schon am 20. Juni desselben Jahres tritt er von seinem Amt zurück, weil er, der sich während des Krieges gegen die Kriegszielpropaganda des Alldeutschen Verbands und für einen Verständigungsfrieden ohne Kriegsentschädigungen und Annexionen eingesetzt hatte, nun die Friedensbedingungen des Versailler Vertrages nicht akzeptieren kann. Bis Dezember des Jahres ist er erneut Mitglied des Parteivorstands, dann von 1920 bis 1925 Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Kassel. 1922 verübten Rechtsradikale wegen seines Engagements gegen die Verantwortlichen des Kapp-Putsches in Kassel ein Attentat mit Blausäure auf ihn, dem er jedoch unverletzt entkam. 1926 enthüllte Scheidemann als Abgeordneter in einer Rede im Reichstag die bereits seit Anfang 1921 bestehende geheime Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee, die den Zweck hatte, die im Versailler Vertrag festgeschriebenen Rüstungsbeschränkungen zu umgehen. Das führte zum Rücktritt des Kabinetts unter Reichskanzler Wilhelm Marx. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten verliert Scheidemann 1933 sein Reichstagsmandat und muss Deutschland verlassen. Nach einer langen Odyssee über Prag, wo er im Flüchtlingsheim der sudetendeutschen Sozialdemokraten lebte, die Schweiz, Frankreich und die USA liess er sich in Dänemark nieder. Er starb 1939 im Alter von 75 Jahren im Exil in Kopenhagen

5.19 Otto Braun

Otto Braun (* 28. Januar 1872 in Königsberg; † 15. Dezember 1955 in Locarno, Schweiz) war ein deutscher Politiker (SPD) in der Weimarer Republik.

Als Ministerpräsident des Freistaats Preußen war Braun maßgeblich daran beteiligt, das republikanische Bollwerk Preußen in der Weimarer Republik aufzubauen. Im Gegensatz zur Reichspolitik gelang es ihm in Preußen, eine weitgehend stabile Regierung zu etablieren. In seine Amtszeit fällt unter anderem die Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung unter demokratischen Gesichtspunkten.

Der oft als Roter Zar von Preußen titulierte Braun war sowohl überzeugter sozialer Demokrat als auch Preuße. Er betrieb eine zupackende, entschlossene Reformpolitik, die umstritten war, aber sich stets im Rahmen der Legalität bewegte. Die Grenzen dieses Ansatzes wurden ihm am Ende der Weimarer Republik vorgeführt. Nach Preußenschlag und Machtergreifung Hitlers wurde seine Reformpolitik schnell und gründlich revidiert. Brauns völlig die neuen machtpolitischen Realitäten verkennende Versuche, mit legalen Maßnahmen dem illegalen Vorgehen entgegenzutreten, blieben wirkungs- und bedeutungslos.

5.19.1 Leben

Braun war Sohn eines Angestellten, der in seinem Leben den sozialen Abstieg vom selbstständigen Schuhmachermeister zum Bahnwärter erlitt. Otto Braun selbst absolvierte nach kurzer Schulzeit eine Lehre als Drucker. Er war eine eindrucksvolle Person: fast 1,90 Meter groß, breit gebaut, willensstark, mit ausgeprägtem organisatorischem Talent und einer Fähigkeit auch komplizierte Gruppen zu führen. Einzig als Redner und Darsteller war er in der Weimarer Republik seinen Kontrahenten und Parteifreunden weit unterlegen. Dem sachlich und nüchtern denkenden und auftretenden Braun fehlte sowohl das rhetorische Geschick, als auch das Vermögen, seine Zuhörer mit einer emotionalen Ansprache mitzureißen. Bei aller Pragmatik seiner Politik ließ er sich stets von seiner tiefen humanistischen Überzeugung vom Recht der Menschen auf Freiheit und politische Gleichberechtigung leiten.

Über seine Frau Emilie, geborene Podzius, sind wenige Informationen überliefert. Er lernte seine ein Jahr ältere Frau in den 1890ern auf einer Parteiversammlung kennen, auf der er als Redner auftrat. In Brauns Zeit als Ministerpräsident trat Emilie nie in der Öffentlichkeit auf, im engeren Freundes- und Bekanntenkreis war sie schweigsam und wirkte in sich gekehrt. Gleichwohl scheint sie sehr energisch und selbstbewusst gewesen zu sein, denn sie war angeblich in der Lage, den auch nicht gerade willensschwachen Braun zu Hause in seine Schranken zu weisen. Emilie war mit Käthe Kollwitz befreundet. Am 3. April 1894 heirateten Emilie und Otto vor dem Amtsgericht Königsberg. Da Emilie 1927 unheilbar erkrankte, war das Leben des Paares seit

den 1920ern weitgehend auf das Haus beschränkt. Nach Augenzeugenberichten pflegte Braun seine Frau aufopfernd, seine Flucht in die Schweiz 1933 scheint vor allem aus Sorge um Emilie geschehen zu sein. Sein einziges Kind, Erich, starb 1915 mit 21 Jahren im Ersten Weltkrieg als Kriegsfreiwilliger an der Diphtherie – ein Verlust, der Braun tief traf.

Braun liebte die Natur Ostpreußens. In dem *Neue-Welt-Kalender* der SPD aus dem Jahr 1911 schrieb er über Ostpreußen: Dem oberflächlichen Beobachter geht das Herz auf, wenn er an einem hellen Sommertage durch die nordöstlichen Ebenen unseres Vaterlandes wandert. Er schreitet an saftigen, farbenprächtigen Wiesen vorbei, wo das Summen der Bienen emsige Tätigkeit verrät. Aller gesellschaftlichen Fesseln befreit, sich eins fühlend mit der ihn umgebenden herrlichen Natur, wirft er sich am Waldesrande in den Schatten eines Baums.

Später als preußischer Minister und Ministerpräsident, dem unter anderem die Staatsgüter anvertraut waren, ging er gerne und oft auf die Jagd – was ihm einige persönliche Angriffe einbrachte. Dabei wurde ihm von rechts vorgeworfen, er würde nicht waidmännisch jagen, und von links, dass er ein derart aristokratisches Hobby pflege.

Braun engagierte sich schon früh in der Sozialdemokratie. Dort gehörte er, beeinflusst vom Anarchosyndikalismus, anfangs zum linken Flügel. Er gab als Zwanzigjähriger größtenteils im Alleingang eine Zeitung heraus und war in dieser Zeit die herausragende organisatorische Figur der SPD in Ostpreußen. Den größten Teil seines Lebens verbrachte er als Berufspolitiker, erst als Abgeordneter, später als Minister und schließlich als Ministerpräsident. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten flüchtete Braun am 4. März 1933 in die Schweiz, wo er 1940 seinen Memoirenband *Von Weimar zu Hitler* verfasste. Auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges blieb er bis an sein Lebensende im Schweizer Exil. Er besuchte zwar noch die Bundesparteitage der SPD, hielt sich aber sonst aus dem politischen Leben zurück. Obwohl er nach außen oft als hart und sachlich, oder als preußischer Eisberg beschrieben wurde, hielten ihn enge Freunde und Bekannte für sehr sentimental und von tiefen humanistischen Grundüberzeugungen geleitet.

5.19.2 In der SPD

Brauns Karriere war in ihren Grundzügen typisch für viele Funktionäre der SPD in der Weimarer Republik. Bereits im Alter von 16 Jahren engagierte Braun sich illegal in der unter dem Sozialistengesetz verbotenen SPD. Er wurde Vorsitzender des Arbeiter-Wahlvereins Königsberg und später Produzent, Redakteur und Drucker wechselnder sozialdemokratischer Zeitschriften. In einer Gegend, in der bereits mehrere Versuche der SPD gescheitert waren, eine Parteizeitung zu etablieren, gründete Braun ein erfolgreiches Blatt und zwar

ohne Startkapital, mit minimaler Unterstützung der Parteiführung und unter abenteuerlich anmutenden Vertriebsbedingungen im großagrarisches geprägten ländlichen Raum. Besonders hatte er in dieser Zeit mit den Landarbeitern Ostpreußens zu tun und entwickelte sich so zum Experten für Agrarpolitik in der Partei sowie zum lebenslangen Gegner der Ostelbischen Landjunkere.

In seiner späteren Schrift *Das ostelbische Landproletariat* schrieb er in seiner sperrigen Prosa: Die ausgebeutete, entrechtete ostelbische Landbevölkerung ist also der Sockel, auf dem zum überwiegenden Teil die Macht des ostelbischen Junkertums ruht und auf den gestützt es seine volksaushungernde und entrechtende Raubpolitik treibt. Dieser Sockel muß aber in dem Maß morscher werden, als es gelingt, in den Bevölkerungsgruppen, die ihn bilden, den sozialdemokratischen Grundsätzen Verbreitung zu schaffen.

Otto Braun regte die Gründung des deutschen Landarbeiter-Verbandes an. Er war Vorsitzender der lokalen Ortskrankenkasse und Mitglied des Stadtrates von Königsberg.

1892 erhielt Braun eine zweimonatige Haftstrafe wegen Majestätsbeleidigung. 1904 wurde gegen Braun und andere Sozialdemokraten ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet. Die Ankläger beschuldigten ihn, anarchistische und zum Sturz des Zaren aufrufende Schriften nach Rußland eingeführt zu haben. Die Beweise wurden vom Gericht als nicht stichhaltig angesehen. Zum anderen war Hochverrat an ausländischen Monarchen in Deutschland zu dieser Zeit nur strafbar, wenn mit dem entsprechenden Land ein Abkommen auf Gegenseitigkeit geschlossen war. Mit Rußland war dies nicht der Fall.

1898 wurde er Vorsitzender der SPD Ostpreußens, 1905 übernahm er als Mitglied der Kontrollkommission sein erstes Amt auf Reichsebene. Braun rückte 1911 als Hauptkassierer in den Reichsvorstand der SPD auf, dem er bis 1917 angehörte. 1913 bekam er ein Mandat im Abgeordnetenhaus Preußens. Obwohl anfangs dem linken Flügel der Partei zugehörig, trennten den Autodidakten doch Welten von den oft hoch gebildeten späteren Spartakisten und Kommunisten. Er fand deren Argumentation zu weltfremd, zu theoretisch und zu wenig an erreichbaren und praktischen Zielen ausgerichtet. Bereits 1895 kommentierte er die Diskussionen um ein Agrarprogramm in der Partei: Für die praktische Agitation bietet der Entwurf nichts. Um Doktorfragen hat man dort wie in der ganzen Debatte gestritten. Nach der Ablehnung des Entwurfs durch die Partei: Also lassen wir unser Programm, welches uns schon über manchen Berg geholfen hat und zu manchem Siege geführt hat, vorläufig ganz unberührt, und quacksalbern wir nicht so oft daran herum, das kann zu keinem guten Resultat führen. Anders aber mit unserer Taktik, die hat sich zu allen Orten auf Grund unseres Programms natürlich den jeweiligen Verhältnissen anzupassen.

An Rosa Luxemburg kritisierte er ihre 'unausstehliche schulmeisterliche Manier'. Im Ersten Weltkrieg blieb er auf Seiten der MSPD und unterstützte die

so genannte Burgfriedenspolitik der Partei. Diese sollte während des Krieges innenpolitische Auseinandersetzungen in Deutschland verhindern. 1917 beteiligte er sich an der Organisation des Januarstreiks, 1918 wurde er für die MSPD Mitglied im Arbeiter- und Soldatenrat Berlins. Braun, dem Zuverlässigkeit und organisatorische Effizienz am Herzen lagen, wurde im Rat nicht glücklich. In diesem herrschten oft wechselnde Mehrheiten, die personelle Zusammensetzung war hochgradig vom Zufall abhängig und oft drehten sich die Diskussionen nicht um praktische Fragen, sondern verloren sich in ideologischen Grundsatzdebatten. Aus dieser Zeit behielt er lebenslang eine Abneigung gegen das Räteunwesen.

1919/1920 gehörte Braun der Weimarer Nationalversammlung an. Von 1920 bis 1933 war er Mitglied des deutschen Reichstags. Aufgrund der Interessenkonflikte zwischen Reich und Preußen und aufgrund Brauns oft zupackender und unkonventioneller Art kam es zu einer Entfremdung zwischen ihm und der Parteiführung der SPD in der Weimarer Republik. Während Braun als Pragmatiker vor allem das Interesse der SPD/DDP/Zentrums-Koalition in Preußen und damit die Stabilität der Regierung in den Mittelpunkt seines Handelns stellte, gingen für die Partei- und Fraktionsführung im Reichstag naturgemäß die ureigenen Interessen der SPD vor. Insbesondere nach der Wiedervereinigung mit der USPD kam es oft zu Konflikten über den politischen Kurs. Persönliche Rivalitäten, besonders zwischen den beiden Führungsfiguren Braun und Otto Wels verschlechterten das Kommunikationsklima weiterhin. Braun warf der SPD-Führung vor, unverantwortlich zu handeln, diese attestierte Braun rücksichtsloses Verhalten gegenüber der Partei und mangelnden Respekt vor sozialdemokratischen Grundsätzen.

Emotional erfolgte der Bruch, als Braun Ende der 1920er die restaurierte Neue Wache in Berlin als Mahnmal an den Ersten Weltkrieg einweihte. Die politische Rechte weigerte sich, das Mahnmal eines 'Vaterlandsverrätters' zu honorieren. Tiefer traf den aufgrund seines gefallenen Sohnes persönlich betroffenen Braun aber auch die einhellige Ablehnung der politischen Linken und der Sozialdemokratie. Eine für ihn persönlich außergewöhnlich wichtige Erinnerung erfuhr seitens seiner Genossen wenig mehr als Spott und Hohn.

5.19.3 In der preußischen Regierung

Braun war bereits im Kaiserreich Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. 1918 wurde er unter Paul Hirsch Landwirtschaftsminister des Landes. Braun war gegen die Zerschlagung des Landes Preußen, das er als demokratische Ordnungszelle Deutschlands wahrnahm. Zudem fürchtete er, dass die Auflösung Preußens die Annexionsforderungen der Siegermächte bestärken würde. Als Landwirtschaftsminister versuchte er eine Agrarreform, die vor allem die mächtigen Landbesitzer östlich der Elbe entmachten sollte. Das Herzstück seiner Vorstellungen war eine Siedlungspolitik, die ehemalige Soldaten auf brach

liegenden Ländereien ansiedeln sollte: So hätten die Soldaten selbst eine Zivilbeschäftigung gefunden; gleichzeitig hätte sich die angespannte Nahrungsmittellage im Reich verbessert. Erbitterter Widerstand der Großagrарier, die zögerliche Haltung Hirschs und die Brauns Plänen widersprechende Gesetzeslage ließen die Pläne weitgehend scheitern.

5.19.4 Ministerpräsident

Braun war von März 1920 bis März 1921, von November 1921 bis Januar 1925 und von April 1925 bis Mai 1932 preußischer Ministerpräsident. Ironischerweise wurde er nur Ministerpräsident, weil er seinen Gegnern als Landwirtschaftsminister gefährlicher erschien und sie dementsprechend die eher rechten Koalitionsparteien beeinflussten. Er war damit mächtigster Mann im mit Abstand größten und bevölkerungsreichsten Bundesstaat der Weimarer Republik. Von kurzen Unterbrechungen abgesehen, die den instabilen politischen Verhältnissen der Republik geschuldet waren, besetzte er dieses Amt zwölf Jahre lang bis zum Preußenschlag 1932.

Zu den zahlreichen Problemen, mit denen sich Braun befassen musste, gehörten die Auseinandersetzung mit den Großgrundbesitzern und der mit ihnen verbündeten DNVP, Spannungen mit Polen sowie mit der polnischen Minderheit in Preußen über Grenz- und Minderheitenfragen, Ruhrbesetzung und Ruhrkampf. Erschwert wurde ihm das Amt durch einen Kleinkrieg mit dem Kölner Oberbürgermeister und Vorsitzenden der preußischen Provinzenvertretung, dem Staatsrat Konrad Adenauer, um den Status des Rheinlandes im preußischen Staat. Hinzu kam der Kleinkrieg mit der Familie der Hohenzollern über ihren Familien- beziehungsweise preußischen Staatsbesitz, der bis zu einem Volksentscheid 1926 führte. Innerhalb der Koalition war die Zentrums- partei der kritische Partner – diese hätte die meiste Zeit auch zusammen mit DNVP und DVP eine so genannte Rechtskoalition bilden können, wie sie es auf Reichsebene wiederholt tat.

5.19.5 'Demokratisches Bollwerk' Preußen

Braun betrieb in dieser Zeit eine ehrgeizige Politik inmitten eines von Spannungen durchzogenen politischen Feldes. Brauns größter Vorteil gegenüber der Reichspolitik waren zum einen die Wahlergebnisse – die Weimarer Koalition behielt stets eine knappe Mehrheit im Landtag –, zum anderen die preußische Verfassung: der Ministerpräsident wurde vom Landtag gewählt, konnte sich also anders als der Reichskanzler zumindest meist auf eine Mehrheit im Parlament verlassen. Brauns wichtigste Verbündete waren die beiden sozialdemokratischen Innenminister des Landes Carl Severing und Albert Grzesinski. Die Koalition, die er führte, bestand aus den Parteien der Weimarer Koalition, bis 1924 noch unter Hinzuziehung der DVP. Hauptkonfliktpunkte waren zum

einen die Schulpolitik, zum anderen die Auseinandersetzungen um die Besetzung der Beamtenstellen. Während die Zentrumspartei kirchlich gebundene Konfessionsschulen favorisierte, setzten SPD und DDP auf religiös unabhängige staatliche Schulen. In der Besetzung der Beamtenschaft gab es Differenzen darüber, ob diese primär unter politisch-demokratischen Gesichtspunkten erfolgen sollte oder vorrangig unter den Gesichtspunkten der fachlichen Kompetenz, die aufgrund der Rekrutierung des Beamtennachwuchses bis 1919 ein großes Übergewicht konservativer und der Republik ablehnend gegenüberstehender Beamter ergab. Schließlich kritisierten die Koalitionspartner ebenso oft die Agrarpolitik, die ihnen vor allem als 'voller sozialistischer Experimente' erschien.

Aufgrund seines autoritären Regierungsstils wurde Braun als Zar von Preußen bezeichnet, Preußen selbst galt unter seiner Regierung als demokratisches Bollwerk. Die Regierungen wechselten wesentlich seltener als im Reich. Mit Braun blieb fast die gesamte Zeit ein einziger Politiker an der Macht.

5.19.6 Reformpolitik

In Brauns Amtszeit gelang unter anderem teilweise eine Bodenreform und eine demokratische Reform des Schulwesens. Die Besetzung des Beamten- und insbesondere Polizeiapparats mit Demokraten gehörte zu den vorrangigsten Zielen der Regierung Braun. Insbesondere nach dem Kapp-Putsch ergriff die Regierung anders als in anderen Ländern konsequent Disziplinarmaßnahmen gegen illoyale Beamte. Innenminister Grzesinski fasste das Programm anlässlich seines Amtsantritts 1926 zusammen: Kampf gegen die Feinde der Republik. Festigung der Staatsmacht, insbesondere durch den Ausbau der polizeilichen Exekutive. Beseitigung der reaktionären leitenden Beamten in der Staatsverwaltung und ihre Ersetzung durch überzeugte Anhänger der Verfassung von Weimar, auch aus den breiten Schichten des Volkes. Beseitigung der noch bestehenden junkerlichen Vorrechte in Preußen durch Aufhebung der Gutsbezirke. Inangriffnahme und Durchführung der staatlichen und kommunalen Verwaltungsreform. Fast alle Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte und Polizeipräsidenten wurden von Braun und Preußens Innenminister Carl Severing ausgewechselt. Insbesondere die preußische Polizei galt nach ihrer Reorganisation durch Wilhelm Abegg als einer der wichtigsten Garanten der Weimarer Republik. Am Ende war sie etwa 50.000 Mann stark, überwiegend republikanisch gesinnt und teilweise paramilitärisch ausgebildet. Auch in der Zeit der Straßenkämpfe, die Ende der 1920er und Anfang der 1930er häufig wurden, wusste sie sich zu behaupten.

Da es jedoch kaum Anhänger der Demokratie gab, die bereits eine Beamtenausbildung oder gar längere Erfahrung im Amt hatten, konnte die Umsetzung nur teilweise durchgeführt werden. Besonders unterhalb der direkten Leitungsebene musste die Regierung viele kaisertreue Beamte im Amt belassen. Vor allem konservative und bürgerliche Parteien lehnten eine 'politische'

Neubesetzung von Stellen vehement ab, obwohl sowohl DDP als auch DVP überdurchschnittlich viele Stellen in den Leitungsgremien der Verwaltung zugesprochen bekamen. Die Re-Integration der DVP in die preußische Regierung scheiterte mehrmals hauptsächlich an dieser Frage.

5.19.7 Präsidentenwahl 1925

Bei der Reichspräsidentenwahl 1925 kandidierte Braun für die Nachfolge Friedrich Eberts ins Amt des Reichspräsidenten gegen den Zentrums-Politiker Wilhelm Marx, Karl Jarres von der DVP und Ernst Thälmann von der KPD. Die Sozialdemokraten setzten dabei auf eine reichsweit bekannte Führungsfigur, die in ihrer Mentalität Ebert nicht unähnlich war. Im ersten Wahlgang erhielt er 29 Prozent der Stimmen, ein Ergebnis, das um einiges besser war, als das SPD-Ergebnis bei der letzten Reichstagswahl. Weil das Zentrum sich weigerte, im zweiten Wahlgang einen sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen, zog Braun zugunsten Marx' zurück. Da es Marx aber ebenso wenig wie Braun gelang, das rechtskonservative Spektrum anzusprechen, verlor dieser gegen Paul von Hindenburg.

5.19.8 Ende der Weimarer Republik

Braun hatte anfangs, sowohl für Beobachter als auch für die beiden überraschend, ein gutes Verhältnis zum neuen Präsidenten Hindenburg. Der Ministerpräsident, der den großgewachsenen Generalfeldmarschall noch um eine Handbreit überragte, war auch symbolisch einer der wenigen Männer, die Hindenburg auf Augenhöhe begegneten. Weder war er im Alten System zu verfangen, um neben dem verehrten Held und gefeierten Weltkriegsveteran nicht auch den 'politisch völlig naiven' (Braun) Menschen zu sehen, noch litt er an dem in der damaligen Sozialdemokratie weit verbreiteten Komplex des sozialen Aufsteigers gegenüber den alten Machteliten. Eine gemeinsame Gesprächsebene fanden sie in ihrer beiderseitigen Leidenschaft für die Jagd in Ostpreußen. Hindenburg erlebte Braun als einen Politiker, der weniger in ideologischen Finessen dachte, sondern innerhalb gewisser Grundüberzeugungen vor allem offen und pragmatisch an der Tagespolitik orientiert war. Hindenburg konstatierte nach ihrem ersten Treffen: Meine Freunde in Hannover hatten mir gesagt, der Otto Braun sei ein fanatischer Hetzer. Jetzt sehe ich, daß er ein ganz vernünftiger Mensch ist, mit dem man über alles sprechen kann.

Langfristig allerdings konnte Braun sich nicht gegen das Umfeld des Präsidenten durchsetzen. Spätestens nach dem Verbot des rheinischen Stahlhelms im Oktober 1929 – Hindenburg war Ehrenmitglied des Verbandes und nahm das Verbot persönlich – war jede Vertrauensebene zwischen ihnen zerstört; der Präsident war bereit, sich politisch hinter den Preußenschlag zu stellen. In der Endphase der Weimarer Republik versuchte Braun offensiv gegen die Nationalsozialisten vorzugehen. Er verbot wie erwähnt den rheinischen Stahlhelm

und setzte zusammen mit der preußischen Polizei und den Innenministern Carl Severing und Albert Grzesinski das reichsweite Verbot der SA durch. Der Staatsschutz arbeitete vergleichsweise zielorientiert und erfolgreich gegen die NSDAP, allerdings waren sowohl seine Befugnisse als auch seine Möglichkeiten begrenzt. Nach dem Scheitern der Großen Koalition im Reich unterstützte die SPD im Reichstag weitgehend die Regierung Brüning, vor allem damit das Zentrum in Preußen weiterhin Braun unterstützte und so die preußische Polizei weiter unter der Befehlsgewalt von Demokraten stand. Die Mehrheit Brauns schwand jedoch langsam, zumal sich die Gegner der Weimarer Republik zumindest zur Zusammenarbeit gegen die Regierung entschließen konnten. 1930 stellten DNVP und KPD einen gemeinsamen Misstrauensantrag im Parlament, 1931 versuchte der Stahlhelm mit Unterstützung von NSDAP, DNVP, DVP und KPD ein Volksbegehren zur Absetzung der marxistischen Regierung in Preußen durchzubringen.

5.19.9 Absetzung

Bei den Landtagswahlen am 24. April 1932 verfehlte die Weimarer Koalition erstmals bei preußischen Landtagswahlen die Mehrheit. Da allerdings keine mit parlamentarischer Mehrheit versehene Regierung gebildet werden konnte, blieben Braun und sein Kabinett, nachdem diese formal in ihrer Gesamtheit ihren Rücktritt eingereicht hatten, entsprechend dem Artikel 59 der Landesverfassung geschäftsführend im Amt. Braun selbst war bereits nach den Anstrengungen des Wahlkampfes in der Nacht vom 22. zum 23. April von einem körperlichen Zusammenbruch getroffen worden. Als sich abzeichnete, dass die Regierung weiter im Amt bleiben würde, gab Braun die laufenden Amtsgeschäfte an den Zentrumspolitiker Heinrich Hirtsiefer ab und bezog in Berlin-Zehlendorf sein Krankenlager. Am Morgen des 20. Juli 1932 überbrachte ihm ein Ministerialbeamter das Entlassungsschreiben von Reichskanzler Franz von Papen. Braun reagierte auf den so genannten 'Preußenschlag', indem er versuchte, zu von Papen vorzudringen. Angeblich war jedoch sein Dienstwagen bereits beschlagnahmt worden, Braun blieb in Zehlendorf und bereitete im Namen der preußischen Landesregierung eine Klage beim Staatsgerichtshof des Reichsgerichts vor. Von Papen nutzte sowohl das schlechte Wahlergebnis als auch die schwer angeschlagene Gesundheit Brauns, um das wichtigste Machtzentrum der republikanischen Parteien auszuhebeln, als vorgeschobener Anlass galt der 'Altonaer Blutsonntag'. Braun blieb zwar offiziell Ministerpräsident, seine Befugnisse wurden jedoch auf Reichskommissare übertragen, deren oberster von Papen selbst war.

Der Staatsgerichtshof lehnte es am 25. Juli ab, eine einstweilige Verfügung gegen von Papen zu erlassen. Braun verbrachte danach den Sommer in einem Erholungsurlaub im österreichischen Bad Gastein und im schweizerischen Ascona. Ab Mitte Oktober war Braun wieder in Berlin, am 25. Oktober urteilte der Staatsgerichtshof in der Sache Preußen contra Reich, dass die Maßnahmen

von Papens und Hindenburgs gerechtfertigt gewesen seien, dass die Regierung Braun aber weiterhin die verfassungsmäßigen Rechte gegenüber Landtag und Reichsregierung behielt. Gespräche mit von Papen und von Hindenburg am 29. Oktober brachten keinen Fortschritt. Juristisch war Braun zwar noch Ministerpräsident Preußens, seine einzige 'Macht' lag aber im Vorsitz von bedeutungslosen Treffen der so genannten Hoheitsregierung, während Reichskommissar von Papen im Eiltempo die Reformen der letzten zwölf Jahre revidierte. Die Einsetzung Kurt von Schleichers als Reichskommissar brachte keine wesentlichen Unterschiede. Erst nach der Machtergreifung Hitlers sollte sich das ändern. Hermann Göring sicherte sich mit Hilfe von Papens eine neue Notverordnung Paul von Hindenburgs, die die bedeutungslose Hoheitsregierung auch offiziell absetzte. Wieder beschränkten sich die Aktionen Brauns darauf, am 7. Februar 1933 eine Klage beim Reichsgericht einzureichen.

Erst die auf den Reichstagsbrand folgenden Ereignisse und Warnungen, dass sein Leben bedroht sei, veranlassten Braun zur Flucht. Am 2. März 1933 – Datumsangabe korrekt? – flüchtete er mit dem Auto über die Grenze nach Österreich. Diese Flucht, die noch vor Schließung der Wahllokale in der am 5. März stattfindenden Landtags- und Reichstagswahl bekannt wurde, verzieh ihm die Parteiführung der SPD nicht. Es wirkte auf sie wie eine Desertion, mit vielleicht desaströsen Auswirkungen auf das Wahlergebnis und einer demoralisierenden Wirkung auf die Verteidiger der Republik. Zwischen Braun und der Parteiführung im Exil, der Sopade, bestand praktisch kein Kontakt.

Braun selbst wurde im Nachhinein oft vorgeworfen, dass er sich kampflös ergeben habe und nicht beispielsweise den Generalstreik ausgerufen oder mit Hilfe der zu dieser Zeit 50.000 Mann starken preußischen Schutzpolizei versucht habe, seine Befugnisse wiederzuerlangen. Im Nachblick symbolisiert gerade Brauns Verhalten während des Preußenschlags die Machtlosigkeit der demokratischen Kräfte angesichts eines Feindes, der sich weder an Ordnung noch geltendes Gesetz gebunden fühlte. Er selbst hielt ein aktiveres Vorgehen angesichts der politisch-militärischen Kräfteverhältnisse 1932 allerdings für aussichtslos. Seiner Meinung nach hätte es unnötiges Blutvergießen provoziert; Braun ergab sich dem Ende der Republik mit einer wirkungslosen Klage vor Gericht.

5.19.10 Im Exil

Nachdem Braun aus dem Umfeld des Reichspräsidenten vor einer Verhaftungswelle gewarnt worden war, flüchtete er nach Ascona in der Schweiz, das er schon als Ferienort kannte. In der Schweiz war ihm jede politische Betätigung verboten, ebenso wie Erwerbsarbeit. Braun hatte zwar den größten Teil seines Vermögens retten können, dieses aber, in der sicheren Zuversicht seine Pensionsbezüge als preußischer Ministerpräsident ausgezahlt zu bekommen, für ein Grundstück mit Haus ausgegeben und dafür sogar noch Hypotheken

aufgenommen. Nachdem klar war, dass er fast ohne Geld auskommen werden müsse, zog sich Braun unter Depressionen in die Gartenarbeit und damit in die von ihm geliebte Natur zurück. In einem Brief schrieb er, er brüte über dem 'ganzen Jammer meines elenden Daseins', er fragte sich: 'Wie soll ich als 62-jähriger, abgearbeiteter Mann, der ich in meiner Bewegungsfreiheit durch meine gelähmte Frau noch stark behindert werde, mir unter den heutigen Bedingungen eine neue Existenz schaffen.' Der Gestapo erschien es zwar unglaublich, dass der rote Zar sich im Exil mit Kartoffelanbau begnügte, aber sie fand selbst keine überzeugenden Gegenbeweise.

Im Sommer 1937 flüchtete Braun nach Paris, als ein Rechtsanwalt versuchte, fünfhundert Mark Schulden über die Schweiz einzutreiben; Braun bemühte sich erfolglos, sein Haus zu vermieten oder zu verkaufen; aus Angst vor dem Gerichtsvollzieher verließ er schließlich die Schweiz. In Paris hatte er erstmals wieder näheren Kontakt mit der SPD, vor allem aber fiel auf, dass er unter einem ständigen manischen Selbstrechtfertigungszwang stand. Seine Freunde konnten ihn überreden, seine Memoiren zu schreiben. Braun vergrub sich in den Akten, und 1938 war das Manuskript zu Von Weimar zu Hitler abgeschlossen. Ende 1939 erschien sein 'politisches Testament', stark gekürzt wegen der Schweizer Armee-Zensur.

Er war zudem nun in der Lage, sein Haus in Ascona zu einem guten Preis zu vermieten, so dass er zurück in die Schweiz ziehen und dort - zumindest der schlimmsten finanziellen Sorgen enthoben - bis Kriegsanbruch leben konnte. Dann ging es wieder bergab; es fand sich kein Mieter mehr, so dass Braun ohne Einkünfte in sein Haus zurückziehen musste. Die Einnahmen aus seinem Buch reichten nicht einmal für die Hypothekzinsen seines Hauses. Im Sommer 1941 verkaufte Braun seine Uhr und 'sonstige entbehrlichen Dinge, die man zu Geld machen kann.' Einen großen Teil der Zeit verbrachte er unter rheumatischen Anfällen im Bett, an seinen engsten Vertrauen Herbert Weichmann schrieb er, 'wenn ich so in mancher Woche wie ein Bettelstudent von Freitisch zu Freitisch wandere, kann ich mich eines deprimierenden Gefühls kaum erwehren.' Erst der ehemalige Reichstagsabgeordnete Heinrich Georg Ritzel brachte Braun wieder ins soziale Leben zurück. Er stellte Kontakt zum bayerischen Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner und dem ehemaligen Reichskanzler Joseph Wirth her. Zusammen entwarfen sie Pläne für eine mögliche Nachkriegsordnung und versuchten diese den Alliierten nahe zu bringen. Ritzel vermittelte eine bescheidene finanzielle Unterstützung des Schweizer Arbeiterhilfswerkes, so dass Braun zumindest nicht mehr betteln musste.

5.19.11 Nachwirkung

Obwohl er einer der mächtigsten Männer der Weimarer Republik war, verschwand Braun nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend aus dem öffentlichen Gedächtnis, seine Vorstellungen für eine Nachkriegspolitik waren nicht durch-

setzungsfähig. Weder seine politischen Ansichten noch das, was er symbolisierte, passten in die geänderte Lage in Deutschland. Der alte Freistaat Preußen war nun auf die vier Staaten Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik, Polen und Sowjetunion verteilt, die Vorstellung eines genuin demokratischen und republikanischen Sozialismus lief im Kalten Krieg sowohl westlichen wie östlichen Politikkonzeptionen zuwider. In der SBZ und der späteren DDR war er sowohl als Sozialdemokrat wie als Preuße viel zu nah am so bezeichneten Revanchismus, um eine Würdigung erfahren zu können. In der Bundesrepublik dominierte lange Jahre Konrad Adenauer, überzeugter Gegner des Preußentums und des Sozialismus wie auch Brauns innenpolitischer Gegner über viele Jahre. Daneben wurde Brauns Einsatz für die Republik über lange Jahre durch seinen letztendlichen Misserfolg und seine weitgehende Passivität während des Preußenschlags in den Schatten gestellt. Erst in den 1970ern begann sich die Geschichtswissenschaft wieder für Otto Braun zu interessieren.

Seit 1995 ist in Berlin eine Straße nach ihm benannt, die zuvor Hans-Beimler-Straße hieß.

5.19.12 Werke

Otto Braun: Von Weimar zu Hitler. Europa Verlag Zürich, datiert 1940, erschienen im Herbst 1939. Otto Braun erhielt 1941 eine einzige Zahlung von 857 Franken als Honorar.

5.19.13 Ehrungen

Im Haus 2 an der Potsdamer Straße hat die Berliner Staatsbibliothek einen ihrer großen Versammlungssäle nach Otto Braun benannt. Ferner befindet sich dort eine Büste aus Bronze von ihm von Hermann Brachert. Dort finden Mitarbeiter-Vollversammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und Ausstellungen statt.

Weitere interessante Links:

http://staatsbibliothek-berlin.de/deutsch/bibliotheksmagazin/pdf/bibliotheksmagazin_0601.pdf

5.20 Max von Baden

Maximilian Alexander Friedrich Wilhelm Prinz von Baden (* 10. Juli 1867 in Baden, Baden; † 6. November 1929 in Salem bei Überlingen), genannt Max von Baden, war letzter Thronfolger des Großherzogtums Baden, preußischer General und für einen Monat der letzte Reichskanzler des Deutschen Kaiserreiches.

Maximilian Alexander Friedrich Wilhelm wurde 1867 als Sohn des preußischen Generals und badischen Prinzen Wilhelm (1829–1897), eines jüngeren Bruders Großherzog Friedrichs I., und der Maria von Leuchtenberg (1841–1914), Fürstin Romanowskaja, Enkelin von Eugène de Beauharnais, dem Stiefsohn Napoléon Bonapartes, und Nichte Zar Alexanders II. von Rußland, geboren. Nach der Ausbildung in einem humanistischen Gymnasium wird er Jurist und wird während der universitären Ausbildung aktiv in den Corps Rhenania Freiburg, Saxo-Borussia Heidelberg und Suevia Heidelberg. Danach tritt er als Offizier in die preußische Armee ein.

1907, nach dem Tod seines Onkels, wird Max, da der neue Großherzog, sein Vetter, kinderlos war, badischer Thronfolger und Präsident der Ersten Badischen Kammer. 1911 nimmt er als Generalmajor seinen Abschied aus dem aktiven Militärdienst. 1914 wird er reaktiviert und nimmt für kurze Zeit seinen Dienst beim Generalstab des 14. Armeekommandos auf, dem die badischen Truppenkontingente unterstehen. Aber schon im Oktober kehrt er nach Baden zurück und widmete sich als Ehrenpräsident des badischen Roten Kreuzes während des gesamten Krieges der Fürsorge für Kriegsgefangene aller Nationalitäten. 1916 wird er Ehrenpräsident der deutsch-amerikanischen Kriegsgefangenenhilfe des Weltbundes der Christlichen Vereine Junger Männer (CVJM).

Prinz Max von Baden gilt als liberaler Aristokrat und wird immer mehr zum Kristallisationspunkt des gemäßigten politischen Lagers, das in Opposition zum ultrarechten Flügel, vertreten durch die Quasi-Militärdiktatur der Obersten Heeresleitung, steht. Schon 1917 lehnt er öffentlich die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges ab, der schließlich am 6. April 1917 zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika führte.

Als man im Oktober 1918 in Berlin – den drohenden militärischen Zusammenbruch vor Augen – hastig einen glaubwürdigen Regierungschef für die anstehenden Waffenstillstandsverhandlungen sucht, scheint Prinz von Baden der richtige Mann zu sein. Man hofft darauf, dass er wegen seiner nationalen und internationalen Reputation und wegen seines Eintretens gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg vom amerikanischen Präsidenten Wilson akzeptiert wird.

Aber auch innenpolitisch ist die Oberste Heeresleitung zu Zugeständnissen bereit, um die Glaubwürdigkeit des Gesuchs zu untermauern. Ludendorff selbst fordert die Umwandlung des Reiches in eine parlamentarische Monarchie

unter Einbeziehung der oppositionellen Parteien, v.a. der Sozialdemokraten, um das Waffenstillstandsgesuch nicht selbst übergeben und die Verantwortung für die militärische Niederlage übernehmen zu müssen. Auch hier scheint Prinz Max von Baden als Liberaler und Mitglied des badischen Fürstenhauses für Sozialdemokraten und Konservative gleichermaßen ein annehmbarer Kandidat. Noch-Reichskanzler Georg von Hertling schlägt ihn als seinen Nachfolger vor und am 3. Oktober 1918 ernennt ihn der Kaiser zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten.

Max von Baden bildet noch am selben Tag eine parlamentarische Regierung, in die mit **Philipp Scheidemann** erstmals auch ein sozialdemokratischer Minister berufen wird. Am 4. Oktober übermittelt er – auf Drängen der Obersten Heeresleitung – das vorbereitete Waffenstillstandsgesuch an Wilson. Doch dieser macht deutlich, dass er an eine Demokratisierung des Deutschen Reiches nicht glaubt, so lange der Kaiser noch immer im Amt sei. Prinz von Baden weiß, dass mehr als nur kosmetische Korrekturen nötig sind, um die Alliierten zum Einlenken zu bewegen. Er beendet den U-Boot-Krieg und setzt am 26. Oktober die Entlassung Ludendorffs, des mächtigsten Mannes im Reich, aus der Obersten Heeresleitung durch.

Als die Novemberrevolution ausbricht, ist die Stellung Kaiser Wilhelms nicht mehr zu retten. Um zumindest die Monarchie als solche zu retten und die Revolutionäre zu beschwichtigen verkündet Max von Baden am späten Vormittag des 9. November 1918 **eigenmächtig und verfassungswidrig** die Abdankung des Kaisers, der sich zu dieser Zeit im Hauptquartier der Obersten Heeresleitung im belgischen Spa befindet, sowie den Thronverzicht des Kronprinzen. Diese Handlung Max von Badens wird durch den Kaiser und dessen Sohn erst im Nachhinein schriftlich bestätigt (vom Kaiser am 28. November 1918 und vom Thronfolger am 1. Dezember 1918).

Gleichfalls am 9. November übergibt Max von Baden **entgegen der Verfassung** das Reichskanzleramt dem Führer der stärksten Reichstagspartei, Friedrich Ebert. Dessen Bitte, als Reichsverweser die Position des Reichsoberhauptes zu besetzen, bis eine Nationalversammlung einen neuen Souverän für das Deutsche Reich bestimmt hat, lehnt er ab. Er zieht sich ins Privatleben zurück und widmet sich zusammen mit Karl Reinhardt und Kurt Hahn der Gründung der Schule Schloss Salem, die zur Heranbildung einer neuen geistigen Elite in Deutschland beitragen soll.

Nach dem Tod seines Veters, des ehemaligen Großherzogs Friedrich II., am 9. August 1928 wird er für kurze Zeit Chef des Hauses Baden. Max von Baden stirbt am 6. November 1929 in Salem bei Überlingen.

5.20.1 Ehe und Nachkommen

Aus der am 10. Juli 1900 in Gmunden/Oberösterreich geschlossenen Ehe mit Maria-Luise von Hannover-Cumberland, Prinzessin von Großbritannien und

5 Wichtige Personen

Irland (* Gmunden 11. Oktober 1879; † Salem 31. Januar 1948), Tochter von Ernst August, Kronprinz von Hannover, gingen zwei Kinder hervor:

Marie Alexandra Thyra Viktoria Luise Carola Hilda (* 1. August 1902; † Frankfurt 29. Januar 1944) heiratete am 17. September 1924 Wolfgang von Hessen (* 6. November 1896 in Schloss Rumpenheim bei Offenbach; † 12. Juli 1989 in Frankfurt am Main). Sie kam bei einem Luftangriff ums Leben.

Berthold Friedrich Wilhelm Ernst August Heinrich Karl (* 24. Februar 1906 in Karlsruhe; † bei Spaichingen Württ. 27. Oktober 1963), Markgraf von Baden.

Enkel: Max Markgraf von Baden, * Salem 3. Juli 1933.

6 Literatur

6.1 verwendete Literatur

Ich habe für dieses Referat folgende Literatur verwendet:

1. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. 4
2. Otto Brunner, Geschichtliche Grundbegriffe. Bände 3 und 5
3. Manfred G. Schmidt, Wörterbuch zur Politik, Stuttgart, 1995

6.2 weitere Hilfsmittel

1. Internet: <http://de.wikipedia.org/wiki/Hauptseite>
2. von wikipedia verlinkte Seiten
3. Google und von dort verlinkte Seiten

Index

- Abdankung des Kaisers, 30
Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung, 13, 14
Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, 13, 15
Ausrufung der Republik, 30

Max von Baden, 29, 30
August Bebel, 16, 17, 27
Eduard Bernstein, 24, 25
Otto von Bismarck, 17
Bolschewisierung, 31
Bund der Geächteten, 34
Bund der Gerechten, 35
Bund der Kommunisten, 35
Burgfrieden, 13, 28

Commune, 17

Friedrich Ebert, 27, 31
Eisenacher Programm, 16
Friedrich Engels, 14

Gewerkschaften, 22
Gothaer Programm, 17
General Wilhelm Groener, 31

Hugo Haase, 27
Hottentottenwahlen, 23

Erste Internationale, 16

Die Jungen, 24

Karl Kautsky, 24, 25
Kommunistische Manifest, 14
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), 31
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), 13

Kulturkampf, 15

Ferdinand Lassalle, 15, 44
Carl Legien, 22, 25
Karl Liebknecht, 28, 31
Wilhelm Liebknecht, 16, 17
Ludendorff, 29
Rosa Luxemburg, 25, 27, 28, 31

Mannheimer Parteitag, 26
Karl Marx, 14, 36
Marxismus, 24

Deutscher Nationalverein, 15
Gustav Noske, 31
Novemberrevolution, 30

Oberste Heeresleitung, 29

Parlamentarisierung des Reiches, 30

Räteherrschaft, 30, 31
Rat der Volksbeauftragten, 30
Reformismusstreit, 24
Reichsrätekongress, 31

SAP Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, 13, 17
Philipp Scheidemann, 29
Johann Baptist von Schweitzer, 15
SDAP Sozialdemokratische Arbeiterpartei, 13, 16
Sozialistengesetz, 17
Sozialistische Partei, 12
Spartakusaufstand, 31
Spartakusbund, 13, 28
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), 13, 21

Unabhängige Sozialdemokratische
Partei Deutschlands (USPD),
13, 28

Vereinstag Deutscher Arbeiterverei-
ne, 15

Verteidigungskrieg, 27, 28

Georg von Vollmar, 24

Wilhelm Weitling, 14, 34